

Kanton Obwalden

# GESCHÄFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATES

2003

---

## **Impressum**

Herausgabe und  
Gesamtredaktion:

Staatskanzlei

Fotos:

Josef und Daniel Reinhard  
Karin Krebs  
Kantonale Verwaltung

Gestalterische Umsetzung  
und Druck:

von Ah Druck AG, Sarnen

Ausgabe:

Mai 2004

# INHALT

Vorwort	4
Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	6
Kantonsrat	16
Staatskanzlei	18
Finanzdepartement	24
Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	30
Volkswirtschaftsdepartement	40
Bildungs- und Kulturdepartement	50
Bau- und Umweltdepartement	56
Bericht zur Staatsrechnung 2003	66
Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission	82

# VORWORT



Maria Kuchler-Flury, Landammann 2003/04

## Strategische Ziele 2012+ verfolgen – Schritt für Schritt darauf hinarbeiten

### **Landammann und Regierungsrat des Kantons Obwalden an den Kantonsrat**

**Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren  
Kantonsräte**

Wir unterbreiten Ihnen den Geschäftsbericht für das Jahr 2003 und darin integriert das Ergebnis der Jahresrechnung 2003.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen des strategischen Zieles 2012+: Obwalden wohn-attraktiv – wirtschafts-dynamisch – optimal-vernetzt – Ihr Partner in der Zentralschweiz – einen Schritt weiter! Regierungsrat und Verwaltung waren fehlender Fi-

nanzen wegen ganz besonders gefordert, Schwerpunkte in der Aufgabenerfüllung zu setzen. Vor allem die schlechte Finanzlage des Bundes auf Grund des unerwartet drastischen Einbruches der Steuererträge zwang zur klaren Prioritätensetzung und zur Einleitung des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP).

Ganz besonders intensiv befasste sich der Regierungsrat mit der Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung für die Bevölkerung in optimaler Qualität und zu tragbaren Kosten im Spitalkooperationsprojekt mit Nidwalden. Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Kommunikation mit den Gemeinden in vielfältigen Formen und die Wirtschaftspflege. So besuchte der Regierungsrat anlässlich der jährlichen Diskussion mit den Gemeindevertretungen auch eine Unternehmung in der entsprechenden Gemeinde.

Dank motivierten Mitarbeitenden und einem hohen Einsatz konnten die gesteckten Ziele weitgehend erreicht werden. Der Regierungsrat dankt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ganz herzlich für die grosse und sehr gute Arbeit zu Gunsten unserer Bevölkerung.

2003 sind wir dem strategischen Ziel einen Schritt näher gekommen!

Im vorliegenden Geschäftsbericht zeigen wir die vielfältigen Leistungen des Kantons, seiner Behörden und seiner Verwaltung auf, die im Dienste der Obwaldner Bevölkerung während eines Geschäftsjahres erbracht wurden. Dabei orientierten wir uns an den Bedürfnissen der Menschen, die in unserem Kanton leben und arbeiten und innerhalb des eigenen Gestaltungsspielraums demokratisch über Art und Umfang der kantonalen

Leistungen mitbestimmt haben. Wir legen auch Rechenschaft ab, wie Regierung und Verwaltung ihre Leistungsaufträge aus Gesetzgebung von Bund und Kanton sowie aus interkantonalen Verträgen und vorangegangenen Initiativen erfüllt haben. Anknüpfungspunkt bildet die Amtsdauerplanung 2002 bis 2006, konkret die darin enthaltenen Ziele für 2003, welche wir umgesetzt haben. Mit der Staatsrechnung unterrichten wir Sie gleichzeitig über den Mittlereinsatz für die staatliche Leistungserfüllung. Damit erhalten Sie eine integrierte Leistungs- und Kostenübersicht der kantonalen Aufgabenerfüllung.

Gleichzeitig werden mit dem Geschäftsbericht die wichtigsten staatlichen Ereignisse sowie die Leistungen der Departemente und Ämter für die Nachwelt dokumentiert. Über den gedruckten und veröffentlichten Geschäftsbericht hinaus wird im gleichen Verfahren verwaltungsintern zusätzlich eine archivische und statistische Dokumentation sichergestellt.

Ergänzende Angaben über die staatlichen Dienstleistungen finden Sie auch im Internet unter [www.obwalden.ch](http://www.obwalden.ch), in den Schulberichten der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums sowie in den Geschäftsberichten des Kantonsspi-

tals und der interkantonalen Anstalten, an denen der Kanton massgeblich beteiligt ist.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung 2003 zu genehmigen.

Sarnen, im März 2004  
Im Namen des Regierungsrates



Maria Küchler-Flury, Landammann

### Leitmotiv Wasser

Wolken spenden lebenswichtigen Regen – Wasser.

Die Erde nimmt es auf, speichert einen Teil und lässt den grösseren verdunsten und wieder zu Wolken werden – Wasserkreislauf.

Wasser ist immer in Bewegung, immer im Fluss. Es stürzt prasselnd vom Himmel, es fliesst träge dahin oder fällt als Wasserfall tosend in die Tiefe. Es sprudelt aus Quellen und Brunnen oder schießt mit Hochdruck aus Hahnen und Düsen.

Wasser ist lebensspendend, kann aber auch todbringend sein. Es lässt Blumen erblühen, es verwüstet Felder und Häuser. Es trinkt und es ertränkt.

Wasser verdient Respekt. Weil es kostbar ist und weil es mächtig ist.



# BERICHT DES REGIERUNGSRATES ÜBER SEINE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Der Regierungsrat im Amtsjahr 2003/04: Von links Regierungsrat Hans Matter, Landstatthalter Elisabeth Gander-Hofer, Landammann Maria Küchler-Flury, Regierungsrat Hans Hofer, Regierungsrat Hans Wallimann

Kanton Obwalden  
wohn-attraktiv, wirtschafts-dynamisch  
und optimal-vernetzt  
Ihr Partner in der Zentralschweiz

Der Regierungsrat hat seiner zu Beginn der Amtsdauer im Herbst 2002 vorgelegten Strategieplanung 2012+ diese Langfriststrategie für die Zukunftsgestaltung des Kantons vorangestellt. Danach verfolgt er folgende strategische Stossrichtungen:

■ *Obwalden als attraktive Wohnregion:* Als Wohnregion bietet Obwalden eine hohe Lebensqualität in einem intakten Umfeld, gute soziale Einrichtungen und eine hohe Sicherheit. Diese Stärken sollen aktiv gepflegt und zielgerichtet gestärkt und ausgebaut werden. Obwalden sagt Ja zu einem weiteren verträglichen Bevölkerungswachs-

tum – unabhängig davon, ob das Einkommen der Haushalte innerhalb oder ausserhalb des Kantons erwirtschaftet wird.

■ *Obwalden als dynamischer Wirtschaftsstandort:* Die in den letzten Jahren verfolgte Politik des offenen Wirtschaftsraumes wird aktiv fortgesetzt. Auf der Grundlage der erfolgreich etablierten Unternehmen im Kanton wird die Clusterbildung in der Mikrosystemtechnik mit dynamischen, wertschöpfungsstarken Betrieben gefördert. Die Talachse des unteren Sarneraats soll sich zur bevorzugten Wohn- und Wirtschaftsregion mit Agglomerationscharakter entwickeln. Das obere Sarneraatal und Engelberg sollen sich als Wohn- und bevorzugte Erholungsregion entwickeln. In den ländlich und touristisch geprägten Gemeinden soll ein optimales Netzwerk von Betrieben aus der Landwirtschaft, dem Tourismus









BGBB) gegeben. Der Regierungsrat hält als Optionen Verhandlungen mit dem Pächter, raumplanerische Massnahmen oder allenfalls eine Ergänzung des Gesetzes über die regionale Wirtschaftspolitik offen.

Der Kanton Obwalden trägt zu einer intakten Umwelt bei. Die attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital gepflegt.

Im Geschäftsjahr 2003 sind die Vorarbeiten für die Schaffung eines Regionalparks (Landschaftspark) durch das Bau- und Umweltdepartement in Form einer Machbarkeitsstudie eingeleitet worden. Der Regierungsrat hat sich gegenüber dem Bund dafür ausgesprochen, Natur- und Landschaftspärke von nationaler Bedeutung zu schaffen und diese gesetzlich zu verankern. Er verwies darauf, die Errichtung eines Landschaftsparks sei zwingend an die Freiwilligkeit gebunden. Es sei Sache der betroffenen Bevölkerung, einen Park zu initiieren; der Kanton wirke beratend und unterstützend mit.

Der Kanton begründet als Mitträger eine interkantonale Umweltagentur. Diese erbringt nach einem Leistungsauftrag Umweltdienstleistungen in sämtlichen Umweltbereichen und integriert die bisherige in-LUFT-Organisation, welche ein gemeinsames Luftmessnetz betreibt.

Der Kanton beteiligt sich an der Stiftung Naturerbe Karst und Höhlen Obwalden. Der Regierungsrat hat diese seiner Aufsicht unterstellt. Die Stiftung bezweckt insbesondere die möglichst ungeschmälerte Erhaltung der ober- und unterirdischen Karst- und Höhlenwelt im Kanton sowie die Erhaltung von naturwissenschaftlich oder naturkundlich und kulturhistorisch interessanten oder bedeutenden Funden in Karst und Höhlen.

Zu den strategischen Leitideen im Bereich Umwelt zählt u.a. die Vergrösserung des Anteils einheimischer erneuerbarer Energie am gesamten Energiemarkt. Regierung und Parlament hatten dem Volk die Vorlage zu einem neuen Energiewirtschafts- und Stromversorgungsgesetz unterbreitet. Damit sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Grundversorgung mit Elektrizität im Kanton zu marktgerechten Preisen gewährleistet bleibt und das Elektri-

zitätswerk Obwalden – auch als Produktionsbetrieb für Energie aus Wasserkraft – als privatwirtschaftliches, eigenständiges und unabhängiges Unternehmen unter Marktbedingungen erfolgreich bestehen kann. Das Volk hat die Vorlage am 19. Oktober knapp abgelehnt. Inzwischen sind die Vorarbeiten für die Flexibilisierung des EWO im Markt auf öffentlich-rechtlicher Grundlage in Angriff genommen worden.

## Verkehr und Infrastruktur

Der Kanton Obwalden gewährleistet hohe Mobilität von und zu den Zentren und Grossagglomerationen durch attraktive Verkehrsverbindungen Richtung Luzern-Zug-Zürich und eine optimale Verknüpfung der Verkehrssysteme und Telekommunikationsmittel.

Zu Beginn des Geschäftsjahrs 2003 hat der Regierungsrat den Bericht zur Gesamtverkehrspolitik des Kantons als massgebende kantonale Grundlage im Bereich Verkehr für die Überarbeitung der kantonalen Richtplanung unterbreitet. Er zeigt als strategischer Planungsbericht die Schwerpunkte der zukünftigen, nachhaltigen Verkehrspolitik auf.

Für den Regierungsrat stehen sechs Massnahmen im Vordergrund:

- Koordination mit den Zentralschweizer Kantonen
- Erreichbarkeit des Raums Luzern und des Mittellandes
- Werterhaltung der Strasseninfrastruktur

- Förderung des öffentlichen Verkehrs
- Ausbau der S-Bahn-Infrastruktur
- Umsetzung des Radroutenkonzeptes

Im Berichtsjahr wurden erhebliche, konkrete Fortschritte im öffentlichen Verkehr, insbesondere im Hinblick auf den S-Bahn-Ausbau erzielt. Dazu gehören Investitionsbeiträge an die SBB AG, Geschäftsbereich Brünig, für fünf Infrastrukturerweiterungen auf der Brüniglinie, namentlich der Ausbau auf Doppelspur zwischen dem Bahnhof Horw und der Kantongrenze Luzern/Nidwalden in zwei Etappen und Sanierungen sowie Umbauten von bestehenden Gleisanlagen in Hergiswil, Alpachstad und Sachseln. An die Gesamtkosten von rund 14 Millionen Franken leistet der Kanton Obwalden 26.5 Prozent oder rund 2.9 Millionen Franken. Zusammen mit der Fertigstellung der Steilrampe der Luzern-Stans-Engelberg-Bahn ermöglicht der Doppelspurausbau auf der Brüniglinie ab der Fahrplanperiode Dezember 2006 ein erweitertes Angebot auf beiden Strecken. Ergänzend beschloss der Kantonsrat, die Sanierung von acht Niveauübergängen der SBB-Brüniglinie mit einem Kantonsbeitrag von 844'000 Franken zu unterstützen. Mit den Angebotsvereinbarungen zum Fahrplanjahr ab Dezember 2004 hat der Regierungsrat entsprechend dem Verkehrsaufkommen Rechnung getragen und den dritten Schnellzugshalt neben Sarnen und Giswil in die Gemeinde Alpach (bisher Sachseln) verlegt.



Der öffentliche Verkehr erfährt eine markante Qualitätssteigerung. So entsteht in Sachseln die zusätzliche Bahn-Haltestelle «Ewil Maxon».





Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen pflegte am 17. September 2003 den Gedankenaustausch mit dem gastgebenden Obwaldner Regierungsrat.

Als neues Instrument der wirkungsorientierten Verwaltungsführung hat der Regierungsrat den Staatsvoranschlag 2004 erstmals im Rahmen eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2004 bis 2007 verabschiedet. Dies erlaubt – gestützt auf die langfristige Strategieplanung 2012+ – die rollende Anpassung der mittelfristigen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 an die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen. Mit dem IAFP erfüllt der Regierungsrat seinen Grundauftrag, aufgaben- und leistungsbezogen sowie vorausschauend die Staatstätigkeit zu leiten, zu planen und zu koordinieren. Gleichzeitig wurde die neue Kostenstellenrechnung umgesetzt.

Der Kanton Obwalden und seine Gemeinden stärken in enger Zusammenarbeit das Gesamtwohl und den Ausgleich im Kanton.

Auch im Geschäftsjahr 2003 sind die Gemeinden in vielfältigen Formen – vorab in Vernehmlassungsverfahren, Konferenzen mit den fachzuständigen Gemeinderatsmitgliedern und gemeinsamen Arbeitsgruppen – in die Gesetzgebungs- und Projektarbeit des Kantons einbezogen worden. Der Regierungsrat steht in guter

Verbindung zur Gemeindepräsidentenkonferenz, in deren Rahmen die allgemeinen Auswirkungen der kantonalen Politik auf die Gemeinden behandelt werden. 2003 waren es die Themen: Umsetzung der Strategieplanung 2012+, Wirtschaftsförderung und Finanzausgleich, die enge Finanzlage der öffentlichen Hand und die daraus folgenden Entlastungsprogramme des Bundes und des Kantons, das Spitalkooperationsprojekt mit dem Kanton Nidwalden, die dringliche Anpassung der Feuerchutzgesetzgebung.

Nicht an die Hand genommen wurde die Überprüfung des rechtlichen und institutionellen Instrumentariums der Gemeindeaufsicht. Das Bundesgericht im Fall Leukerbad hat die aufsichtsrechtliche Verankerung des Kantons gegenüber den Gemeinden stark relativiert.

Der Kanton Obwalden stärkt durch eine koordinierte kantonale Zusammenarbeitspolitik (Aussenpolitik) die Anbindung an die grössten Wirtschaftsräume.

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) hat 2003 wichtige Weichen für die Zukunft der Zusammenarbeit neu gestellt. Auf Grund der

Erkenntnisse aus der intensivierten Zusammenarbeit einer vorangegangenen Probephase von drei Jahren und einer gemeinsamen Klausur der Kantonsregierungen im Februar 2003 ist die Projektarbeit neu gegliedert, die Arbeit der Direktorenkonferenzen im Verhältnis zur Gesamtkonferenz reorganisiert und das Konferenzsekretariat definitiv verankert worden. Das Ziel der Zusammenarbeit besteht auch in Zukunft darin, Aufgaben interkantonal zu koordinieren oder gemeinsam zu erfüllen, sofern dies auf Grund von Kosten-/Nutzenüberlegungen zweckmässig ist und zu besseren Ergebnissen führt als der kantonale Weg. Die Zusammenarbeitspartner können auch inskünftig im Sinne einer variablen Geometrie wechselnd sein. Im Geschäftsjahr 2003 standen für den Kanton Obwalden u.a. folgende Projekte der ZRK im Vordergrund: Einheitliche Submissionsvorschriften für die Zentralschweiz, gemeinsamer Leistungseinkauf für die Bearbeitung internationaler Adoptionen, Interkantonale Polizeischule Hitzkirch, Zusammenarbeit in der BVG- und Stiftungsaufsicht, Geoinformation Zentralschweiz, Zusammenarbeit im Zivilschutz, Vorbereitung einer koordinierten Umsetzung bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie Unterstützung der Stiftung Academia Engelberg. Mit dem Konferenzsekretariat wird auch die Zusammenarbeit für gemeinsame Vernehmlassungen gegenüber dem Bund stärker genutzt.



Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden erfolgt unter dem strategischen Leitgedanken der Dienstleistungs- und Kostenoptimierung sowie der gemeinsamen Strategie in der zentralschweizerischen Zusammenarbeit. Der Grundstein zur vertieften systematischen und pragmatischen Zusammenarbeit wurde in der Amtsdauer 1998–2002 gelegt. Entgegen der ursprünglichen Annahme, verschiedene Projekte zu einem Gesamtprogramm (mit Interessenausgleich über mehrere Vorhaben in einem Paket und parallelem Ab-

schluss) zusammenzufassen, wurden die Vorhaben als Einzelprojekte abgewickelt. Dies ist auf die Verschiedenartigkeit der Projekte und Sachbereiche, die Ansiedlung der Projekte auf verschiedenen Zuständigkeitsstufen – von den Amtsstellen der Verwaltung über Departement, Regierungsrat, Kantonsrat bis zum Volk – die unterschiedliche Dringlichkeit und Dauer der einzelnen Projekte sowie die im Einzelfall gewählte Zusammenarbeitsform zurückzuführen.

Wichtigstes laufendes Projekt bildet nach wie vor die Spitalkooperation Obwalden-Nidwalden (*siehe Bericht unter Gesundheit*). Inzwischen liegen erste Erfahrungen zu Projekten vor, welche in der Form gemeinsam ausgelagerter, verselbstständigter Betriebe geführt werden. Neben dem bereits bewährten Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und der Arbeitslosenversicherung stehen seit dem 1. Januar 2003 das Informatikleistungszentrum (ILZ) und das Verkehrssicherheitszentrum Obwalden-Nidwalden (VSZ) im Rahmen des in der interkantonalen Vereinbarung festgehaltenen allgemeinen Leistungsauftrags in Betrieb. Auch zu andern Formen der Zusammenarbeit, namentlich zur Besetzung der beiden Personalämter in Personalunion sowie zum Leistungseinkauf bei einer in der Verwaltung integrierten, von einem Kanton geführten Dienststelle (Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention sowie Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann) sind erste Erfahrungen gesammelt. Grundsätzlich sind die anfänglichen Vorgaben für die Zusammenarbeit weit gehend erreicht (*siehe unter den Departementsberichten*), d.h. namentlich betriebswirtschaftliche Kosten- und Nutzenoptimierungen. Als Mangel wird im Umfeld der gegenwärtigen finanziellen Entlastungsprogramme empfunden, dass insbesondere durch die betriebliche Verselbstständigung oder die Partnerschaft die eigenständige Steuerung durch den Kanton eingeschränkt und dadurch aufwändiger geworden ist. Dem Aufbau eines Controllings aus Sicht des Kantons misst deshalb der Regierungsrat besondere Bedeutung zu. Die selbstständigen Betriebe haben sich am Markt selbst oder am Vergleichsmarkt unter öffentlichen Institutionen zu messen. Zum ILZ liegt ein erster vergleichender Zwischenbericht (Au-



Der niederländische Botschafter Roelof Reinhold Smit spricht mit dem Regierungsrat am 28. Oktober 2003 über die gegenseitigen Beziehungen.

ditbericht IT Revision) mit gutem Ergebnis vor.

Im Geschäftsjahr 2003 hat der Regierungsrat gemeinsam mit dem Nidwaldner Regierungsrat für das ILZ ein Informatikleitbild und die Informatikstrategie verabschiedet, mit dem ILZ eine Rahmenservicevereinbarung abgeschlossen und den Produktkatalog für den Pflichtkonsum von Informatikdienstleistungen durch die kantonale Verwaltung genehmigt. Das Leitbild gibt drei Ziele vor:

- Die Wirtschaftlichkeit gilt als wichtigste Leitlinie.
- Die beiden Kantone wollen technologisch aktuell sein, aber keine Technologieführerschaft anstreben.
- Die Wertschöpfung der Informatik liegt nicht in der angewandten Technologie sondern im Informationsgehalt der Fachdaten.

Die seit Oktober 2002 geltende Übergangsregelung der Leitung der dezentralen Personalämter von Obwalden und Nidwalden in Personalunion wurde durch eine Verwaltungsvereinbarung definitiv verankert. Beide Kantonsregierungen stimmten auch einer gemeinsamen e-Government-Strategie zu, welche der Neuausrichtung der Internet-Auftritte beider Kantone im Sinne der Anpassung an den «Guichet virtuel» des Bundes zugrunde gelegt wird. Der Ausbau der Angebote erfolgt auf Grund des ausgewiesenen Bedürfnisses der Nutzerinnen und Nutzer. Auf den Leistungseinkauf der Militärverwaltung beim Kanton Nidwalden

wurde verzichtet, da sich daraus nach Prüfung des Angebots nicht die erwarteten nachhaltigen Kosteneinsparungen oder Leistungsverbesserungen ergeben hätten.

Weitere Zusammenarbeitsfelder eröffneten sich im Rahmen der Urkantone, namentlich die Übertragung des Veterinärdienstes an das Laboratorium der Urkantone, das nun ab Anfang 2004 den gesamten Bereich der Tierseuchen- Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Lebensmittelgesetzgebung vollzieht. Für die Umsetzung des Entsendegesetzes wird eine gemeinsame Fachstelle und tripartite Kommission der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden mit Sitz in Altdorf eingerichtet.

## Finanzen und Steuern

Der Kanton Obwalden erhöht seine fiskalische Konkurrenzfähigkeit und wird in Teilbereichen zum steuerattraktivsten Kanton.

Im Geschäftsjahr 2003 hat der Regierungsrat die Folgen der kalten Progression ausgeglichen, weil seit Ende Oktober 1994 der Landesindex der Konsumentenpreise mehr als sieben Prozent gestiegen war. Dies wirkte für die Steuerpflichtigen als Steuersenkung und trägt somit zu einer steigenden Steuerattraktivität bei. Der Regierungsrat wehrte sich gegenüber der Eidgenössischen Steuerverwaltung gegen die diskriminierende Statistik der Steuerbelastung, welche den Kanton Obwalden an die letzte Stelle setzte. Die veröffentlichte Statistik ist nicht geeignet,

Aussagen über die tatsächliche Steuerbelastung der einzelnen Steuerpflichtigen zu machen. Der Kanton Obwalden weist nämlich in wichtigen Teilbereichen wie höhere Einkommen, Erbschaftssteuer und Besteuerung juristischer Personen im schweizerischen Vergleich attraktive und konkurrenzfähige Steuersätze auf. Die negativen Schlagzeilen veranlassten den Regierungsrat, in einer Expertise aus der Gesamtschau weiteres steuerliches Optimierungspotenzial zu ermitteln und gezielt einzusetzen.

Der Kanton Obwalden führt eine nachhaltige Finanzpolitik.

Das Geschäftsjahr 2003 brachte bei der öffentlichen Hand als Folge der rückläufigen Wirtschaft einen unerwartet drastischen Einbruch der Steuererträge. Der Bund und in der Folge auch der Kanton – dessen Einnahmen praktisch zur Hälfte von Transferbeiträgen abhängig sind – sahen sich mittelfristig zu nachhaltigen Entlastungsmassnahmen veranlasst. Dafür wurde im Kanton ein Projekt Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) eingeleitet und im Rahmen der Weiterführung der wir-

kungsorientierten Verwaltungsführung priorisiert. Eine Projektgruppe unter dem Vorsitz des Finanzdirektors – mit Vertretungen der Kantonsratsfraktionen, der Gemeinden und der kantonalen Verwaltung – hat den Auftrag, ein Entlastungspotenzial von rund 12 Millionen Franken zu ermitteln und erste Umsetzungsmassnahmen auf 2005 vorzuschlagen.

Im Rahmen des neuen Bildungsgesetzes ist ein neues Instrument des Lastenausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden eingeführt und mit 1.5 Millionen Franken vom Kanton dotiert worden.

Zusammen mit zehn weiteren Kantonen (BE, GL, SO, BS, SH, SG, GR, VD, VS, JU) hat der Kanton Obwalden ein Kantonsreferendum – erstmals in der Geschichte der Eidgenossenschaft – gegen das «Steuerpaket 2001» des Bundes ergriffen. Das vom Eidgenössischen Parlament am 20. Juni 2003 verabschiedete Bundesgesetz über die Änderungen von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben (Steuerpaket 2001) würde für den Kanton Ob-

walden und seine Gemeinden Ausfälle an Steuern und Finanzausgleich von rund 15 Millionen Franken pro Jahr bedeuten. Einnahmenverluste in diesem Ausmass könnten nicht ohne bedeutenden Leistungsabbau hingenommen werden.

**Aus dem Amtsbericht 1903–1904**

*Die Tatsache sodann, dass nicht immer die wichtigsten Geschäfte am allermeisten Zeit beanspruchen, bleibt nach wie vor bestehen; denn schliesslich ist es die Pflicht der Behörde, das Kleine gleich sorgfältig zu prüfen, wie das Grosse. Ganz besonders in einer demokratischen Republik hat jeder Bürger das volle Recht, zu verlangen, dass jedes seiner Anliegen zumal auch von den administrativen Behörden mit aller Gewissenhaftigkeit untersucht und erledigt werde.*



Wasser – belebtes und belebendes Element.

# KANTONSRAT



Arnold Gasser, Kantonsratspräsident 2003/04.

## Kantonsratsbüro

Die Geschäfte des Kantonsratsbüros wurden an sieben Sitzungen erledigt. Zu den ordentlichen Geschäften gehören die Vorbereitung der Kantonsratssitzungen sowie die Wahl der vorberatenden Kommissionen. Erstmals wurden mit Beginn der neuen Amtsdauer die Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen zu den Bürositzungen beigezogen. Sie nehmen daran seither mit beratender Stimme teil. Alle vorberatenden Kommissionen wurden einer Gesamterneuerungswahl unterzogen. Dazu wurden folgende Grundsätze aufgestellt: Sowohl Kommissionssitze wie Präsidien stehen zur Disposition. Auch bei den faktisch ständigen Kommissionen der letzten Amtsdauer ist sowohl eine gewisse Rotation wie Kontinuität erwünscht. Bei den Präsidien ist im Gesamtüberblick auf eine angemessene Verteilung unter den Fraktionen zu achten. Ausserdem war die neue Fraktion der SVP gemäss Verteilschlüssel in die Kommissionen zu integrieren. Als weitere Neuerung wurde beschlossen, im Hinblick auf das Spitalkooperationsprojekt mit Nidwalden eine paritätische interparlamentarische Spitalkommission Obwalden/Nidwalden von 14 Mitgliedern einzusetzen. Ihre Aufgabe besteht darin, über die Eckwerte/Kernpunkte der Spitalkooperation vor der endgültigen Un-

«Wir tragen Konflikte auf konstruktive Art und zur Erreichung der besten Lösung aus und nicht, um die anderen kaputt zu machen.»

Kantonsratspräsident Arnold Gasser

## Kantonsratssitzungen und -geschäfte

An sieben Plenarsitzungen, davon an einer zweitägigen Doppelsitzung, (Vorjahr sieben) behandelte der Kantonsrat im Amtsjahr 2002/03 insgesamt 108 Geschäfte (Vorjahr 103) und zwar im Vergleich zu den Vorjahren:

### Kantonsrat

	1997/98	2001/02	2002/03
Geschäfte			
Wahlen	9	13	25
Gesetzgebung	35	20	13
Verwaltungsgeschäfte	39	58	53
Parlamentarische Vorstösse	14	12	17
Insgesamt	97	103	108

## Kantonsrat

### Kantonsratspräsidium im Amtsjahr 2003/2004: Arnold Gasser, Lungern

Zusammensetzung in der Amtsdauer 2002 bis 2006 nach Fraktionen:

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	21 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	11 Mitglieder
Christlichsoziale Partei (CSP)	8 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	8 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	7 Mitglieder



Besuch des Grossen Rates des Kantons Appenzell Innerrhoden am 23. Oktober 2003. Von links Ratsschreiber Franz Breitenmoser, Grossratspräsident Johann Brülisauer, Grossrat Josef Zimmermann, Grossrat Josef Manser, alt Grossratspräsident Melchior Looser, Grossrat Emil Bischofberger, Vizepräsidentin Regula Knechtli.

terzeichnung durch die Kantonsregierungen informiert zu werden, um dazu Stellung nehmen zu können.

Für die Behandlung von Motionen und Postulaten wurde eine Praxisänderung eingeführt. Neu wird die

Beantwortung von Vorstössen durch den Regierungsrat vor der Kantonsratssitzung zuhanden der Fraktionen schriftlich zugestellt. Damit werden alle Fraktionen vorgängig informiert. Die Beratung an der Kantonsratssitzung selber wird entlastet. Parla-



19 ehemalige Kantonsratspräsidenten und eine Präsidentin folgten der Einladung des amtierenden Präsidenten Arnold Gasser zur Besichtigung der unterirdischen Schiesssportanlage Brünig-Indoor.

mentarische Vorstösse sind geschäftsordnungsgemäss in der Regel an der nächstfolgenden Kantonsratssitzung zu beantworten. Das kann mit dem neuen Verfahren zu zeitlichen Engpässen führen. Deshalb wird mit der Praxisänderung in Kauf genommen, dass ein Vorstoss erst an der übernächsten Kantonsratssitzung beantwortet wird, wenn es die gründliche Vorbereitung des Vorstosses durch Regierungsrat und Verwaltung erfordern.

Gestützt auf einen Zwischenbericht des Regierungsrates über die Weiterführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung und die Einleitung einer Parlamentsreform, der vom Kantonsrat am 10. April 2003 mit einigen Ergänzungen zur Kenntnis genommen worden ist, hat das Kantonsratsbüro am 22. Mai 2003 eine Projektgruppe Parlamentsreform eingesetzt.

### Empfänge

Am 23. Oktober besuchte das Grossratsbüro des Kantons Appenzell Innerrhoden den Kanton Obwalden. Nach dem Besuch der Kantonsratssitzung und des Staatsarchivs besichtigten die Gäste das Kleinkraftwerk Schild und die neue Holzbau AG in Lungern.

Am 30. Oktober 2003 trafen sich die ehemaligen Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten zu einer Besichtigung des Schiess-Sport-Zentrums Brünig Indoor in Lungern.

### Extranet für die Ratsmitglieder

Den Mitgliedern des Kantonsrates steht ein Extranet zur Verfügung, das heisst, sie gelangen über ein Passwort zu weiteren Unterlagen, welche für die jeweils bevorstehende Sitzung von Bedeutung sind. Sie finden hier stets aktuell alle Änderungsanträge zu einzelnen Geschäften oder ergänzende Unterlagen zur Vorbereitung. Auch stehen alle vollständigen Wortprotokolle seit 1996 zur Verfügung, ebenso die Protokolle des Büros des Kantonsrates. Antworten auf Verfahrensfragen können abgerufen oder die Geschäftsordnung konsultiert werden. Das Extranet ermöglicht es den Parlamentsmitgliedern, unabhängig von Ort, Zeit und Papierdossiers auf alle wichtigen Akten zugreifen zu können.

# STAATSKANZLEI



Hier finden Sie weitere interessante Angaben über unseren Kanton: «[www.ow.ch](http://www.ow.ch)».

«Wir erfüllen die Leistungsaufträge aus der Sicht unserer Kunden im Rahmen der Amtsverantwortung selbstständig und in vernetzter Zusammenarbeit mit den Departementen.»

Übergeordnete Leitidee der Staatskanzlei zur Jahresplanung 2003

## Kanzleistab

### Information und Kantonsdokumentation

Die offene Kommunikation des Regierungsrates fiel bei den lokalen und den zentralschweizerischen Medien auf fruchtbaren Boden. Die Zusammenarbeit mit den Medienschaffenden war geprägt von gegenseitigem Vertrauen und Fairness.

Eine stetig zunehmende Zahl von Schülerinnen und Schülern von der Primarschule bis zum Gymnasium und von Studentinnen und Studenten von Hochschulen und Fachhoch-

## Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrates und Kantonsrates, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

schulen bitten per e-Mail um Informationen und Dokumentationsmaterial über vielfältige Belange des Kantons, der Politik und der Verwaltung. Diese Informationsleistung ist ein nicht un-

## Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2002	Ende 2003
Kanzleistab	3.2	3.2
Kanzleisekretariat Regierung und Verwaltung	4.7	4.4
Rechtsdienst	3.0	2.9
Staatsarchiv	2.5	2.5
Finanzkontrolle	1.5	1.5

wesentlicher Bestandteil eines nachhaltigen Kantonsmarketings.

Erneut wachsend war der Zugriff auf die Internetinhalte. Besonderen Zuspruchs erfreuen sich der benutzerfreundliche Staatskalender sowie die Bereiche Wahlen und Abstimmungen und Kantonsrat. Das breite Publikum kann sich per Mausclick über die laufenden Geschäfte des Parlamentes umfassend informieren und hat Zugriff auf alle zur Debatte stehenden Unterlagen und auf die Ergebnisse der Ratsverhandlungen. Diese Dokumente sind ab 2000 alle archiviert und können abgerufen werden. Aus der Geschäftsliste sind zudem die jeweiligen Kommissionsmitglieder zu erfahren. Diese können direkt per e-Mail kontaktiert werden.

### Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

#### Aus dem Amtsbericht 1903–1904

*Die Reinschrift der Kantons- und Regierungsratsprotokolle weist immer noch einige Rückstände auf, welche aber nächstens auf ein unvermeidliches Minimum zurückgeführt sein werden. Die Regierungsratsprotokolle erhalten seit Jahren schon zur Übersichtlichkeit Marginalien und seit Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung auch eine fortlaufende Registratur.*

## Protokolle

	1997/98	2001/2002	2002/2003
<i>Regierungsratsprotokoll</i>			
Anzahl Geschäftsnummern	962	729	632
Seitenzahl gesamthaft	2861	1815	1692
<i>Kantonsratsprotokoll</i>			
Seitenzahl gesamthaft	901	301	324

## Das Amtsblatt

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beglaubigte Auflage	Amtlicher Teil Seitenzahl	Private Seitenzahl	Anzeigen Inseratezahl	davon Publicitas
1998	8846	1564	2836	8578	2309
2002	8711	1644	1842	5235	1642
2003	8635	1552	1515	4363	1363

## Das Jahr 2003 in Zahlen

- Die Staatskanzlei hat im Amtsjahr 2002/2003 betreut:
  - 44 Regierungsratssitzungen an denen 632 Geschäfte behandelt wurden
  - 7 Kantonsratssitzungen an denen 108 Geschäfte verabschiedet wurden

- Das Amtsblatt hatte eine beglaubigte Auflage von 8'635 Exemplaren, 1'552 Seiten mit amtlichen Veröffentlichungen und 1'515 Seiten Inserate.

- Das Passbüro verarbeitete die Anträge für 2'064 Pässe und 2'818 Identitätskarten und verlängerte als Notmassnahme 723 alte Pässe.

- Zur Information der Öffentlichkeit wurden 87 Medienmitteilungen auf 177 Seiten veröffentlicht.

- Der Rechtsdienst bereitete 49 Rechtsmittelentscheide und Vernehmlassungen vor und erarbeitete oder überprüfte 29 Erlasse und interkantonale Vereinbarungen.

- Am verwaltungsrechtlichen Grundkurs nahmen 16 Personen aus der kantonalen Verwaltung Obwalden (5 Frauen, 11 Männer) und 6 Personen aus der kantonalen Verwaltung Nidwalden (2 Frauen und 4 Männer) teil.

- An drei Volksabstimmungen befanden die Stimmberechtigten über 11 eidgenössische und 1 kantonale Vorlage. Die tiefste Stimmbeteiligung betrug 26 Prozent, die höchste 53 Prozent.

- Am 31. Dezember 2003 umfasste die elektronische Gesetzesdatenbank 573 in Kraft stehende Erlasse.

- Das Staatsarchiv hat 8'471 Verzeichnungseinheiten ins scope-Archiv übernommen und bearbeitet.

## Das Passbüro

Die Passstatistik sieht wie folgt aus:

Altes Verfahren	Pässe		Verlängerungen
	1998	2002	
1998	796		967
2002	820		2'539
Neuregelung	Pass 2003		IDK 2003
	Notmassnahme (alte Pässe verlängern 11. 3. – 31. 12. 2003)		
2003	2'064		2'818

## Amtsblatt und Passbüro

### Amtsblatt

Der Schweizer Inseratemarkt hat im Jahr 2003 weitere massive Einbussen erlitten. Die schleppende Konjunktur wirkte sich auch auf das Inseratevolumen in den Schweizer Medienerzeugnissen aus. Beim Amtsblatt ging das Inseratevolumen um rund 16% zurück (gesamtschweizerisch 11.4%). Die Auflage erlitt gemäss Auflagebeglaubigung der WEMF gegenüber dem Vorjahr eine kleine Einbusse.

### Passbüro

Da der Bund der enormen Nachfrage an neuen Pässen nicht gerecht werden konnte, entstanden massive Lieferverzögerungen. Die versprochene Lieferzeit (Erledigung innerhalb von 15 Arbeitstagen) konnte mit dem Einsatz einer zweiten Produktionslinie erst im Herbst eingehalten werden.

Die in Absprache mit den Kantonen ergriffenen Notmassnahmen (beispielsweise die Gratisverlängerung der alten

Pässe durch die Kantone oder die vermehrte Ausstellung von Notpässen) bewirkten, dass trotzdem alle Schweizer und Schweizerinnen ihre Reise ins Ausland antreten konnten.

### Aus dem Amtsbericht 1903–1904

*Die Kanzleigeschäfte haben sich gegenüber einer frühern, und nicht allzuweit zurückliegenden Periode ganz bedeutend vermehrt und es darf konstatiert werden, dass sie in einer steten Zunahme begriffen sind. Man braucht nur an die fortwährend grössere Dimensionen annehmende und immer mehr in alles Detail sich erstreckende Korrespondenz mit dem Bundesrate und dessen Departementen und deren verschiedenen Verwaltungszweigen und -Organen zu denken.*

## Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion der Departemente und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist auch zuständig für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

## Wahlen und Abstimmungen

### Neuerungen bei der Abstimmungsgesetzgebung

Im Anschluss an die Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte wurde auch die kantonale Abstimmungsgesetzgebung angepasst. Ab 2004 steht ein einfaches, sicheres und anwendungsfreundlicheres briefliches Abstimmungssystem zur Verfügung. Es erleichtert und beschleunigt insbesondere die Arbeit der Stimmbüros.

Gleichzeitig wurden auch verschiedene kleinere Anpassungen der Abstimmungsgesetzgebung vorgenommen, insbesondere Präzisierungen bei der Berechnung der Fristen, und die gesetzliche Grundlage für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe geschaffen.

## Gesamtergebnis der Erneuerungswahl des Nationalrats

Gemeinde	Stimmberechtigte		Eingelangte Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	HALTER ADRIAN, 1962 von Lungern, Unternehmer, Sarnen, SVP	IMFELD ADRIAN, 1954 von Lungern, eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer, Sarnen, CVP	Vereinzelte Stimmen
	Total	davon Auslandschweizer							
Sarnen	6'549	61	3'316	249	38	3'029	952	2'077	0
Kerns	3'815	58	1'759	101	13	1'645	568	1'077	0
Sachseln	3'057	31	1'341	92	25	1'224	378	846	0
Alpnach	3'412	23	1'440	73	26	1'341	483	858	0
Giswil	2'386	14	972	53	21	898	310	588	0
Lungern	1'447	23	721	55	6	660	231	429	0
Engelberg	2'234	55	922	58	19	845	316	527	2
Total	22'900	265	10'471	681	148	9'642	3'238	6'402	2



Mit dem neuen Stimmkuvert, das in einer Sichttasche den Stimmrechtsausweis mit der Gemeindekanzleiadresse auf der Rückseite enthält, steht ein einfaches, sicheres und anwendungsfreundliches briefliches Abstimmungssystem zur Verfügung.

### Ersatzwahl in das Verwaltungsgericht

Für die Ersatzwahl in das Verwaltungsgericht für den Rest der Amtsdauer 2000 bis 2004 vom 18. Mai 2003 ging bei der Staatskanzlei ein einziger Wahlvorschlag ein. Der Regierungsrat erklärte mit Beschluss vom 1. April 2003 Marlies Durrer-Ettlin, 1966, Bäuerin/kaufmännische Angestellte, Kerns, CVP, als in stiller Wahl gewählt.

### Stille Wahl in den Ständerat

Für das Mitglied des Ständerates war – erstmals seit der Abschaffung der Landsgemeinde – zusammen mit der Wahl des Nationalrates eine Erneuerungswahl an der Urne durchzuführen. Der Regierungsrat hat auf Grund des fristgerecht eingereichten einzigen Wahlvorschlags Dr. iur. Hans Hess, 1945, Rechtsanwalt und Notar, Sarnen, FDP, als Ständerat für die Amtsdauer 2003 bis 2007 als in stiller Wahl gewählt erklärt.

### Nationalratswahl

An der Erneuerungswahl des Nationalrates vom 19. Oktober 2003 betrug die Wahlbeteiligung 45,72 Prozent. Gewählt wurde lic. oec. Adrian Imfeld, 1954, eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer, Sarnen (siehe Tabelle «Gesamtergebnis»).

### Abstimmungen

Im Berichtsjahr sind folgende Urnenabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt worden:

## Eidgenössische Volksabstimmungen

	Ja	Nein	Stimmbeteiligung in %
<i>9. Februar 2003</i>			
Bundesbeschluss über die Änderung der Volksrechte	3'795	1'885	26
Bundesgesetz über die Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen stationären Behandlungen nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung	4'491	1'213	26
<i>18. Mai 2003</i>			
Änderung des Militärgesetzes (Armee XXI)	7'756	3'808	53
Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG)	8'086	3'447	53
Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten»	2'026	9'543	53
Volksinitiative «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit» (Sonntags-Initiative)	3'847	8'073	53
Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» (Gesundheitsinitiative)	1'644	10'038	53
Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte»	3'118	8'623	53
Volksinitiative «Strom ohne Atom – für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke»	3'771	8'085	53
Volksinitiative «MoratoriumPlus – für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos»	4'468	7'211	53
Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» (Lehrstellen-Initiative)	2'137	9'466	53

## Kantonale Volksabstimmung

	Ja	Nein	Stimmbeteiligung in %
<i>19. Oktobrt 2003</i>			
Energiewirtschafts- und Stromversorgungsgesetz	4'860	4'996	45

### Briefliche Stimmabgabe

Der Trend zur brieflichen Stimmabgabe stieg von 37 Prozent im Jahr 1996 auf 86 Prozent im Jahr 2003. Zur Vereinfachung der Arbeit der Stimmbüros wird die Erhebung über die briefliche Stimmabgabe einzig noch anlässlich der ersten Volksabstimmung je Jahr verlangt.

### Initiativen und Referenden

In der Berichtsperiode wurden der Staatskanzlei keine kantonalen Volksbegehren zur Überprüfung der formellen Voraussetzungen eingereicht. Es wurden auch keine Initiativbegehren oder Referendumsbegehren eingereicht.

## Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, erschliesst und sichert das archivierte Kulturgut des Kantons und führt eine Sammlung obwaldnerischer Amtsdruckschriften. Im Rahmen der Archivverordnung sind die Bestände kantonalen Behörden, der Verwaltung, Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum zugänglich.

### Vielfältiger Service public

Das Staatsarchiv lieferte Materialien und Hinweise für Publikationen zu folgenden Themen: Züge über den Griespass ins Eschental, Alp- und Siedlungsgeschichte der Frutt, Obwaldner Geschichte von 1848 bis 1888, Frauengeschichte(n) des 20. Jahrhunderts, Geschichte des Kraftwerkes Luzern-Engelberg, Bauphasen des Spitals von Sarnen, Kriegsdienste im Vizekönigtum Neapel, Urkunden von Rapperswil und Graubünden, Edisriederwappen, Anbauschlacht im 2. Weltkrieg, Flüchtlingspolitik der Nachkriegsjahre, Filmgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hexenprozesse, Straftaten der Helvetik, Obwaldner Bankengeschichte, Freiheitsbriefe der Luxemburger, Auswanderung nach Amerika, Geistliche, Politiker und Richter aus Obwalden u.a.m.

Zu einem Dokumentarfilm zur letzten Hinrichtung in der Schweiz 1940 in Sarnen (Straffall Hans Vollenweider) leistete das Staatsarchiv einen Beitrag mit historischer Beratung und einem Filminterview des stellvertretenden Staatsarchivars.

Daneben wird das Archiv von Bürgern oft als Auskunftsstelle für fehlende oder nicht bekannte Lexika benutzt, ja das Archiv war oft auch behilflich bei der Suche nach Sekundärliteratur zu vielfältigen Themen.

Das Archiv mit seiner umfassenden Sammlung von Amtsdruckschriften lieferte weiter verschiedene Auskünfte zuhanden von Verwaltung und Forschung, insbesondere statistische und dokumentarische Angaben über den Kanton.

### Von Kindsmord, Milchfälschungen, Ehescheidungen, Unzucht, Trunkenheit, Erbstreitigkeiten und Renten Kürzungen – Erschliessung der Gerichtsakten

Bei der Räumung des Hexenturmes 1984 wurden in Absprache mit dem Obergericht die Gerichtsakten bis 1867 integral übernommen und von

den Beständen der nachfolgenden Jahre bis zur damals gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist von 40 Jahren zeittypische Musterfälle aussortiert und übernommen; die Gerichtsakten der Zeit von 1868 bis 1943 sind nun inventarisiert und archiviert. Daneben wurden aus den Unter-

### Jubiläum:

#### 100 Jahre Amtsberichte des Regierungsrates

*In der Verfassung von 1867 wurde in Art. 48 vorgeschrieben, dass der Kantonsrat Kenntnis nehme «von dem Geschäftsberichte des Regierungsrates und Obergerichtes». 1873 wurde dem Kantonsrat der «Erster Amtsbericht über die Staatsverwaltung und über die Rechtspflege des Kantons Unterwalden ob dem Wald 1868–1872» gedruckt vorgelegt. Allerdings schon 1884 wurde mit dem vierten Amtsbericht die Tradition wieder abgebrochen. Und wieder war es die neue Verfassung von 1902, die in Art. 9 der Staatverwaltung vorschrieb, «die Staatsrechnung und den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben jedes Jahr und der Geschäftsbericht über die Staatsverwaltung nach Ablauf von zwei Jahren durch den Druck zu veröffentlichen. Der Geschäftsbericht über die Staatsverwaltung hat mit demjenigen über die Rechtspflege abzuwechseln.» Neu: Der Geschäftsbericht musste also gedruckt vorliegen. So erschien 1904 bei der Druckerei Josef Müller der «Amtsbericht über die Staats-Verwaltung des Kantons Unterwalden ob dem Wald für das Amtsjahr 1903/04». Im Vorwort heisst es, nächstes Jahr werde ein zweijähriger Bericht über die Rechtspflege erscheinen, was auch geschah. 1906 erschien dann bei der Druckerei Louis Ehrlí der (zweite) «Amtsbericht über die Staats-Verwaltung des Kantons Unterwalden ob dem Wald für die Amtsjahre 1904/05 und 1905/06». In diesem Zyklus erschienen die Amtsberichte bis in die Amtsperiode 1926/28. Dieser vorläufig letzte Bericht erschien 1930 im Druck. Dann kam wieder das Aus für die Weiterführung. Offenbar war es der damalige Regierungsrat Ludwig von Moos, der dem Regierungsrat des Kantons Obwalden am 5. August 1946 den Vorschlag machte, den Auftrag der Verfassung ernst zu nehmen und die Amtsberichte seit 1928 durch die Departemente nacherstellen zu lassen. Es dauerte bis 1955, bis der nächste Amtsbericht erschien, umfassend den Zeitabschnitt 1928–1952 und die Amtsperiode 1952–1954. Dieser nachgeholte Amtsbericht ist besonders wertvoll, da er die turbulenten Ereignisse der Kriegsjahre zusammenfasst. In der Abnahme dieser 468 Seiten dicken Schrift wurden aber von Seiten der liberalen Opposition harte Worte gebraucht. Heute sind wir froh um diese wertvolle Ergänzung der Amtsberichte des Regierungsrates, so dass wir nun in diesem Jahr (2004) das 100-Jahr-Jubiläum der Geschäftsberichte des Regierungsrates feiern können – und den 50. Band seit 1904. 1970 und 1974 erschien der Amtsbericht für die Amtsperiode 1966–1970 und 1970–1974. Seit 1974/75 wird der Amtsbericht wieder jährlich herausgegeben. Und seit dem Amtsjahr 1998/99 heisst er nun «Geschäftsbericht des Regierungsrates» und gibt auch über das Rechnungsergebnis Auskunft. Uebrigens: Dieser Terminus erscheint schon in der Verfassung von 1867.*

suchungsakten (bis 1967) exemplarische Beispiele von Radarkontrollen, Polizeistundenübertretungen, Verfehlungen gegen die Fremdenpolizei und Einwohnerkontrolle u.a. archiviert.

### Konservierung des Weissen Buches von Sarnen, der wichtigsten Chronik zur Entstehung der Eidgenossenschaft

Andrea Giovannini, Restaurator in Bellinzona, führte am Weissen Buch von Sarnen folgende dringenden konservatorischen Massnahmen aus: Die Trockenlegung des Papiers, punktuelle Entsäuerung der Tinte und die Restaurierung einiger Blätter. Bei der letzten Restaurierung von 1967 wurden im Einband mehrere Fragmente entdeckt. 12 dieser Pergamentfragmente gehören zu einem Choralbrevier aus dem 12. Jahrhundert, wie der Freiburger Mediävist Joseph Leisibach festgestellt hat. Diese Fragmente wurden ebenfalls von Andrea Giovannini konserviert und in einem Album aus Polyestertaschen in der originalen Reihenfolge montiert. Damit steht der Wissenschaft ein interessantes liturgiegeschichtliches Dokument zur Verfügung. Bisher war die Urkunde des Grafen Rudolf von Habsburg von 1210 das älteste Dokument im Staatsarchiv.

Weiter wurden als Massnahmen der Bestandserhaltung acht historische Bücher des 17. bis 19. Jahrhunderts restauriert; es sind dies ein Strafanzeigebuch, ein Landsäckelrechnungsbuch und ein eidgenössisches Rechtsbuch sowie Verlesebüchlein. Die Bände der Jahre 2000 bis 2003 des Regierungsratsprotokolls sowie des Kantonsratsprotokolls sind konservatorisch gebunden und verfilmt worden.



Das Weisse Buch von Sarnen zeigt sich im Teiljahr nach umfassender Restauration wieder von seiner weissen (besten) Seite.

## Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht über Verwaltung und Gerichtsverwaltung und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

## Prüfungstätigkeit

### Prüfung bei Arbeitsstellen, Organisationen und Anstalten

#### Prüfung bei Organisationen und Unternehmungen

Erstmals führten die Finanzkontrollen von Obwalden und Nidwalden als gemeinsam gewählte Revisionsstelle Zwischenrevisionen beim Informatikleistungszentrum und beim Verkehrssicherheitszentrum der Kantone Obwalden und Nidwalden durch. Die Revisionen beim Informatikleistungszentrum werden dabei unter der Mandatsleitung der Finanzkontrolle Obwalden durchgeführt.

### Spezialprüfungen

#### Fakturierung und Bezug der Direkten Bundessteuern

In Zusammenarbeit mit dem Inspektorat der Eidgenössischen Steuerverwaltung wurde eine Kontrolle der Direkten Bundessteuern der Steuerperioden 1997/98, 1999/00 und 2001 durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass die Fakturierung und der Bezug gemäss den ausgewählten Stichproben ordnungsgemäss ist. Ab dem Revisionsjahr 2004 ist jährlich über die Prüfungen im Bereich der Direkten Bundessteuern an die Eidgenössische Finanzkontrolle kurz Bericht zu erstatten.

*Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen*  
Gemeinsam mit dem Revisorat des Bundesamtes für Strassen erfolgten formelle und materielle Prüfungen im

Bereich Landerwerb der Nationalstrasse A8. Über das Prüfungsergebnis liegt ein ausführlicher Bericht vor.

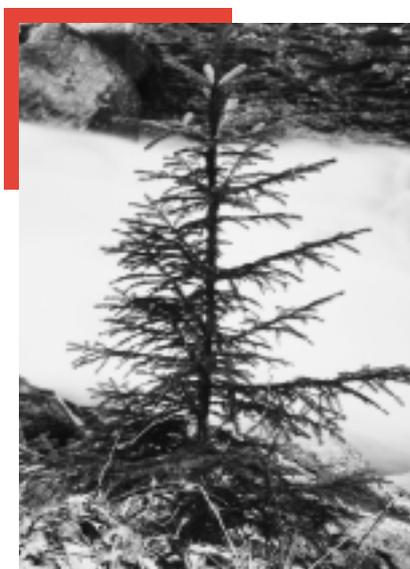
### Aufsicht über die Gemeindefinanzen

#### Finanzlage der Obwaldner Gemeinden

Die Gemeindefinanzen haben sich 2002 durchwegs positiv entwickelt. Insbesondere die Gemeinden Sachseln und Kerns weisen eine gute Finanzlage auf. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsanteil der Obwaldner Gemeinden weist mit 19 Prozent den besten Wert der letzten fünf Jahre aus und liegt acht Prozent über jenem des Jahres 2001. Sämtliche Einwohnergemeinden und Bezirksgemeinden weisen einen Selbstfinanzierungsanteil von über zehn Prozent aus. Dank der guten Selbstfinanzierung konnten im Jahr 2002 alle Gemeinden Schulden abbauen. Eine Abnahme der pro Kopf Verschuldung gegenüber dem Vorjahr um über 600 Franken weist die Einwohnergemeinde Engelberg aus.

#### Nettoverschuldung pro Kopf der Bevölkerung per 31. 12. 2002

Gemeinde	Fr.
Sarnen mit Bezirken	3'351
Kerns	2'689
Sachseln	1'422
Alpnach	4'202
Giswil	4'404
Lungern	6'271
Engelberg	7'489



Am Wasser entsteht Leben.



Regierungsrat Hans Wallimann, Vorsteher des Finanzdepartements, mit Mitgliedern der Projektgruppe Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW).

Die beste Strategie wird in Frage gestellt, wenn das Fundament wackelt. Gesunde Finanzen bieten ein sicheres Fundament.

Regierungsrat Hans Wallimann, Vorsteher des Finanzdepartementes

orientierter und effektiver machen. Die Generelle Aufgabenüberprüfung evaluiert alle Aufgaben der Verwaltung und lotet das Entlastungspotenzial des Staatshaushaltes aus.

### **Projektleiter für Staatsleitungs- und Verwaltungsreform**

Mit der Besetzung der Stelle Departementssekretär Finanzdepartement Obwalden im August 2003 wurde der Projektleiter der Staatsleitungs- und Verwaltungsreform offiziell eingesetzt. Der Departementssekretär betreut zusammen mit anderen Verantwortlichen sämtliche Reformprojekte: Generelle Aufgabenüberprüfung, Neue Verwaltungsführung Obwalden und Parlamentsreform. Das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden hat zum Ziel, die wirkungsorientierte Verwaltungsführung in Obwalden weiterzuführen. Die Parlamentsreform evaluiert neue Instrumentarien, die die Arbeit des Parlaments wirkungs-

### **Enge Zusammenarbeit mit Nidwalden**

Das Finanzdepartement als Ressourcendepartement begleitet die zwei Zusammenarbeitsprojekte Informatikleistungszentrum (ILZ) und Personalamt Obwalden. Beide nutzen die Vorteile der Kooperation mit dem Nachbarkanton Nidwalden.

Am 1. Januar 2003 nahm das gemeinsame Informatikleistungszentrum Obwalden-Nidwalden (ILZ) als öffentlich-rechtliche Anstalt seine Arbeit auf. Es wirkt als Kompetenzzentrum für Informatik, bündelt das Informatik-Know-how beider Kantone und baut es qualitativ aus.

Die Personalämter Obwalden und Nidwalden werden seit dem 1. April

## Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst

	Vollzeitstellen	
	Ende 2002	Ende 2003
Departementssekretariat	1.0	1.6
Personalamt	1.3	2.0
Finanzverwaltung	9.5	8.7
Kantonale Steuerverwaltung (inkl. Hauswartpaar 1.18)	35.08	34.73

2003 gemeinsam von einem Personalleiter geführt. Die Strukturen wurden aufeinander abgestimmt. Bereits stellten sich Synergien insbesondere im Bereich der Personalaus- und -weiterbildung ein. Ein Personalleitbild steht in Erarbeitung.

Die Lehrlingsausbildung sowie der Bereich der Aus- und Weiterbildung sowohl für den Kanton Obwalden als auch für den Kanton Nidwalden wurden zusammengelegt. Das Personalamt betreut als Koordinationsstelle auch die Branchenausbildung der Lehrlinge der Gemeinden und der öffentlich-rechtlichen Anstalten in beiden Kantonen.

### Zusammenarbeit Kanton/Gemeinden

An der jährlichen Kontaktsitzung zwischen Finanzdepartement, Finanzkontrolle, Gemeindefinanzchefs und Gemeindekassiers wurden diese über die von der Finanzkontrolle erstellte Entwicklung der Gemeindefinanzen sowie über die Ziele und den Stand des generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms orientiert. Der Bericht der Finanzkontrolle über die Entwicklung der Gemeindefinanzen hat gezeigt, dass sich die Finanzlage der Gemeinden verbessert hat und zurzeit keine weiteren Massnahmen ergriffen werden müssen.

### Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2001 der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Der Kantonsrat beschloss in der September-Sitzung die Einreichung des Kantonsreferendums gegen das Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben, bekannt unter dem Namen Steuerpaket. Das Finanzdepartement sowie

## Departements- sekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits ist er verantwortlich für die Reformprojekte: Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP), Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW) und Parlamentsreform (PR).

der Regierungsrat hatten den entsprechenden Antrag gestellt. Es ist das erste Mal, dass ein Kantonsreferendum formell zu Stande gekommen ist.

### LIS/GIS Obwalden – ein landesweit beachtetes Produkt

Das LIS/GIS Obwalden (Land-Informationssystem/Geo-Informationssystem) ist ein gemeinsames Geoportal zur Vernetzung der beim Kanton, den Gemeinden und weiteren Stellen zahlreich vorhandenen Geoinformationen. Wer raumrelevante Daten braucht, kann sich im Internet informieren, die Daten besichtigen und bei Bedarf bestellen. Sowohl Privatpersonen, Architekten, Ingenieure, Werke, Gemeinden und kanto-

## Das Jahr 2003 in Zahlen

- Im Jahr 2003 wurden insgesamt 16 Lehrlinge ausgebildet, nämlich 13 als Kaufleute und drei als Betriebspraktiker.
- 44 der total 465 (336,04 Vollzeitstellen) Mitarbeitenden feierten ein Dienstjubiläum: einer das 40-jährige, drei das 35-jährige, acht das 30-jährige und vier das 25-jährige.
- 165 Mitarbeitende (35 Prozent) sind Frauen, 300 (65 Prozent) Männer.
- 223 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten im Vollpensum, 128 in einem Pensum zwischen 50 und 100 Prozent. 114 Personen sind in Teilzeitstellen unter 50 Prozent beschäftigt.
- Der durchschnittliche Zinssatz für die vom Kanton aufgenommenen Schuldscheindarlehen konnte dank einer umsichtigen Tresorerie und der rückläufigen Zinsen auf 3,83 Prozent gesenkt werden.
- Für den Bezug der Kantons- und Gemeindesteuern (24'000 Steuerpflichtige) mussten 783 Betreibungen über einen Gesamtbetrag von 6,12 Millionen Franken eingeleitet werden. Zur Fortsetzung der Betreibung mussten noch 536 Begehren gestellt werden.
- Rund 30 Prozent der Primär-Steuerpflichtigen haben die Steuererklärung mittels CD-Rom ausgefüllt.
- Im Jahr 2003 wurden an 17'412 Personen rund 14,9 Millionen Franken Prämienverbilligungen ausgerichtet.
- Bei der kantonalen Verwaltung sind rund 400 Personalcomputer und über 30 File- und Applikationsserver im Einsatz.

nale Amtsstellen haben Zugriff auf das LIS/GIS Obwalden. Auch die Obwaldner Gemeinden sind daran beteiligt.

Im Jahr 2003 beschloss der Regierungsrat, alle raumrelevanten Daten der kantonalen Verwaltung und des Grundbuchs im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in das LIS/GIS Obwalden zu überführen.

Mit dem LIS/GIS Obwalden ist der Kanton Obwalden führend in einer Entwicklung, die sich auch für die gesamte Schweiz im Rahmen des Bundesprojektes eGovernment und des Impulsprogramms e-geo.ch ([www.e-geo.ch](http://www.e-geo.ch)) abzeichnet. Schweizweit wird die Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) aufgebaut, mit der alle Geodaten vom Bund sowie der Kantone und Gemeinden vernetzt und vermehrt genutzt werden sollen, sowohl in den öffentlichen Verwaltungen als auch in der Privatwirtschaft, mit dem Ziel, den volkswirtschaftlichen Nutzen der Geodaten zu steigern. Auf Zentralschweizer Ebene beteiligt sich der Kanton durch die von ihm delegierten Vertreter am Projekt «Geoinformation Zentralschweiz» der Zentralschweizer Regierungskonferenz. Das Projekt ist das regionale Bindeglied zum nationalen Projekt und ermöglicht die Koordination der Geodaten, Geodienste, Datenmodelle, Tarife und gesetzlichen Grundlagen in der Zentralschweiz.

## Personalamt

Das **Personalamt** ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden der Departemente und des Regierungsrates fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

### Die Personalämter von Obwalden und Nidwalden unter einer Führung

Seit dem 1. April 2003 stehen die Personalämter der Kantone Obwalden und Nidwalden unter einer Führung. Diese Verbindung beruht auf einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Kanton Nidwalden. Die Strukturen der beiden Ämter wurden den neuen Verhältnissen angepasst (EDV, Organisation usw.). Die Optimierungen konnten nicht nur auf dem Personal-

amt vollzogen werden, sondern auch im Finanzdepartement, dem Ressourcendepartement des Kantons. So wurde das Departementssekretariat vom Personalamt getrennt. Die hauptsächlichlichen Vorteile, welche aus der Zusammenarbeit der beiden Kantone in dieser Organisationsform erwachsen, sind bessere und echte Stellvertretungen und damit eine Erhöhung der Betriebssicherheit in beiden Ämtern. Ein problemloser Ressourcenausgleich im Bedarfsfall ist sichergestellt. Ein wichtiges Element der Qualitätssicherung ist die Information, die in einem solchen Zusammenarbeitsmodell unmittelbarer ist.

### www.verwaltungsweiterbildung.ch

So lautet die Internetadresse der Fachstelle für Weiterbildung Zentralschweiz. Insgesamt 2286 Personen nutzten das vielseitige Kursangebot während 4087 Kurstagen, davon 96 Mitarbeitende des Kantons Obwalden während 168 Kurstagen. Sie absolvierten Weiterbildungskurse in den Bereichen Arbeitstechnik, Basiswissen, Berufliche Entwicklung, Führung und Kommunikation.

Im Sommer 2003 wurden im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Personalamtes die Lehrlingsausbildung sowie der Bereich der Aus- und Weiterbildung sowohl für den Kanton Obwalden als auch für den Kanton Nidwalden zusammengelegt. Das Personalamt betreut als Koordinationsstelle auch die Branchenausbildung der Lehrlinge der Gemeinden und der öffentlich-rechtlichen Anstalten in beiden Kantonen.

### Staatspersonal: Eintritte und Austritte

	2002	2003
<b>Austritte</b>	76	41
<b>Eintritte</b>	82	52
<i>Austrittsgründe</i>		
Kündigung durch Mitarbeitende		27
Temporäranstellung		5
Pensionierung		4
Auflösung im gegenseitigen Einverständnis		3
Kündigung durch Kanton		1
Tod		1



Dank LIS/GIS sind sämtliche verfügbaren Geodaten schnell und sicher aufzufinden.

Damit die 52 neuen Personen rekrutiert werden konnten, mussten insgesamt 745 Bewerbungen bearbeitet werden, 193 mehr als im Vorjahr. Dass die Zahl der Eintritte höher ist als jene der Austritte liegt daran, dass mehr Teilzeitstellen besetzt wurden.

Die Fluktuationsrate betrug im Jahr 2003 7,8 Prozent (Vorjahr: 13,94 Prozent). Sie sank somit innert Jahresfrist um über 6 Prozent. Unter anderem ist dies auch ein Hinweis auf die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt.

## Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet Finanzplan und Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie. Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug, die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft.

### Neues Instrument: Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2004 bis 2007

Mit der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) wird der bisherige rollende Finanz- und Investitionsplan weitgehend mit einem flächendeckenden rollenden Aufgaben- und Massnahmenplan ergänzt. Dazu gehören die Darstellung der jeweils neuen Projekte und auch das Aufzeigen der bestehenden Leistungsaufträge der einzelnen Amtsstellen. Der IAFP bildet dabei den Budgetrahmen für das nächste Jahr.

Die sich ändernden Rahmenbedingungen, unter anderem die schlechte Bundesfinanzlage, haben erhebliche Auswirkungen auf die finanziellen Ressourcen des Kantons. Dazu kommen die potenziellen Auswirkungen des Steuerpaketes 2001, gegen das der Kanton Obwalden zusammen mit

zehn anderen Kantonen das Referendum ergriffen hat. Dieser negativen Entwicklung auf der Einnahmenseite standen im IAFP die Neuberechnung der Finanzkraft (30 Punkte gegenüber bisher 35) für 2004/2005 bzw. die daraus resultierenden höheren Bundesbeiträge sowie die zusätzliche Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, welche diese aus der Bewirtschaftung der freien Aktiven (Goldreserven) erzielte, gegenüber. Diese Faktoren waren dafür mitverantwortlich, dass gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan der Finanzplanperiode 2003–2006 sowohl im Voranschlag 2004 als auch in den Folgejahren ein Defizit in der Laufenden Rechnung ausgewiesen werden musste. Eine nachhaltige Entlastung des Staatshaushalts erscheint unumgänglich. Die finanzielle Ausgangslage ist nämlich nicht nur konjunkturell bedingt (rückläufige Steuererträge), sondern auch struktureller Natur (Mehrbelastungen in verschiedenen Aufgabenbereichen).

Deshalb wurde die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) vom Regierungsrat früher als geplant eingeleitet. Das Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm hat massgebliche strukturelle Entlastungen sowohl im Rahmen der bisherigen Aufgaben und Leistungsaufträge als auch im IAFP zu ermitteln, die ab 2005 wirksam werden. Das Ziel der GAP ist es, dass die Laufende Rechnung auch während dieser Finanzplanperiode ausgeglichen abschliessen kann, die heutige Verschuldung reduziert wird und auch ein finanzieller Handlungsspielraum für neue Aufgaben und Herausforderungen geschaffen werden kann.

Durch bereits im Voranschlag 2004 zurückgenommene Nettoinvestitionen und ausserordentlichen Abschreibungen, die aus den zusätzlichen Nationalbankgewinnausschüttungen vorgenommen werden, resultiert aus heutiger Sicht ein befriedigender Selbstfinanzierungsgrad und die Gesamtverschuldung wird nicht im bisherigen Ausmass ansteigen.

### Abläufe beim Steuerbezug optimiert

Im dritten Jahr führt der Kanton den Bezug der Kantons- und Gemeindesteuern. Die Abläufe wurden weiter optimiert und vereinheitlicht. Trotz

einem wirtschaftlich weiterhin rezessiven Umfeld konnten die Ausstände an Kantons- und Gemeindesteuern praktisch konstant gehalten werden. Auch die Abschreibungen und Erlasse für Kantonssteuern gingen gegenüber dem Vorjahr mit 0,75 Millionen Franken markant zurück auf 0,37 Millionen Franken.

### Tiefe langfristige Zinsen dank umsichtiger Tresorerie

Der durchschnittliche Zinssatz für die vom Kanton aufgenommenen Schuldscheindarlehen konnte dank einer umsichtigen Tresorerie und den weiter rückläufigen Zinsen auf 3,83 Prozent gesenkt werden. Durch die sehr guten Selbstfinanzierungsgradwerte der letzten Jahre konnte die langfristige Verschuldung abgebaut werden. Entsprechend deutlich unterschritten die Passivzinsen den geplanten Voranschlagsbetrag.

### Steuerbelastungsindex – Eingabe an das Eidgenössische Finanzdepartement

Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) erstellt jährlich eine Publikation über die Steuerbelastung in der Schweiz. Diese Publikation wurde letztmals mit einer Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) am 16. Mai 2003 veröffentlicht. Gemäss der Medienmitteilung und beiliegender mathematischer Berechnung des Gesamtindex der Steuerbelastung beträgt die Steuerbelastung in Obwalden 145,2 Punkte. Damit ist der Kanton Obwalden neu im 26. und letzten Rang (Vorjahr 24) unter den Kantonen eingereiht. Die nähere Betrachtung des Steuerbelastungs-Indexes zeigt, dass dieser der Komplexität der unterschiedlichen Steuergesetze in den Kantonen nicht gerecht wird. Der Regierungsrat hat deshalb beim Eidgenössischen Finanzdepartement interveniert.

In die gleiche Richtung zielte auch die Interpellation von Nationalrat Adrian Imfeld. In der Beantwortung der Interpellation Imfeld führte der Bundesrat aus, dass der jährlich ermittelte und publizierte Steuerbelastungsindex nicht unbesehen als Massstab für eine über- oder unterdurchschnittliche Steuerbelastung eines Kantons interpretiert werden dürfe. Weiter informierte der Bundesrat, dass die

Analyse der Steuerbelastungsunterschiede künftig in den Mittelpunkt der jährlichen Medienmitteilung zum Steuerbelastungsindex gestellt werden soll. So könne beispielsweise für Obwalden klarer herausgestrichen werden, dass in diesem Kanton die Steuerbelastung für höhere Einkommen nicht über-, sondern unterdurchschnittlich ausfalle.

### Entlastungsprogramm 2003 des Bundes – Erfolgreiche Mitarbeit in Expertengruppe Bund/Kantone

Die Kantone hatten beim Entlastungsprogramm des Bundes die Möglichkeit, Mitglieder zu delegieren, die die Entlastungsvorschläge des Bundes zu qualifizieren und quantifizieren hatten. Der Kanton Obwalden hat diese Möglichkeit genutzt und konnte darauf in der Arbeitsgruppe «Umwelt und Forst» Einsitz nehmen. Es ist den Kantonsvertretern gelungen, die vorgesehenen Kürzungen der Subventionssätze zu vermeiden und die Vorschläge dahingehend zu ändern, dass neu nur die Subventionstatbestände geändert werden.

### Informatik Leistungs Zentrum Obwalden und Nidwalden

Das InformatikLeistungsZentrum Obwalden und Nidwalden (ILZ) hat auf den 1. Januar 2003 seinen operativen Betrieb aufgenommen. Die Aufbau- und Ablauforganisation in Obwalden und Nidwalden ist vereinheitlicht und die vorgesehenen Organe, Informatikkommissionen getrennt für Obwalden und Nidwalden sowie der gemeinsame Ausschuss Strategiekoordination, sind eingerichtet.

Das neue Informatikleitbild und die neue Informatikstrategie sind erstellt worden. Beide Grundlagen sind von den Regierungsräten Obwalden und Nidwalden am 25. März 2003 genehmigt worden und gelten demnach für beide Kantone.

## Steuerverwaltung

Die Kantonale Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbstständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbstständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Die Kantonale Steuerverwaltung veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung KV ist organisatorisch bei der Kantonalen Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen und Repartitionswesen bei der Kantonalen Steuerverwaltung an.

### Einjährige Veranlagung umgesetzt

Auf den 1. Januar 2001 trat das revidierte kantonale Steuergesetz in Kraft. Mit der Revision wurde das kantonale Steuergesetz an die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Steuerharmonisierung angepasst. Gleichzeitig wurde auch ein Wechsel des Bemessungssystems vollzogen, nämlich von der Vergangenheitsbemessung zur Gegenwartsbemessung mit jährlicher Erfassung.

Obwohl der Veranlagungsdruck seit dem Wechsel des Bemessungssystems angestiegen ist, konnte ein befriedigender Veranlagungsstand er-

reicht werden. Die angebotenen elektronischen Hilfsmittel zum Ausfüllen der Steuererklärungen wie CD-Rom und Download ab Internet werden von den Steuerpflichtigen rege benutzt.

### Unternehmensbesteuerung im Fluss

Die Unternehmenssteuerreform I des Jahres 1997 hat auch in Obwalden positive Wirkungen gezeigt. Die steuerliche Attraktivität für Unternehmen konnte gesteigert werden, zum Beispiel durch Ausbau der Beteiligungen.

## Pendente Veranlagungen

Steuerperiode	1999/2000	2001	2002
Unselbstständig-/ Selbstständig- Erwerbende, Sekundärsteuerpflichtige, Landwirte	395	2'397	7'902
Erlidigung in Prozent des Totalbestandes	98.40%	89.63%	65.62%

Der Hauptteil der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 1999–2001 bezieht sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet wird.

## Veranlagungsstand juristischer Personen

Steuerjahre	1999	2000	2001	2002
Aktiengesellschaften, GmbH, Vereine, Genossenschaften	10	38	246	906
Erlidigung in Prozent des Totalbestandes	99.37%	97.66%	85.25%	46.49%

Mit der Unternehmenssteuerreform II wird beabsichtigt, das Risikokapital zu entlasten und damit Investitionen zu fördern. Das Vernehmlassungsverfahren zur Unternehmenssteuerreform II ist noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch zusätzliche Anreize für Investitionen im Kanton Obwalden geschaffen werden können.

### Aus dem Amtsbericht 1903–1904

*In der günstigen Gestaltung der Jahresrechnung haben beim Finanzdepartement die Posten Alkoholmonopolertrag, Ertrag des Salzregals und des Reingewinns der Kantonalbank, welche den Voranschlag zusammen um Fr. 10'042.51 übersteigen, am meisten beigetragen. Besonders die Kantonalbank, die letztes Jahr um Fr. 1'500 hinter dem Voranschlag zurückgeblieben war, hat hiezu mit dem Mehrertrag von Fr. 4204.21 einen schönen Beitrag geleistet. Sofern die Vorlage betr. die Banknotensteuer und die Verteilung des Reingewinns der Kantonalbank von der Landsgemeinde angenommen wird, ist für die Zukunft von dieser Seite eine noch kräftigere Unterstützung des Staatshaushaltes zu erwarten.*

### Veranlagungsstand Sondersteuern

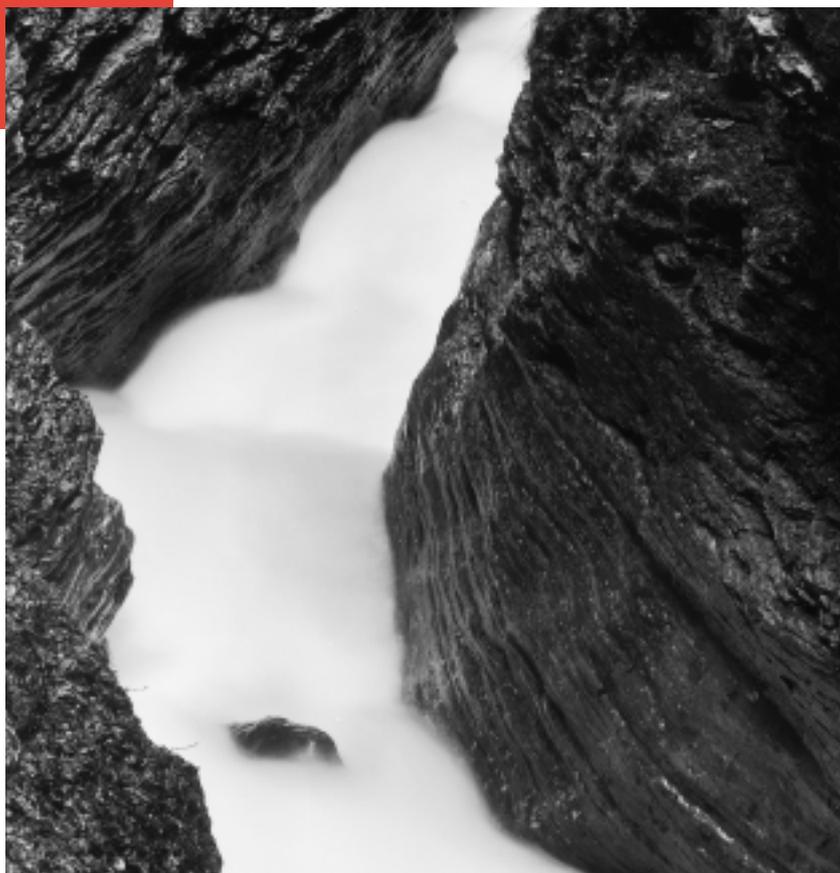
Steuerart	Hand- änderungs- steuer	Grundstück- gewinn- steuer	Erbschafts- Schenkungs- steuer	Nach- und Strafsteuer
Anzahl angefallene Fälle 2003	975	770	318	24
Unerledigte Fälle per Ende 2003	63	100	117	9

Mit der Quellensteuer wurden 1'796 Fälle im Jahr 2003 erfasst und abgerechnet.

### Prämienverbilligung 2003

	Anträge (Stück)	Anzahl Personen	Auszahlung Franken
Total Gesuche (Vorjahr)	9'490 (9'662)	18'894 (19'296)	
Abweisung	1'008 (950)	1'482 (1'344)	
Anspruch berechtigt	8'482 (8'712)	17'412 (17'952)	14'927'972 (14'533'136)

Allen Steuerpflichtigen, welche auf Grund der bekannten Steuerdaten voraussichtlich Anspruch auf Prämienverbilligung haben, wird automatisch ein Antragsformular zum Ausfüllen und zur Geltendmachung zugestellt. Der grösste Teil der anspruchsberechtigten Personen macht mittlerweile vom Recht auf Prämienverbilligung Gebrauch und retourniert das ausgefüllte Antragsformular. Alle eingereichten Anmeldungen sind bis zum 31. Dezember 2003 bearbeitet worden. Sämtliche Auszahlungen an die anspruchsberechtigten Personen sind bis zum 31. Dezember 2003 erfolgt. Ende Jahr waren keine Beschwerden hängig.



# SICHERHEITS- UND GESUNDHEITS- DEPARTEMENT



Landstatthalter und Departementsvorsteherin Elisabeth Gander-Hofer bespricht mit ihren engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sicherheits-, gesundheits- und sozialpolitische Aufgaben.

«Nur in einem Klima von gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Verständnis lassen sich Reformen entwickeln und umsetzen.»

Landstatthalter Elisabeth Gander, Vorsteherin des Sicherheits- und Gesundheitsdepartementes

## **Obwalden und Nidwalden mit gemeinsamer Familienpolitik**

Im September 2003 fand in Nidwalden eine gemeinsame Sozialkonferenz zum Thema Familienpolitik statt. Für den Kanton Obwalden war dies die erste offizielle Konferenz dieser Art. Die kantonalen Sozialämter Obwalden und Nidwalden erarbeiteten Richtlinien für den Qualitätsstandard von Kinderkrippen und krippenähnlichen Einrichtungen sowie für die Vermittlung und Begleitung von Tagesfamilien mit einer ad hoc einberufenen Arbeitsgruppe.

## **Die Gemeinden werden einbezogen**

Anlässlich einer viertägigen Weiterbildung, organisiert vom kantonalen

Sozialamt, wurden die Bereiche «Grundlagen und Entscheidungsfindung im Vormundschaftsrecht», «Fürsorgereiche Freiheitsentziehung» und «Vormundschaftliche Massnahmen bei Kindern gegenüber Erwachsenen» für die Mitglieder der kantonalen Vormundschaftsbehörde thematisiert.

Im Projekt «Reorganisation Zivilstandswesen» wurden die Gemeinden einbezogen in die Entscheidungsfindung, ob die Führung des künftig zentralen Zivilstandesamtes weiterhin eine kommunale Aufgabe bleiben soll oder ob sie zu kantonalisieren ist. Unter anderem wurde die Departementsleitung auf Anfrage zur Gemeindepräsidentenkonferenz vom 26. November 2003 eingeladen, über das Projekt zu orientieren.

## **Broschüre «Rat und Hilfe» neu aufgelegt**

Das Sozialamt überarbeitete die Broschüre «Rat und Hilfe» neu und stellte sie allen Ärztinnen und Ärzten,

## Sicherheits- und Gesundheitsdepartement

Das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement (SGD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2002	Ende 2003
Departementssekretariat	1.6	1.6
Justizverwaltung	8.65	8.65
Kantonspolizei	62.0	61.15
Gesundheitsamt	6.7	6.3
Sozialamt	3.6	4.0
Verhöramt/Staatsanwaltschaft/Jugendanwaltschaft	5.4	5.5

Pfarrämtern, Sozialdiensten, Beratungsstellen etc. im Kanton zu. Die Arbeitsgruppe «Häusliche Gewalt» sensibilisierte in einer Medienmitteilung die Bevölkerung zu diesem Thema und publizierte die entsprechenden Anlaufstellen für Opfer und Täter/-innen in der Tageszeitung.

### Justizverwaltung

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

### Empfehlungen zum kommunalen Einbürgerungsverfahren

Zwei Grundsatzurteile des Bundesgerichtes in Sachen Einbürgerungen vom Juli 2003 führten in den Gemeinden zu Verunsicherungen, worauf sich zwei Gemeinden mit konkreten Fragen zum Einbürgerungsverfahren an den Kanton wandten. Daraufhin wurden zu Händen aller Gemeinden Empfehlungen zum kommunalen Einbürgerungsverfahren erlassen. Sie wurden im Wesentlichen darauf hin-

gewiesen, keine Abstimmungen über Einbürgerungen mehr an der Urne durchzuführen. Einbürgerungen an der Einwohnergemeindeversammlung selbst können nach wie vor durchgeführt werden. Bei ablehnenden Entscheiden der Versammlungen soll die Beratung der Versammlung, aus welcher die Begründung hervorgeht, protokolliert und im Beschluss aufgenommen werden. Wird ein Einbürgerungsgesuch ohne Beratung abgelehnt, kann der Präsident oder die Präsidentin unmittelbar nach dem Entscheid die mutmassliche Begründung zusammenfassen und darüber abstimmen lassen. Weiter wurde empfohlen, hängige Einbürgerungsverfahren weiterzuführen.

### Infostar

Die zentrale Datenbank zur elektronischen Führung des Personenstandsregisters (Infostar) steht gesamtschweizerisch seit Juni 2003 zur Verfügung. Auf die Führung der Zivilstandsregister mit Infostar haben sich im Kanton Obwalden sechs Personen vorbereitet und seit anfangs Januar 2004 arbeiten die Zivilstandsämter Sarnen, Alpnach, Sachseln und Engelberg damit. Zwei Personen bieten den First-level-support an.

### Gastrecht für Schlichtungsbehörden

Obwalden war am 27. November 2003 Gastgeber der 24. Interkantonalen Tagung der Innerschweizer Schlichtungsbehörden für Miet- und Pachtverhältnisse. Fünfzig Personen nahmen daran teil und liessen sich insbesondere über den Unterschied zwischen Schlichtung und Mediation sowie über die kommenden Neuerungen des Mietrechts informieren.

## Das Jahr 2003 in Zahlen

- Die Justizverwaltung erledigte 18 Namensänderungen.
- Die Justizverwaltung bearbeitete 52 Einbürgerungen, welche sämtliche vom Kantonsrat bewilligt wurden.
- Das Betreibungsamt führte 2'195 Pfändungsvollzüge durch.
- Das Verhöramt verfügte 313 Führerausweisentzüge wegen Verkehrsregelverletzungen.
- Das Verhöramt nahm 24 Personen wegen dringenden Verdachts der Begehung eines Verbrechens oder Vergehens insgesamt 281 Tage in Haft.
- Im Rahmen des Strafvollzugs leisteten 15 Personen 2'096 Stunden gemeinnützige Arbeit.
- Die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz entliess über 600 Angehörige der Jahrgänge 1961 bis 1964 aus der Armee.
- Das Sozialamt beriet 359 Klientinnen und Klienten.
- Die Jugend- und Elternberatung wurde von 99 Jugendlichen und 101 Erwachsenen sowie mehr als 50 Lehrpersonen, Lehrmeisterinnen und -meisterinnen und Behördenmitgliedern beansprucht.
- Der Kantonsarzt beurteilte 1'252 Kostengutsprachege-suche für ausserkantonale Hospitalisationen. Davon wurden 23 Prozent auf Grund der fehlenden medizinischen Indikation abgelehnt.
- Kanton und Bund zahlten für die Prämienverbilligung der Krankenkassen knapp 15 Millionen Franken aus. Insgesamt profitierten 17'412 Personen von der individuellen Prämienverbilligung.
- Der Kanton zahlte 122'303 Franken für die Gesundheitskontrollen und Beratungen (ärztliche und zahnärztliche Untersuchung) der Schulkinder.
- Die Verkehrs- und Sicherheitspolizei führte über 200 Geschwindigkeitskontrollen durch.

## Fachstelle und Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann OW/NW

Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann OW/NW wurde am 1. März 2003 am Dorfplatz 4 in Sarnen eröffnet und kurz darauf offiziell eingeweiht.

### Beratung und Information

Im Jahr 2003 verzeichnete die Fachstelle mehr als 30 Anfragen aus der Verwaltung und aus der Öffentlichkeit von Obwalden und Nidwalden zu Themen wie familienergänzende Kinderbetreuung, Lohn, Arbeit, oder Sprachregelung. Zusätzlich trafen ausserkantonale Umfragen zur Situation der Gleichstellung in Obwalden und Nidwalden ein.

## Steuerrekurskommission

### Mehr Entscheide

Im Berichtsjahr hat die kantonale Steuerrekurskommission 52 (Vorjahr: 23) Fälle betreffend die Kantons- und Gemeindesteuern entschieden. Davon wurden 32 Fälle abgewiesen, 13 teilweise oder vollständig gutgeheissen. Sieben Fälle konnten abgeschrieben werden. 11 (19) Rekurse wurden ins Jahr 2004 übertragen.

Vier ausserordentlich umfangreiche Verfahren, welche die Steuerrekurskommission während einiger Jahre beschäftigten, konnten 2003 abgeschlossen werden.

## Anwaltskommission

### Hängige Disziplinarfälle

Die Anwaltskommission fällte einen Disziplinarentscheid, drei weitere Disziplinarfälle sind hängig. Die Einträge von zwei Anwälten wurden im Anwaltsregister gelöscht und zwei Anwälte wurden neu ins Anwaltsregister eingetragen. Die Anwaltskommission erteilte zwei Praktikantenbewilligungen, führte eine Anwaltsprüfung durch und verlieh dem erfolgreichen Kandidaten das Anwaltspatent. Ferner waren diverse Anfragen von Amtsstellen und Privatpersonen zu beantworten.

## Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die neu als Abteilung in die Kantonspolizei integrierten Bereiche Militär und Bevölkerungsschutz umfassen die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle eines bewaffneten Konfliktes. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen und zu bewältigen.

## Kriminalpolizei

### Teure Sachbeschädigungen – aufwändige Verfahren

Der Umfang der Sachbeschädigungen nahm stark zu. Insbesondere verbotene Sprayereien an Gebäuden und Eisenbahnzügen führten zu sehr

hohen Sachschäden. Eine deutsche Touristengruppe versprayed in Engelberg während ihres Feriendaufenthaltes zahlreiche Objekte und verursachte damit einen Sachschaden von über 20'000 Franken. Da die deutschen Behörden gegen diese Täterschaft wegen ähnlichen Fällen ermittelte, haben sich diese Personen auch in ihrem Heimatland strafrechtlich zu verantworten.

Aufwändige Überwachungsmaßnahmen erforderten Sprayereien an Zugskompositionen in Giswil. Über einen längeren Zeitraum versprayed Unbekannte während der Nacht abgestellte Züge. In Zusammenarbeit mit der Bahnpolizei konnten mehrere Personen identifiziert und zur Anzeige gebracht werden. Sie traten in der Schweiz und teilweise auch international schon mehrfach als illegale Sprayer in Erscheinung. Auch hier beträgt der Deliktsbetrag mehrere zehntausend Franken.

### Illegaler Betäubungsmittelhandel und -konsum hat Auswirkungen auf GOA-Partys

International und national stark frequentierte GOA-Partys fanden in Lungern und Kerns statt. Als negative Begleiterscheinung war bei einem hohen Prozentsatz der Teilnehmenden illegaler Betäubungsmittelkonsum zu beobachten. Primär handelte es sich um den Konsum von Cannabisprodukten, aber auch Kokain und Weiteres waren vorhanden. Die Polizei beschränkte sich auf Kontrollen



Wasserwerfer-Ausbildung in Stans im Hinblick auf Konkordatseinsätze



Sachbeschädigungen dieser Art machen der Polizei immer mehr zu schaffen.

bei der An- und Abreise, dies nicht zuletzt, um auch das Fahren unter Drogeneinfluss einzudämmen und damit einen Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit zu leisten. Trotz dieser eingeschränkten Kontrolltätigkeit resultierten bei einer Veranstaltung über 50 Anzeigen wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

### Mehrere Verfahren gegen Betrüger

Diverse Betrüger verursachten teilweise sehr hohe Schäden. Ein Geschäftsmann beispielsweise eröffnete einen Hotelbetrieb und führte diesen auch für kurze Zeit. Nach seinem Verschwinden blieben Forderungen von Lieferanten, Handwerkern und Personal von mehreren hunderttausend Franken offen.

## Verkehrs- und Sicherheitspolizei

### Der allen bekannte Radar...

Die jährlichen kantonalen und nationalen Unfallstatistiken bilden die Grundlage für die Schwerpunktsetzung der Kontrolltätigkeiten. Beispielsweise werden jährlich über 200 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Die Verkehrspolizei verfügt über zwei Radargeräte. Ein Gerät ist in Engelberg, das andere in Sarnen stationiert. Auf Grund der Bauart werden diese Geräte für die länger dauernde statische Überwachung der Höchstgeschwindigkeiten einge-

setzt. Ausserdem steht ein kompaktes Laser-Messgerät mit Videoaufzeichnung zur Verfügung. Dieses Kontrollmittel eignet sich für Strassenabschnitte, auf welchen offensichtlich viel zu schnell gefahren wird. Ziel dieser Messart ist die Erfassung von extremen Geschwindigkeitsübertretungen. Beim Einsatz dieses Gerätes findet immer gleichzeitig eine Kontrolle der verantwortlichen Fahrzeugführer statt. Bei massiven Überschreitungen der signalisierten Höchstgeschwindigkeit erfolgt der Entzug des Führerausweises vor Ort.

### ...aber auch der Schwerverkehr

Mit der Einführung der LSVA (Leistungsabhängige Schwerverkehrsab-



Das Laser-Geschwindigkeitsmessgerät

gabe) verpflichtete sich der Kanton Obwalden gegenüber dem Bund, vermehrt Kontrollen des Schwerverkehrs durchzuführen. Vertraglich gebunden kontrolliert die Einsatzmannschaft jährlich während rund 2'500 Stunden die grössten und schwersten Verkehrsteilnehmer insbesondere auf Fahrtauglichkeit, Einhaltung der Ruhe- und Lenkzeiten sowie Betriebssicherheit der Fahrzeuge. Nicht selten sind Lastfahrzeuge so überladen, dass die Herstellergarantien überschritten sind. Vor der Weiterfahrt müssen sie bis zum erlaubten Gewicht entladen werden. Teilweise sind die Kontrollen national so koordiniert, dass sich ihnen nur wenige Fahrzeugführer entziehen können. Höchstes Ziel bleibt es, die Sicherheit auf den Strassen zu erhöhen und Unfälle zu verhindern. Kontrollen sind erfahrungsgemäss ein wirksames Mittel dazu.

## Militär und Bevölkerungsschutz

### Start der Armee XXI

Die Einführung der Armee XXI brachte den Abschied vom Geb Füs Bat 47. Weiter wurden erstmals die jungen Schweizer Bürger vor der eigentlichen Rekrutierung an den Orientierungstagen über die bevorstehenden Militärdienstleistungen informiert. Speziell dafür ausgebildete Moderatoren setzten die jungen Leute in Gesprächen und audiovisuellen Vorträgen über das neue Rekrutierungsvorgehen ins Bild.

Über 600 Angehörige der Jahrgänge 1961 bis 1964 der Armee durften ihre Militärdienstpflicht definitiv als erfüllt betrachten. An drei Tagen fanden die in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Zeughaus Sarnen durchgeführte Abgabe der militärischen Ausrüstung sowie die jeweiligen Entlassungsfeiern statt.

### Wohin mit dem Zivilschutz?

Dass der Zivilschutz seine Stärken im Interesse der Bevölkerung einbringen kann, zeigen die vielen Bachverbauungen, Geländeabstützungen und Hangsicherungen, welche die Schutzdienstpflichtigen unter fachkundiger Anleitung von Förstern erstellten. Erstmals wurden die ausgehobenen Schutzdienstpflichtigen nach neuem Konzept während eines vierzehntä-



Der Zivilschutz wird bei Geländeverbauungen eingesetzt.

gigen Grundkurses zu Pionieren, Stabsassistenten oder Betreuern ausgebildet. Nach einem einwöchigen Kurs im Ausbildungszentrum in Cham konnten die Teilnehmenden ihr erlerntes Fachwissen im unwegsamen heimischen Gelände in die Praxis umsetzen. Die Einsätze beschränkten sich dank des Ausbleibens von Ereignissen auf Grund-, Weiterbildungs- und Wiederholungskurse.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses im Mai 2003 stehen einschneidende Reformierungsmassnahmen im Bereich Bevölkerungsschutz an. Entsprechende Vorbereitungen sind getroffen. Das neue Konzept für den

Bevölkerungsschutz Obwalden ist so weit gereift, dass die Inkraftsetzung der kantonalen Gesetzgebung im Jahr 2005 zu erwarten ist.

#### Ruhiges Jahr für die Feuerwehren

Ernstfallmässig war das Berichtsjahr eher ruhig. Weder Naturkatastrophen noch Grossbrände waren zu verzeichnen. Die Stützpunktfeuerwehr Sarnen leistete hingegen einige Rettungs- bzw. Hilfeinsätze bei Verkehrsunfällen. In Engelberg kam bei einem Wohnhausbrand eine Person durch Raucheinwirkung ums Leben.

## Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die auf Grund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und erfüllt mit dem Veterinärdienst wichtige Aufgaben im Bereich Lebensmittelhygiene, Tiergesundheit und Tierschutz.

#### Spitalkooperation Obwalden/Nidwalden auf Kurs

Am 1. Juli 2003 berieten die beiden Kantonsregierungen den Bericht über die Zusammenführung der Kantonsspitäler Obwalden und Nidwalden. Im Sinne von Eckwerten für die Weiterbearbeitung des Projektes sprachen sie sich für ein gemeinsames Akutspital in Stans aus. Es wurde ausgeführt, dass auf einen zweiten Standort für die tageschirurgischen Leistungen in Sarnen aus betriebswirtschaftlichen und medizinischen Gründen verzichtet und die erforderlichen Investitionen im Kantonsspital Stans auf das absolut Notwendigste beschränkt werden sollen. Weiter wurde festgehalten, dass der Leistungsauftrag für die gemeinsame künftige Psychiatrieversorgung sowohl für den ambulanten wie den stationären Bereich und unter Einbezug der ausserkantonalen Versorgung vertiefter abzuklären sei, wobei als Standort für die Psychiatrieversorgung nach wie vor Sarnen im Vordergrund stehe. Die weiteren Abklärungen für den Abschluss einer interkantonalen Vereinbarung, insbesondere über die Standortabgeltung und die Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs, wurden einer besonderen Verhandlungsdelegation mit den Finanzdirektoren und Gesundheitsdirektoren beider Kantone übertragen.

Die Motion zur Ausarbeitung einer Wertschöpfungsstudie zum Kantonsspital Obwalden wurde an der Kan-



Ein Instruktionstag dient der intensiven Ausbildung

tonsratssitzung vom 23. Oktober 2003 erheblich erklärt. Das Ergebnis der Wertschöpfungsstudie liegt Anfang 2004 vor. Gleichzeitig nahm der Regierungsrat die Gelegenheit wahr, neben der Wertschöpfungsstudie die Abklärung von Alternativmodellen am Standort Sarnen in Auftrag zu geben. Die Ergebnisse der Alternativmodelle sollen der Einstandortvariante gegenübergestellt werden können und bis Ende Juni 2004 vorliegen.

Im August/September 2003 wurde einerseits das Aktionskomitee zur Erhaltung des Kantonsspitals am Standort Sarnen gegründet und andererseits das Bürgerforum Kantonsspital Obwalden. Eine Delegation des Regierungsrates führte mit den Exponenten beider Gruppierungen sowie den Fraktionspräsidenten im Oktober 2003 ein Gespräch. Dabei orientierte sie ausführlich über den Projektstand zur Spitalkooperation.

### Zentrumsleistungen im Kantonsspital Luzern werden teurer

Das auf den 1. Januar 2002 erneuerte Abkommen betrifft die Kostenregelung für die Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden, welche im Kantonsspital Luzern (einschliesslich Kinderspital) Zentrumsleistungen beanspruchen. Die Tarife für das Jahr 2004 wurden neu berechnet und angepasst. Gleichzeitig wurde der Anhang 1 zum Spitalabkommen angepasst, weil für die Abrechnung von Nebenkosten der neue Arzttarif TarMed Anwendung findet. Im Bereich der Zentrumsleistungen rechnet der Kanton Obwalden auf der Basis der Anzahl Fälle 2003 für das Jahr 2004 mit Mehrkosten von rund 470'000 Franken.

### «Im Alter in Obwalden leben»

Kanton, Gemeinden und im Altersbereich tätige Organisationen wie Heimverband, Spitex, Pro Senectute und IG Alter haben unter dem Titel «Im Alter in Obwalden leben» ein gemeinsames Projekt lanciert. In einem umfassenden Bericht sollen die aktuellen Probleme und Fragestellungen der Altersbetreuung analysiert werden. Es sollen kurz- und mittelfristige Massnahmen und Umsetzungsmöglichkeiten aufgezeigt sowie Lösungswege und insbesondere die finanzielle Machbarkeit definiert werden. Ziel ist es, dass Gemeinden, Kanton und



Erster Erfahrungsaustausch von Obwaldner und Nidwalden Gemeinden im Rahmen des Projektes «Netzwerk gesunde Gemeinden».

Institutionen ihre Verantwortung und Aufgaben in der Altersbetreuung koordiniert und optimiert wahrnehmen und umsetzen können.

### Projektförderungen und Projektbegleitungen

#### *Gesundheit und Migration*

Im **Projekt Internetz** treffen sich interessierte Migrantinnen, Migranten, sowie Vertreter und Vertreterinnen von inländischen Anbietern von psychosozialen Dienstleistungen. Das erste Treffen wurde von rund 30 Personen besucht. In einem ersten Schritt wurden die Grundsätze und Ziele der Gesundheitsförderung und das Gesamtprojekt Internetz vorgestellt. Das Projekt Internetz mit seinen Teilprojekten wird von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz finanziell unterstützt. Aus den ersten zwei Treffen wurden folgende drei Teilprojekte im Bereich Migration und Gesundheitsförderung initiiert:

#### *Die Gemeinden werden aktiv*

Im Projekt **«Netzwerk gesunde Gemeinden OW/NW»** wurden Gemeinden aus Obwalden und Nidwalden aktiv. Sie setzten Kommissionen oder Arbeitsgruppen ein und entwickelten Projekte mit dem Ziel der Gesundheitsförderung, begleitet durch Mitarbeitende der Fachstelle. Das Projekt wird von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz finanziell unterstützt.

Die Gemeinde Engelberg setzte sich intensiv mit der Alkoholproblematik in ihrer Gemeinde auseinander und sensibilisierte die Bevölkerung mit öffentlichen Anlässen. Testkäufe und

Testtrinken sorgten für einigen Gesprächsstoff in der Bevölkerung. Das Thema Jugendschutz wurde ernst genommen. Der Gemeinderat verabschiedete und genehmigte die erarbeiteten Leitlinien der Präventionskommission.

Die Gemeinden Kerns und Giswil setzten sich mit der Cannabisproblematik auseinander. Sie organisierten «Runde Tische» mit Schlüsselpersonen. In beiden Gemeinden entstanden weitere Projekte zum diesem Thema. Diese wurden von der Fachstelle begleitet und ausgewertet.

#### *Zusammenarbeit mit Schulen*

Die Gemeindeschulen und Bildungsverantwortlichen der Kantone wurden über die aktuellen, von der Fachstelle entwickelten Angebote informiert. In den Schulen Alpnach, Giswil und Sarnen entstanden Projekte in den Bereichen gesunde Schul(haus)kultur, Gewaltprävention und Mobbing.

#### *Gesundheitsfördernde Betriebe*

Unter dem Namen «Gesundheitszirkel» erarbeitete die Fachstelle ein Gesundheitsförderungsprojekt für Betriebe. Zwölf Betriebe in Obwalden und Nidwalden wurden darüber befragt, sechs davon zeigten sich grundsätzlich interessiert und zwei Betriebe aus Nidwalden nahmen die fachliche Begleitung bereits in Anspruch.

Am nationalen Alkoholsolidaritätstag wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltungen Obwalden und Nidwalden vom Personalamt, den Suchtberatungsstellen beider Kantone sowie der Fachstelle Gesundheitsförderung zum Apéro an die alkoholfreie Saftbar eingeladen.

## Schulgesundheitsdienst

### Erste Vergleichszahlen

Die Einlösquoten der Gutscheine und statistischen Erhebungen konnten erstmals seit der Neuorganisation des Schulgesundheitsdienstes mit den Vorjahreszahlen verglichen werden. Bei den ärztlichen Eintrittsuntersuchungen wurden im Schuljahr 2002/2003 73 Prozent (Vorjahr 77 Prozent) der abgegebenen Gutscheine eingelöst. Bei den zahnärztlichen Untersuchungen waren es 80 Prozent (Vorjahr 78 Prozent). Auffallend sind die tiefe Durchimpfungsrate bei den Kindern und die steigende Tendenz zu Übergewicht. Bei den Haltungsuntersuchen wiesen 20 Prozent der Viertklässler einen Befund auf, davon waren 14 Prozent therapiebedürftig. 67 Prozent der zahnärztlich untersuchten Kinder der Primarstufen wiesen keine Karies auf.

### Verbesserte Elterninformation

Seit dem Schuljahr 2003/04 erhalten die Eltern alle wichtigen Informationen zu den ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchungen während der Schulzeit ihrer Kinder, die Gutscheine sowie Informationen zu Impfungen, Zahnunfall usw. in einer Dokumentationsmappe. Die Elterninformation wurde inzwischen auch in serbokroatische und albanische Sprache übersetzt. Gleichzeitig wurden die Schulen über die Neuerungen informiert und an den Elternabenden wird über die Angebote des Schulgesundheitsdienstes und die Gesundheitskontrollen orientiert.

## Kantonsarzt

### SARS-Verdachtsfall in Obwalden

Im April 2003 wurde im Kantonsspital Obwalden ein Patient mit Verdacht auf SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) abgeklärt. Der Patient war am selben Tag mit Fieber von einer Reise aus Asien zurückgekehrt. Nach ambulanter Abklärung konnte der Betroffene am gleichen Tag aus dem Spital entlassen werden. Die weitere Betreuung erfolgte durch den Hausarzt und der Patient wurde angewiesen, bis zur definitiven Abklärung in Isolation zu Hause zu bleiben. Nach einigen Tagen konnte der SARS-Verdacht widerlegt und die Isolation aufgehoben werden. Die Abklärungen und das Vorgehen erfolgten nach den Empfehlungen und Richtlinien des

Bundesamtes für Gesundheit und in Absprache mit dem Kantonsarzt.

### Obwalden ist FSME-Risikogebiet

Seit 2003 gehört der Kanton Obwalden zu den Risikogebieten für Zeckenenzephalitis, auch Frühsommer-Meningo-Enzephalitis (FSME) genannt. Aus diesem Grunde wurden im Frühling 2003 erstmals auch Mitarbeiter des Kantons und der Gemeinden (z.B. im Bereich Forst, Strasseninspektorat) gegen FSME geimpft.

### Kostengutsprachen

Im Jahre 2003 wurden vom Kantonsarzt 1252 Kostengutsprachege-suche für stationäre ausserkantonale Spitalaufenthalte beurteilt. 23 Prozent der Kostengutsprachege-suche mussten auf Grund einer fehlenden medizinischen Indikation abgelehnt werden.

## Veterinärwesen

### Regionalisierung der Veterinärdienste

Die Parlamente der Kantone Obwalden, Nidwalden, Uri und Schwyz stimmten einem Nachtrag zum Konkordat betreffend das Laboratorium der Urkantone zu und machten damit den Weg frei für einen Veterinärdienst der Urschweiz. Der Veterinärdienst der Urkantone nahm am 1. Januar 2004 seine Tätigkeit im Laboratorium der Urkantone auf. Im neuen Veterinäramt der Urkantone wurden im Berufungsverfahren drei der ehemaligen vier Kantonstierärzte in einem Vollpensum angestellt. Das Organigramm des Veterinäramtes widerspiegelt die Grundidee, dass die Aufgaben künftig in den vier Kantonen durch Spezialisten auf den verschiedenen Fachgebieten wahrgenommen werden (Tiergesundheit, Fleischhygiene und Tierschutz). Durch den Zusammenschluss und die Eingliederung in das Laboratorium der Urkantone können insbesondere im Laborbereich und bei den administrativen Diensten Synergien optimal genutzt werden. Damit ist erstmalig in der Schweiz im Laboratorium in Brunnen ein eigentliches Kompetenzzentrum für Lebensmittelsicherheit entstanden, in welchem Kantonschemiker und Kantonstierarzt unter einem Dach vereint sind. Diese Struktur dürfte zukunftsweisend sein, weil sie für die Schweiz vorwegnimmt, was im benachbarten Europa im Bereich Konsumentenschutz Standard ist.

## Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Alkohol- und Drogenberatung, Jugend- und Elternberatung, Opferhilfeberatung, Ehe- und Familienberatung, Behindertenberatung, Betagtenberatung, Beratung Psychischkranker) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

### Familienleitbild Obwalden und Nidwalden liegt vor

Die seit Frühjahr 2002 tätige Kommission «Familienleitbild Obwalden und Nidwalden» stellte im November 2003 dem Regierungsrat den Grundlagenbericht, das Leitbild zur Familienpolitik und die Beurteilung des Tessinermodells vor.

Der Grundlagenbericht schliesst mit folgenden Empfehlungen:

- Das Leitbild «Familienpolitik» soll der Regierung als Leitlinie und Orientierung in der Familienpolitik dienen.
- Die drei Bereiche der Familienpolitik, nämlich soziale Sicherheit, Kultur, Arbeit und Familie sowie Beratung, sollen in ein neu zu schaffendes Familiengesetz integriert werden.
- Im Bereich der sozialen Sicherheit soll als eine erste Massnahme zur Armutsbekämpfung eine Kinderbetreuungszulage eingeführt werden.

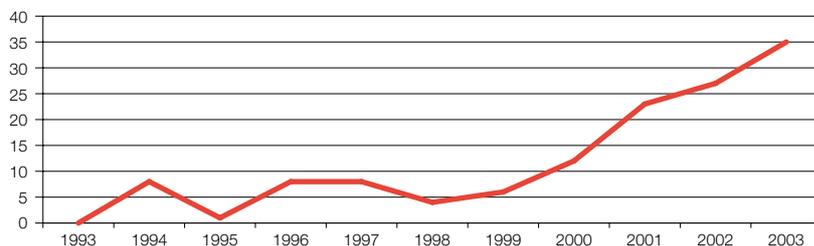
Über den Grundlagenbericht zur Familienpolitik wird ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

### 10 Jahre Opferhilfe

Das Opferhilfegesetz trat am 1. Januar 1993 in Kraft. Während sich in der ersten Zeit, wie die Grafik zeigt, nur relativ wenige Opfer an die Beratungsstelle wandten, nahmen die Anfragen in den letzten Jahren um ein Vielfaches zu.

Im Jahr 2003 ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von neun Fällen auf insgesamt 35 Fälle zu verzeichnen.

## Entwicklung der Opferhilfe der letzten 10 Jahre



Eine Konsolidierung der Beratungsfälle zeichnet sich noch nicht ab.

Neben Gesuchen um juristische Hilfe sind vor allem Gesuche um Psychotherapien und um Notunterkunft im Frauenhaus Luzern stark vertreten. Die Enttabuisierung von häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch führte in den letzten Jahren zu zahlreichen Nachfragen von Hilfe suchenden Opfern. Im Gegensatz dazu sind die finanziellen Leistungen an Opfer von Strassenverkehrsdelikten sehr gering.

### Geschützte Arbeitsplätze werden rege genutzt

Im Mai 2003 erteilten beide Regierungen Obwalden und Nidwalden der Stiftung Rütimattli, Sachseln, den Auftrag zum Aufbau von geschützten Arbeitsplätzen für Personen mit psychischer Behinderung. Am 19. März 2003 ist die Werkstatt am Tulpenweg 2 in Sarnen eröffnet worden.

### Häusliche Gewalt – ein Thema für Beratungsstellen und Polizei

Das Thema Gewalt innerhalb der eigenen vier Wände ist auch in Obwalden noch mit einem Tabu belegt, ungeachtet der Tatsache, dass eine Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt feststellbar ist.

Unter der Leitung des Sozialamtes und der Polizei schlossen sich Fachpersonen aus verschiedenen Bereichen zu einer ad hoc-Arbeitsgruppe zusammen. Dabei kamen aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln die Lücken und Unsicherheiten zur Sprache, wenn es gilt, durch professionelles Handeln häusliche Gewalt zu deeskalieren, das Opfer zu schützen oder angemessen zu betreuen.

### Suchtberatung

#### Bereich legale Drogen – zuverlässige Partnerschaft in der Region

Wie die aktuellen Fallzahlen von insgesamt 46 Neuanmeldungen bele-

gen, stabilisierten sich in den vergangenen Jahren die Anfragen aus der Bevölkerung nach Information, Beratung und langfristiger psychosozialer Begleitung auf hohem Niveau.

Leicht rückläufig war die Anzahl der Frauen, die sich an den Beratungsdienst wandten. Im Berichtsjahr waren es 13 Frauen, im Vorjahr 18. Es bestätigte sich aber auch die Erfahrung, dass Frauen eher bereit sind, in ihrem Umfeld soziale Verantwortung zu übernehmen, denn fast die Hälfte der Frauen (9) suchten nicht Rat wegen einer eigenen Suchtproblematik, sondern weil sie als Familienangehörige, Partnerin oder Freundin mitbetroffen waren.

Abgesehen von der einzelfallbezogenen Beratungstätigkeit stand das vergangene Jahr besonders unter

dem Leitgedanken einer partnerschaftlichen projektbezogenen Zusammenarbeit mit den Fachstellen des Nachbarkantons Nidwalden. So führten die Suchtberatung und die Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW zum Thema Alkoholmissbrauch in der Stiftsschule Engelberg mit den Schülerinnen und Schülern den eigens entwickelten Workshop «Alco-Click» durch.

Der 7. Schweizerische Solidaritätstag für Menschen mit Alkoholproblemen im November widmete sich dem Thema «Alkoholabhängigkeit am Arbeitsplatz». Die Suchtberatung, die Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW und die Fachstelle für Suchtfragen in Nidwalden wurden als Team im Bereich der betrieblichen Früherfassung aktiv und organisierten einen Versand von ausgewähltem Informationsmaterial an die Personalverantwortlichen grösserer Firmen.

#### Bereich illegale Drogen – Neue Methadonrichtlinien sind in Kraft

Die neuen Richtlinien umfassen wichtige Informationen und Vorschriften bezüglich Indikation einer Substitutionsverschreibung, medizinische Informationen über die Wirkung von

## Beratungsfälle legaler Drogen

	1998	2002	2003
<b>Männer*</b>			
Bestand Anfang Jahr	16	31	25
Neuaufnahmen	16	21	33
<b>Total Fälle</b>	<b>32</b>	<b>52</b>	<b>58</b>
Abschlüsse	10	27	29
Gruppe «Suchtgefährdete und Suchtkranke»		(49)	(54)
Gruppe «Angehörige, Bezugspersonen, Vorgesetzte»		(3)	(4)
<b>Bestand Ende Jahr</b>	<b>22</b>	<b>25</b>	<b>29</b>
<b>Frauen*</b>			
Bestand Anfang Jahr	6	10	7
Neuaufnahmen	13	18	13
<b>Total Fälle</b>	<b>19</b>	<b>28</b>	<b>20</b>
Abschlüsse	9	21	13
Gruppe «Suchtgefährdete und Suchtkranke»		(13)	(11)
Gruppe «Angehörige, Bezugspersonen, Vorgesetzte»		(15)	(9)
<b>Bestand Ende Jahr</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>7</b>

\* Anmerkung: In den Fallzahlen der Statistik sind auch einige wenige Fälle von Essstörungen und Glücksspielsucht erfasst.

Methadon und mögliche Kontraindikationen. Sie regeln das Bewilligungsverfahren und informieren über die Frage der Fahrtauglichkeit bei Personen unter einer Substitutionsbehandlung. Neu muss zwingend ein Zusammenarbeitsvertrag zwischen den Methadonbezügern, dem behandelnden Arzt und der Suchtberatungsstelle abgeschlossen werden.

### Beratung bei Suchtfragen – ein neues Modell im Beratungsteam

Anfangs November wurde das Beratungsangebot zum Thema «Sucht und Suchtmittel» innerhalb des kantonalen Sozialamtes zwischen der Suchtberatung und der Jugend- und Elternberatung den aktuellen Entwicklungen angepasst. Wesentliche Neuerung ist, dass die bisher praktizierte Unterscheidung, ob die Klientinnen und Klienten legale oder aber illegale Suchtmittel konsumieren (zum Beispiel Alkohol oder Nikotin im Gegensatz zu Cannabis, Partydrogen oder harten Drogen), grundsätzlich aufgegeben wurde. Bei der Entscheidung für ein neues Modell spielte auch eine Rolle, dass in den letzten Jahren in der Schweiz das Durchschnittsalter der jungen Leute, die auf eine gesundheitsschädigende Art Alkohol oder Cannabis konsumieren, deutlich sank.

### Jugend- und Elternberatung

#### Offene Jugendarbeit Obwalden und Jugendhilfekonzferenz 2003

Unter Federführung der kantonalen Jugendhilfekommision erarbeitete eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden, Kirchen und Schulen im Auftrag des Departements ein Konzept zur offenen Jugendarbeit in Obwalden.

An der Kantonalen Jugendhilfekonzferenz 2003 wurden in Workshops Jugendliche und Erwachsene zu den drei Bereichen «Angebote», «Wünsche» und «Befindlichkeit» befragt. Zusätzlich wurde in den Gemeinden eine Angebotsanalyse erhoben. Nach der Auswertung der Daten geht das Konzept im Frühling 2004 in die Vernehmlassung bei Behörden und Erwachsenen, die im Jugendbereich tätig sind, sowie an Jugendliche ab Oberstufe.

### Beratungsfälle illegaler Drogen

	1998	2002	2003
<i>Männer</i>			
Bestand Anfang Jahr	5	30	22
Neuaufnahmen	11	12	13
Davon Total Im Methadonprogramm (ab 1.1.1999)		(29)	(27)
<b>Total Fälle</b>	<b>16</b>	<b>42</b>	<b>35</b>
Abschlüsse	11	20	13
<b>Bestand Ende Jahr</b>	<b>5</b>	<b>22</b>	<b>22</b>
<i>Frauen</i>			
Bestand Anfang Jahr	3	8	7
Neuaufnahmen	10	5	4
Davon Total Im Methadonprogramm (ab 1.1.1999)		(8)	(10)
<b>Total Fälle</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>11</b>
Abschlüsse	11	6	3
<b>Bestand Ende Jahr</b>	<b>2</b>	<b>7</b>	<b>8</b>

### Beratung bei Fremdplatzierungen sind aufwändig

Die Anzahl Rat suchender Personen, die sich im Jahr 2003 an die Jugend- und Elternberatung gewandt haben,

erhöhte sich von 186 (im Jahr 2002) auf 200. Eine der aufwändigsten Aufgaben in der Beratung ist die Abklärung einer Fremdplatzierung.

### Beratungsfälle Jugend- und Elternberatung

	1998/99	2002	2003
<i>Männer</i>			
Bestand Anfang Jahr	–	22	26
Neuaufnahmen	–	57	50
<b>Total Fälle</b>	<b>–</b>	<b>79</b>	<b>76</b>
Abschlüsse	–	53	60
<b>Bestand Ende Jahr</b>	<b>–</b>	<b>26</b>	<b>16</b>
<i>Frauen</i>			
Bestand Anfang Jahr	–	27	38
Neuaufnahmen	–	80	86
<b>Total Fälle</b>	<b>–</b>	<b>107</b>	<b>124</b>
Abschlüsse	–	69	91
<b>Bestand Ende Jahr</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>33</b>
<i>Jugendliche und junge Erwachsene</i>			
1–4 mal	45	51	64
5–10 mal	20	14	21
>10 mal	17	20	14
<b>Total</b>	<b>82</b>	<b>85</b>	<b>99</b>
<i>Eltern</i>			
1–4 mal	43	82	78
5–10 mal	17	13	14
>10 mal	10	6	9
<b>Total</b>	<b>70</b>	<b>101</b>	<b>101</b>
<i>Lehrpersonen, Lehrmeister und Lehrmeisterinnen, Behörden</i>	>50	>50	>50

Es ist nicht immer möglich einen geeigneten Platz zu finden, da heute viele Heime überfüllt sind und Einwohnerinnen und Einwohner des Standortkantons Vorrang haben. Für Obwaldner Jugendliche steht nur die Stiftung Juvenat der Franziskaner in Flüeli-Ranft zur Verfügung, welche die Anerkennung des Bundesamtes für Justiz für den Straf- und Massnahmenvollzug besitzt. Die Kosten betragen pro Tag samt Schule 475 Franken (pro Jahr rund 174'000 Franken). An diese Kosten leisten Kanton und Gemeinden je 50 Prozent.

## Asylkoordination

### Keine merkliche Entlastung im Asylbereich

Trotz der abnehmenden Zahl der neuen Asylgesuche blieb die Anzahl der Personen im Asylbereich im Kanton Obwalden praktisch unverändert.

## Verhöramt

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann der Staatsanwalt Einsprache erklären. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweiszüge). Im weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden sowie die Aufsicht über die Haftlokaltäten und die Behandlung der Untersuchungsgefangenen.

## Zunahme der Geschäftslast

Im Jahr 2003 gingen beim Verhöramt 2'740 (Vorjahr 2'373) neue Fälle ein. Zusammen mit den pendenten Fällen der Vorjahre ergab dies eine Geschäftslast von 3'138 (2'924) Fällen. Von diesen konnten 2'773 Fälle (2'526) im Verlaufe des Jahres 2003 erledigt werden.

## Strafuntersuchungen

Von den im Jahre 2003 eingegangenen 2'740 Strafuntersuchungen betrafen erneut rund zwei Drittel Strassenverkehrsdelikte. Bei den restlichen zu untersuchenden Delikten handelte es sich hauptsächlich um Eigentumsdelikte sowie Delikte gegen Leib und Leben (Vorsätzliche Tötung, Körperverletzung, Tätlichkeit) sowie um verschiedene Widerhandlungen gegen die Nebenstrafgesetzgebung wie zum Beispiel das Betäubungsmittelgesetz, das Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer, das Umweltschutzgesetz und das Gesetz über das kantonale Strafrecht. Im Jahre 2003 wurden 24 Personen wegen dringenden Verdachts der Begehung von Verbrechen oder Vergehen insgesamt 281 Tage in Untersuchungshaft genommen.

## Verhörer für Wirtschaftsdelikte OW/NW/UR

Nachdem im Jahre 2002 zwei grosse Strafuntersuchungen für den Kanton Obwalden abgeschlossen werden konnten, waren zu Beginn des Jahres 2003 beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte insgesamt 15 Fälle pendent. Davon betrafen sechs den Kanton Nidwalden, fünf den Kanton Obwalden und vier den Kanton Uri. Im Jahr 2003 wurden drei neue Fälle eingeschrieben, die im Berichtsjahr selber erledigt werden konnten. Zudem gelang es drei weitere Fälle abzuschliessen, sodass per Ende 2003 noch zwölf Strafuntersuchungen pendent waren. Davon entfielen je fünf auf die Kantone Nidwalden und Obwalden sowie zwei auf den Kanton Uri. Anzuführen ist, dass im ersten Halbjahr 2004 auf Grund des Verfahrensstandes zwei weitere umfangreiche Strafuntersuchungen für den Kanton Obwalden abgeschlossen werden können. Der zeitliche Aufwand für den Kanton Obwalden lag im Jahre 2003 mit 21 Prozent des Gesamt-

aufwandes leicht unter dem Richtwert von 25 Prozent.

Der Verhörer für Wirtschaftsdelikte nimmt für die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri auch die Aufgabe als Meldestelle für Geldwäscherei wahr. Auf Grund von Art. 23 Abs. 4 des Geldwäschereigesetzes orientierte die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) das Verhöramt für Wirtschaftsdelikte im Jahre 2003 in vier Fällen über einen geldwäschereiverdächtigen Vorgang. Ein Fall betraf den Kanton Obwalden.

## Aus dem Amtsbericht 1903–1904

*Polizeikorps. Dasselbe besteht verordnungsgemäss aus einem Unteroffizier und sieben Polizeisoldaten. Von anfangs Juli bis Mitte September war die Gemeinde Engelberg zur Anstellung eines Hilfspolizisten genötigt, da sich infolge der Ausführung des Elektrizitätswerkes Luzern-Engelberg und anderweitiger Bauarbeiten eine aussergewöhnliche Zahl von fremden Arbeitern in Engelberg aufhielt.*



Wasserspender

# VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Bei Betriebsbesuchen kommen Anliegen an Politik und Verwaltung zur Sprache.

«Knappe Ressourcen engen den Handlungsspielraum ein. Mit kreativen Ansätzen und motivierten Mitarbeitenden stellen wir uns den Herausforderungen.»

Landammann Maria Küchler-Flury, Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartementes

## **Intensive Zusammenarbeit in der Zentralschweiz und im Kanton**

Von der Zentralschweizer Regierungskonferenz ist ein Projekt für eine gemeinsame BVG und Stiftungsaufsicht Zentralschweiz in Vorbereitung.

Die Zentralschweizer Polizeidirektorenkonferenz (ZPDK) klärt ab, in wie weit eine vertiefte Zusammenarbeit beim Messwesen Synergien bringt.

Im Zusammenhang mit der Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen bei der Invalidenversicherung haben die Zentralschweizer Regierungen eine Absichtserklärung

für einen gemeinsamen regional ärztlichen Dienst unterzeichnet.

Alle Zentralschweizer Kantone haben mit dem Kanton Zürich eine Leistungsvereinbarung über den Vollzug des Konsumkreditgesetzes abgeschlossen. Die materielle Überprüfung erfolgt in Zürich, das Amt für Arbeit stellt die Verfügung aus.

Zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit im Rahmen der bilateralen Verträge wurde die Vereinbarung über eine gemeinsame Tripartite Arbeitsmarktkommission der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden unterzeichnet.

Die Vollzugsstellen im Sozialwesen und in der Arbeitslosenversicherung der Kantone Obwalden und Nidwalden wurden an einer gemeinsamen Tagung über die Änderungen des revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetzes und die Einführung des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts orientiert.

## Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2002	Ende 2003
Departementssekretariat	1.6	1.6
Volkswirtschaftsamt	3.1	3.1
Amt für Arbeit	7.8	7.9
Landwirtschaftsamt	8.8	8.0

### Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung wahr und ist Bindeglied für die interkantonale Zusammenarbeit sowie Europa-Fragen. Es unterstützt die Departementsvorsteherin bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Der Einstieg in eines der Hauptziele der Strategie- und Amtsdauerplanung 2003–2006, die Durchführung einer Imagekampagne, erwies sich schwieriger als erwartet. Es stellte sich heraus, dass unter Imagekampagne sehr viel Unterschiedliches verstanden wird. Der Regierungsrat entschied sich schliesslich für eine Kampagne, die vorsieht, einkommens- und vermögensstarke Bevölkerungssegmente möglichst direkt mit einem gezielten Angebot anzusprechen. Das Detailkonzept befindet sich in Erarbeitung.

Nachdem die Finanzierung des Micro Center Central-Switzerland (MCCS) durch die Mittel des Bundes für die Forschung und Entwicklung allein nicht sichergestellt werden konnte, wurde eine zweite Beitragszusicherung für die Jahre 2004 bis 2007 durch die Kantone der Zentralschweiz im verminderten Ausmass notwendig. Der Kantonsrat hat dem

Kredit am 27. Juni 2003 zugestimmt. Der Kantonsbeitrag von 250'000 Franken wird ergänzt durch einen Beitrag der Obwaldner Kantonalbank von 500'000 Franken. In Verhandlungen mit den Zentralschweizer Kantonen wurde ein gemeinsamer Finanzierungsschlüssel gefunden. Diese Beiträge wurden von den zuständigen Parlamenten bewilligt. Uri leistet einen einmaligen Beitrag. Die Kantone Luzern und Zug entscheiden Anfang 2004 über ihren Beitrag.

### Wirtschaftsförderung im Netzwerk des Bundes und der Kantone

Obwalden als Region ist zu klein, um eigenständig Wirtschaftsförderung zu betreiben. Selbst im deutschschweizerischen Raum wäre es schwierig, Obwalden so zu positionieren, dass es wunschgemäss wahrgenommen würde. Seit 1996 haben sich die fünf Zentralschweizer Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden zusammengeschlossen und betreiben gemeinsam Standortwerbung im Ausland durch die Standortpromotion Zentralschweiz. In Zusammenarbeit mit dem Verein Wirtschaftsförderung Obwalden wird soweit als möglich die Vertretung an Seminarien und Auftritten im Ausland wahrgenommen. Seit vier Jahren ist Obwalden auch im leitenden Ausschuss der Marketinggruppe der Standortpromotion vertreten. Die Standortpromotion ihrerseits sorgt dafür, dass bei den Anlässen des Staatssekretariates für Wirtschaft des Bundes (seco) die Zentralschweiz regelmässig auch bei den Referaten zum Zuge kommt und wahrgenommen wird. Das betrifft einerseits internationale Ausstellungen wie die Hannover Industriemessen und die CeBIT in Hannover, aber auch Seminarien, in denen die Vorteile des Standortes Schweiz unter verschiedenen Aspekten Unternehmensvertretungen vorgestellt werden. Selbstverständlich ergibt sich

## Das Jahr 2003 in Zahlen

- Zusammen mit dem Verein Wirtschaftsförderung Obwalden wurden neun Betriebe angesiedelt, die 17 Arbeitsplätze schufen. Mit über 30 Unternehmen aus dem Kanton wurde vertiefter Kontakt gepflegt.
- Lang andauernde Minustemperaturen und eine hohe Schneedecke im Februar führten dazu, dass sich die Arbeitsausfallentschädigungen wegen Schlechtwetter im Rahmen der Arbeitslosenversicherung nahezu verzehnfacht haben.
- Die anerkannten Flüchtlinge bleiben nicht im Kanton Obwalden. Die Zahl geht stetig zurück, obwohl jährlich neu Flüchtlinge anerkannt werden: von 73 (1998) auf 62 (2003).
- Das Gesamteinkommen der Landwirtschaftlichen Haushalte beträgt rund 41 Millionen Franken. Davon stammen 21 Millionen Franken aus Nebeneinkommen.
- Das Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Strukturverbesserungen beträgt rund 12.3 Millionen Franken.
- An die Obwaldner Landwirtschaft werden 24.3 Millionen Franken Direktzahlungen für gemeinwirtschaftliche und ökologische sowie besonders tierfreundliche Leistungen ausbezahlt.

aus diesem Verbund auch eine Konkurrenz-Situation. Es gilt, die spezifischen Vorteile von Obwalden einzubringen wie den einmaligen attraktiven Lebensraum im Zentrum der Schweiz mit verschiedenen herausragenden Unternehmen, die Zuverlässigkeit von Arbeitskräften und die steuerlichen Vorteile. Dank des Aktionärprivilegs ist Obwalden bei hohen Einkommen selbst mit Schwyz und Zug konkurrenzfähig.

Ebenso wichtig ist die Wirtschaftspflege, also der Kontakt mit den bestehenden Unternehmen. Je besser die Rahmenbedingungen für alle sind, umso zuversichtlicher kann man für

die Wirtschaftsentwicklung sein. Gezielt werden mit Unternehmen Gespräche gesucht. Abwechslungsweise werden in den Gemeinden jährlich sechs Betriebe durch die Geschäftsleitung besucht. Neben dem Kennenlernen der Tätigkeit des Betriebes geht es vor allem um Anliegen der Wirtschaft, die zuhause der Politik und Verwaltung vorgebracht werden können. Erfreulicherweise halten sich diese in einem bescheidenen Mass. Daneben gibt es aus unterschiedlichen Anlässen Kontakte zu Unternehmen und vertiefende Einzelgespräche. Zur Wirtschaftspflege und Standortwerbung gehört auch das Aufmerksammachen auf laufende Ausschreibungen. Es gibt sehr viele Wettbewerbe und Auszeichnungen. Preisträger aus dem Kanton Obwalden helfen mit, unseren attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum bekannt zu machen. So wurde Steiner Sarnen Schweiz mit dem Anerkennungspreis der Handelskammer Zentralschweiz ausgezeichnet.

### Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Wirtschaft, die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt werden das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht wahrgenommen. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung sowie die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und vollzieht die wirtschaftliche Landesversorgung.

### Submission im Einklang mit der Zentralschweiz

Am 18. Dezember 2003 verabschiedete der Kantonsrat das revidierte Submissionsgesetz, mit welchem Obwalden der revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 beitrug. Mit dem neuen Submissionsgesetz und den zu-

gehörigen Ausführungsbestimmungen wird eine Harmonisierung der kantonalen Beschaffungsrechte in der Zentralschweiz angestrebt.

### Kein Alleingang im Tourismus

Der Regierungsrat hat beschlossen, die Dienstleistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG für die Jahre 2004 bis 2006 mit unveränderten jährlichen Kantonsbeiträgen sowie unverändertem Leistungskatalog weiterzuführen. Luzern Tourismus AG erbringt seit 2002 im Auftrag der Zentralschweizer Kantone Service public-Dienstleistungen mit ihrem Dienstleistungszentrum Luzern-Zentralschweiz. Damit werden Leistungen sichergestellt, welche von Gästen, potenziellen Gästen, Medien und der Reisebranche nachgefragt werden, für die einzelnen Unternehmen jedoch nicht direkt erfolgswirksam sind.

### Handelsregister: Leichte Zunahme eingetragener Firmen

Insgesamt wurden 585 (Vorjahr: 627) Handelsregistereintragungen (Neueintragungen, Änderungen und Löschungen) vorgenommen. Neu eingetragen wurden vorwiegend Gesellschaften mit beschränkter Haftung (49), Aktiengesellschaften (38) und Einzelfirmen (26). Ende 2003 waren im Handelsregister 1'981 Firmen (Vorjahr: 1'950) eingetragen, wovon 604 Einzelfirmen, 771 Aktiengesellschaften und 281 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es wurden 621 Handelsregisterauszüge ausgestellt (Vorjahr 576).

### Stiftungsaufsicht

32 Vorsorgeeinrichtungen mit mehr als 3'000 Versicherten und einem BVG-Kapital von mehr als 400 Millionen Franken sowie 20 klassische Stiftungen mit einem Vermögen von mehr als 60 Millionen Franken werden von der BVG- und Stiftungsaufsicht im Auge behalten. Die Anforderungen sind hoch und werden als Folge der Probleme bei der 2. Säule in Zukunft noch steigen. Gestützt auf einen Antrag der Zentralschweizer Regierungskonferenz vom Mai 2002 hat eine Steuerungsgruppe unter Vorsitz der Departementsvorsteherin deshalb abgeklärt, wie die BVG- und Stiftungsaufsicht mit Blick auf die zukünftigen Anforderungen sinnvoll in den Zentralschweizer Kantonen gemeinsam wahrgenommen werden kann. Dadurch kann für alle Kantone

eine optimale Stellenbesetzung erreicht werden, was zu Qualitätsverbesserungen und Skaleneffekten führt. Die Regierungen von Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug beschlossen deshalb, das entsprechende Projekt weiterzuführen.

### Regio Plus: Sport-Kompetenzzentrum

Der Bund hat nach dem Bundesbeschluss über die Unterstützung des Strukturwandels im ländlichen Raum (Regio Plus) an das Projekt «Sportvalley Obwalden» für den Zeitraum von 2003 bis 2007 eine Finanzhilfe in Form eines Pauschalbetrages von insgesamt 450'000 Franken zugesprochen. Das Projekt wird von einer Interessengemeinschaft unter der Federführung des Regionalentwicklungsverbandes Sarneraatal getragen. Obwalden soll sich zu einem nationalen Kompetenzzentrum in Sachen Sport und Wellness entwickeln.

### Überbetriebliche Finanzhilfe zu Gunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete

Erstmals konnte in Obwalden ein überregionales Projekt mit Mitteln gemäss Bundesgesetz zu Gunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete unterstützt werden. Der Bund hat dem Micro Center Central-Switzerland AG, Alpnach, für die Jahre 2004 bis 2006 eine überbetriebliche Finanzhilfe von insgesamt 300'000 Franken gewährt. Das Projekt unterstützt unternehmerische Initiativen und fördert den Aufbau und die Vernetzung unternehmerischer und technologischer Kompetenzen. Es bringt mehreren Unternehmen des wirtschaftlichen Erneuerungsgebiets einen Nutzen.

### Wohnraumförderungsgesetz (WFG)

Der Bundesrat hat das neue Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) auf den 1. Oktober 2003 in Kraft gesetzt. Wegen des Entlastungsprogramms 2003 werden allerdings die Artikel im WFG, welche die gesetzliche Basis der Direktdarlehen bilden, bis Ende 2008 nicht angewendet. Vom Entlastungsprogramm nicht betroffen sind die übrigen Massnahmen des WFG: Indirekte Hilfen für Bauträger mit wenig Eigenkapital (Bürgschaften und Rückbürgschaften), Unterstützungen für Träger und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

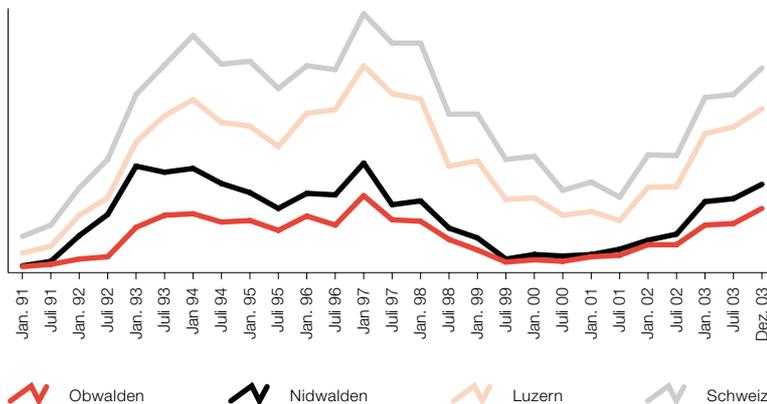
## Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es ist zuständig für den Vollzug der Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umweltschutz überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preiskontrolle wird überwacht. Für das Markt- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung, das Campieren, für öffentliche Sammlungen und Lotterien, für den Viehhandel und an Reisende werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Es ist Anlaufstelle für Fragen der Integration von ausländischen Personen, für Rassismusbekämpfung und Probleme der Fahrenden.

### Ein Jahr ohne Aufschwung

Grosse Skepsis gegenüber den Prognosen für einen Aufschwung war kennzeichnend für das Wirtschaftsjahr 2003. Den Annahmen über einen Aufschwung im zweiten Semester wurde misstraut; dieser war bereits ein Jahr früher für den Herbst 2002 angekündigt worden. Auch damals wollte sich die Erholung nicht einstellen. Eine ähnliche Entwicklung gab es bei den Arbeitslosenzahlen 2003. Der relativ flache Anstieg in der ersten Hälfte liess noch hoffen; doch der starke Anstieg in der zweiten Hälfte brachte die herbe Enttäuschung. Immerhin: Im letzten Quartal ist der Anstieg abgeflacht. Ende Jahr waren

## Arbeitslosigkeit Januar 1991 bis Dezember 2003



339 Personen als arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote im Kanton Obwalden stieg von 1.2 Prozent auf 1.9 Prozent Ende 2003, bei einer schweizerischen Quote von 4.2 Prozent.

### Grosse Nachfrage nach Versicherungsleistungen

Die Anzahl der Bezugstage hat sich auf 43'011 verdoppelt. Dadurch ist der ausbezahlte Betrag an die angemeldeten arbeitslosen Personen um 78 Prozent auf 5.7 Millionen Franken gestiegen. Ebenso verdoppelt haben sich die Ausfallstunden wegen Kurzarbeit. Der ausbezahlte Betrag hat sich um 140 Prozent auf 312'000 Franken erhöht. Die lang andauernden Minustemperaturen und die hohe Schneedecke im Februar haben dazu geführt, dass die Schlechtwetterentschädigung von rund 15'000 Franken auf 278'000 Franken angestiegen ist. Insolvenzenschädigung wurde von zwei Betrieben (Vorjahr 4) für 14 (Vorjahr 27) Personen beansprucht.

### Interinstitutionelle Zusammenarbeit

Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) bedeutet Koordination: Koordiniertes Miteinander im Dienst der betroffenen Menschen, koordinierte Bemühungen von Arbeitsmarktbehörden, Invalidenversicherung und Sozialdiensten. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit Nidwalden. Die eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung der Vorsteherin des «Arbeitsmarktes Ob- und Nidwalden» hat aufgrund konkreter Beispiele aus praktischer Erfahrung einen Zusammenarbeits-Mechanismus ausgelöst. Dies ermöglicht ein «Miteinander» und für die betroffenen versicherten Per-

sonen eine bessere Beratung und Leistungsdichte.

### Entsendegesetz gemeinsam mit Uri, Schwyz und Nidwalden

Im Zusammenhang mit der Einführung des freien Personenverkehrs mit der Europäischen Gemeinschaft (EU) hat das Bundesparlament 1999 flankierende Massnahmen beschlossen. Diese flankierenden Massnahmen haben für einen ausgeglichenen Arbeits- und Beschäftigungsmarkt in der Schweiz zu sorgen. Sie sollen inländische Arbeitnehmende vor Sozial- und Lohndumping schützen. Die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden haben eine gemeinsame tripartite Arbeitsmarktkommission eingesetzt. Für den technischen Vollzug ist – zusammen mit dem Kanton Schwyz – die gemeinsame Vollzugsstelle zuständig. Für den freien Waren- und Personenverkehr ist es nicht zweckmässig, wenn kleinste Regionen unterschiedliche Lohnbestimmungen in Gesamt- und Normalarbeitsverträgen festschreiben. Allein schon vor diesem Hintergrund ist es angemessen, in der kleinräumigen Zentralschweiz etwas grössere Arbeitsmarktregionen zu bestimmen und vermehrt die Zusammenarbeit zu suchen.

### Technische Inspektorate

*Sonntagsarbeit ist ein Bedürfnis*  
Gestützt auf eine Weisung des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) wurde – wie in den Vorjahren – für den Sonntagsverkauf in der Vorweihnachtszeit an zwei Sonntagen die Ladenöffnung bewilligt. Das Bundesgericht hat nun entschieden, dass keine Pauschalbewilligungen mehr

ausgestellt werden dürfen, sondern in jedem Einzelfall eine Bedürfnisüberprüfung zu erfolgen hat. Die eidgenössische Arbeitskommission wird dem seco Empfehlungen für neue Vollzugsweisungen unterbreiten.

#### *Vorsicht explosiv!*

Explosionsschutz ist praktizierte Anlagensicherheit und dient somit dem Arbeits- und Umweltschutz. Aufgabe des Explosionsschutzes ist es, durch geeignete Verfahrenskonzepte das Auftreten explosionsfähiger Gemische bereits an der Quelle zu verhindern. In den Fällen, wo dies nicht möglich ist, sind wirksame Massnahmen zur Zündquellenvermeidung zu treffen. Für die Fälle, wo beide Massnahmen alleine nicht ausreichen, um Explosionsereignisse sicher auszuschliessen, sind Einrichtungen zur Explosionsunterdrückung, zur Druckentlastung oder eine explosionsdrucksichere Bauweise erforderlich. Bei der Auswahl wirksamer und ökonomisch sinnvoller Massnahmen für das Vermeiden der Gefahren durch explosionsfähige Atmosphäre stellt das technische Inspektorat seine Erfahrungen zur Verfügung.

### Gewerbebewilligungen

#### *Geldspielautomaten*

Im Berichtsjahr hat die Polizei in Engelberg sämtliche Gastwirtschaftslokale im Hinblick auf Automaten kontrolliert. Es waren nur bewilligte Geschicklichkeitsspielautomaten in Betrieb. Die Zahl der aufgestellten Geld- und Geschicklichkeitsspielautomaten ist rückläufig.

#### *Meldeverfahren vereinfacht*

Den Viehhändlern wurde aufgezeigt, wie die Viehhandelszahlen vereinfacht gemeldet werden können. Eine Kontrolle der Viehhandelshefte durch den Kantonstierarzt bleibt aber vorbehalten.

#### *Reisendenkarten direkt durch die Firma ausgestellt*

Das neue Gesetz über das Gewerbe der Reisenden (RGG) mit Vorschriften über die Ausweise trat am 1. Januar 2003 in Kraft. Unsicherheiten bezüglich der Anwendung bewirken einen intensiven Informationsaustausch mit dem zuständigen Bundesamt. Das Markt- und Gewerbegesetz muss noch angepasst werden. Einer Firma wurde die Bewilligung gemäss Bundesrecht er-

teilt, ihren Reisenden die Ausweiskarten selbst auszustellen.

### Messwesen

#### *Qualitätssicherung beim Abstimmen*

Nach der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. November 2002 hat sich herausgestellt, dass in einzelnen Gemeinden der Schweiz die Stimmzettel gewogen wurden. Abklärungen bei der Staatskanzlei haben ergeben, dass zurzeit in Obwalden bei Abstimmungen keine Waagen für die Zählungen eingesetzt werden.

#### *Schmalspur beim Eichen*

Die vorgeschriebenen Erst-, Nach- und Reparaturreichungen der Messmittel wurden durchgeführt. Die 80 Tonnen Geleisewaage in Giswil konnte nicht geeicht werden, da bei der SBB die notwendige Eich-Ausrüstung für solche Schmalspur-Waagen nicht mehr vorhanden ist und zuerst neu angefertigt werden muss.

#### *Aushelfen beim Eichen*

Auf Wunsch Nidwaldens hat der Obwaldner Eichmeister bei der Eichung der Dieselauchmessgeräte ausgeholfen.

#### *Füllmengenkontrolle/Marktaufsicht*

Hersteller von Zufallspackungen (fast jede Packung hat ein anderes Gewicht) wurden darüber informiert, dass Fertigpackungen mit dem Netto-Gewicht auszuzeichnen sind.

### *Preiskontrolle aufgehoben*

Der Regierungsrat hat den Beschluss aus dem Jahre 1936 betreffend die kantonale Preiskontrolle ersatzlos aufgehoben. Der Bund führt keine Aktionen zur Verbilligung für Landwirtschaftserzeugnisse mehr durch. Dadurch ist die kantonale Kommission für die Durchführung der Preiskontrolle nicht mehr notwendig. Insbesondere konnten auch die Gemeinden von ihrer Aufgabe der Preiskontrolle entlastet werden.

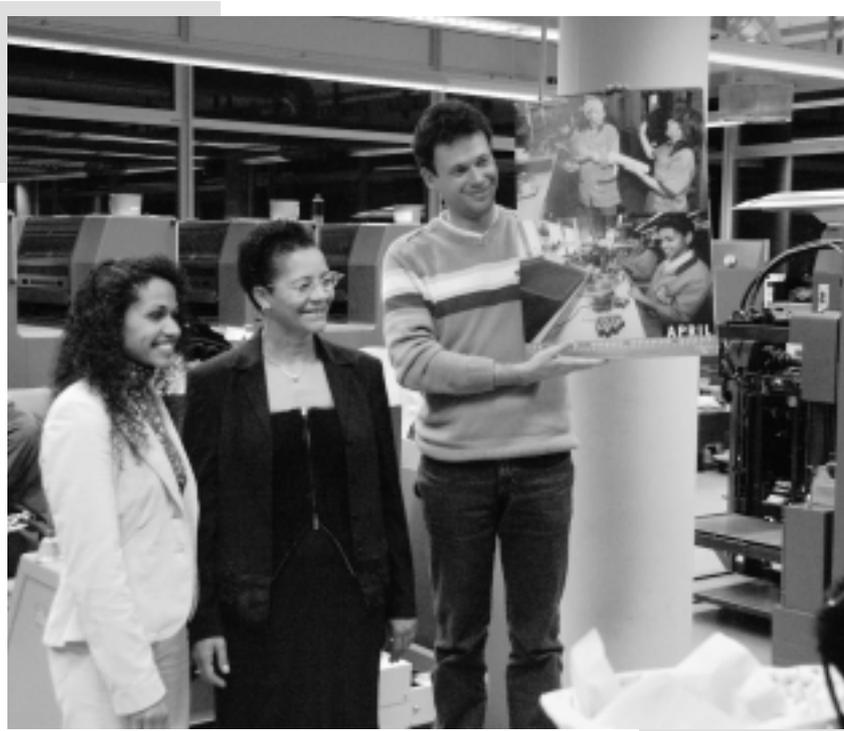
### Migration

#### **Ausländische Wohnbevölkerung**

#### *Integrationsprojekt Obwalden Nidwalden*

**alle** anders  
**GLEICH**

In einem Zusammenarbeitsprojekt zwischen Obwalden und Nidwalden steht das kommende Jahr im Zeichen der Integration. Die Sensibilisierungskampagne, «Alle anders – alle gleich», wurde vorbereitet. Bund, Kantone, Gemeinden und Kirchen haben das Patronat übernommen. Das Projekt will die Bevölkerung in Obwalden und Nidwalden über die Vereine für dieses Thema sensibilisieren.



Bei der Vernissage des von Ah Kalenders standen die abgebildeten Personen und ihre Geschichte im Mittelpunkt.

*Beitrag zum Integrationsjahr*

Migration und Integration war auch das Thema des Kalenders 2004 der von Ah Druck AG. In konzeptioneller Zusammenarbeit mit dem Amt für Arbeit entstand ein Kalender mit attraktiven und aussagekräftigen Bildern von aus dem Ausland zugewanderten Menschen.

Das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten verläuft weitgehend unproblematisch. Ausländerinnen und Ausländer tragen beträchtlich zum Wohlstand der Schweiz bei. Ein Viertel des gesamten Arbeitsvolumens wird von ausländischen Erwerbstätigen geleistet. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerungszahl der Schweiz rückläufig. Jede dritte Ehe, die heute in der Schweiz geschlossen wird, ist binational. Der meistgegessene Käse ist weder Emmentaler noch Greyerzer, sondern Mozzarella – mittlerweile vorwiegend aus Schweizer Produktion.

*Entwicklung in Obwalden*

Die ausländische Wohnbevölkerung ist im vergangenen Jahr von 3'556 auf 3'715 Personen angestiegen. Der Zuwachs bei den EU/EFTA-Staatsangehörigen beträgt 98 und jener der Personen aus den so genannten Drittstaaten 61 Personen. Insgesamt sind 1'908 Drittstaatsangehörige und 1'807 EU/EFTA-Staatsangehörige im Kanton Obwalden wohnhaft. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung beträgt in Obwalden 11.2 Prozent und gesamtschweizerisch 20.1 Prozent.

Mit der Einführung des freien Personenverkehrs am 1. Juni 2002 sind die Rechtsansprüche für Personen aus den EU/EFTA-Staaten gestiegen. Das Saisonierstatut wurde zu Gunsten von Kurzaufenthaltsbewilligungen abgeschafft.

Gestützt auf diese Ausgangslage wurde die Dienstleistung in Engelberg auf den 1. Mai 2003 aufgehoben. Von den 25 Stellenprozenten sind 15 Prozent gestrichen und zehn Prozent bei der Migration in Sarnen übernommen worden. Die Massnahme wurde im Einverständnis mit der Gemeinde Engelberg problemlos umgesetzt. Die Personen aus Engelberg werden nun direkt von der Abteilung Migration in Sarnen bedient.

**Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene***Zuwanderung leicht abgenommen*

Im Asylbereich hat die Zuwanderung in die Schweiz leicht abgenommen. Die neuen Aufenthalte inklusive Geburten in Obwalden sind von 128 auf 118 Personen beziehungsweise um sieben Prozent zurückgegangen. Daraus haben sich 96 Asylverfahren ergeben. Der Gesamtbestand der Asylsuchenden betrug Ende Jahr 245 Personen. Davon wurden 90 Personen vorläufig aufgenommen. 20 Personen, vorwiegend aus Sri Lanka, erhielten auf Grund ihrer langjährigen Anwesenheit und Integration im Rahmen der Humanitären Aktion 2000 des Bundes eine Aufenthaltsbewilligung. Acht Personen wurden als Flüchtlinge anerkannt.

1998 lebten in Obwalden 73 anerkannte Flüchtlinge. Ende 2003 waren es noch 62 Personen, obwohl jährlich zwischen fünf und zehn als Flüchtlinge anerkannt werden. Diese Abnahme zeigt, dass anerkannte Flüchtlinge nicht selten von der Möglichkeit des Kantonswechsels Gebrauch machen und abwandern.

**Landwirtschaftsamt**

Das Landwirtschaftsamt setzt sich im Rahmen des Vollzugs der Bundes- und Kantonsgesetzgebung für konkurrenzfähige, bäuerliche Familienbetriebe und eine naturnahe, umweltgerechte Bewirtschaftung ein. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes, der Strukturverbesserungen sowie der Hauswirtschaft. Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite) sowie der Betriebshilfedarlehen, wirkt mit beim Betriebshelferdienst, Landdienst und bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren wird die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

**Landwirtschaftsamt beschränkt sich auf Kernleistungen**

Personelle Veränderungen und ändernde Rahmenbedingungen wurden beim Landwirtschaftsamt ausgenutzt, die Organisationsstruktur anzupassen und den Stellenumfang zu vermindern. Die Arbeit richtet sich auf staatliche Kernleistungen aus. Bestimmte Aufgabenbereiche wie Schlachtviehmärkte, Viehschauen, Kontrolldienst wurden ausgelagert. An Stelle von zwei Abteilungen hat das Amt neu die drei Dienststellen Direktzahlungen, Strukturverbesserungen und Beratung. Durch Nutzung von Synergien wurden die internen Arbeitsabläufe verbessert, die überkantonale Zusammenarbeit vereinfacht und damit ein kostengünstiger, effizienterer und kundenfreundlicherer Vollzug ermöglicht. Bei der Departementsreorganisation 1999 waren 1000 Stellenprozente besetzt, 2003 waren es noch 800 Stellenprozente.

**Aus dem Amtsbericht 1903–1904**

*Die Bevölkerung von Obwalden beschäftigt sich hauptsächlich mit Viehzucht und mit der damit verbundenen Bewirtschaftung des Bodens. Mit Recht darf man diese beiden Faktoren als Haupterwerbsquellen unseres Landes hinstellen. Der Staat sucht deshalb seiner Aufgabe, Viehzucht und Bodenkultur eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und sie auch finanziell zu unterstützen, möglichst gerecht zu werden. Die Bodenerträge haben sich denn auch seit Jahren bedeutend gehoben, dank einer besseren Behandlung des Düngers und der Gülle (Jauche) und der Verwendung des Kunstdüngers.*

## Weiterentwicklung der Agrarpolitik hat grosse Auswirkungen

Der Bundesrat hat im November 2003 die Ausführungsbestimmungen zur Agrarpolitik 2007 (AP 2007) verabschiedet und die meisten Änderungen auf den 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt. Zu den 42 Verordnungen zum Landwirtschaftsgesetz, Tierseuchengesetz und Tierschutzgesetz wurde eine ausführliche Stellungnahme erarbeitet. Die Agrarpolitik 2007 stellt im Wesentlichen eine Weiterentwicklung der AP 2002 dar. Die Kernelemente der AP 2007 sind der Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft der Jahre 2004 bis 2007, die Aufhebung der Milchkontingentierung und die Versteigerung der Zollkontingente für Fleisch. Für die klein strukturierte, auf Rindviehhaltung und Milchproduktion ausgerichtete Obwaldner Berglandwirtschaft hat insbesondere die Aufhebung der Milchkontingentierung verbunden mit weiteren marktwirtschaftlichen Liberalisierungsschritten mit sinkenden Produktpreisen erhebliche Auswirkungen.

### Nebenerwerb wird immer wichtiger

Auf Grund des tiefen landwirtschaftlichen Einkommens verdienen rund 65 Prozent der Obwaldner Betriebe einen wesentlichen Teil ihres Einkommens ausserhalb der Landwirtschaft. Vom Gesamteinkommen der landwirtschaftlichen Haushalte im Kanton von rund 41 Millionen Franken stammen nur rund 21 Millionen Franken direkt vom Landwirtschaftlichen Einkommen. Das Nebeneinkommen von 20 Millionen Franken setzt sich aus dem Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit (12 Millionen Franken) und privatem Einkommen zusammen. Gemessen am Volkseinkommen 2000 in Obwalden beträgt der Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens damit rund zwei Prozent. (Quelle: Interne Berechnungen für den Expertenbericht zum Agrarleitbild auf Grund von Steuerdaten 2001)

Da das landwirtschaftliche Einkommen durch die sinkenden Produktpreise weiter abnehmen wird, sind für die zukünftige Entwicklung der Obwaldner Landwirtschaft nicht nur die agrarpolitischen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend, sondern in steigendem Ausmass wie die Landwirtschaft ausserlandwirtschaftliche Arbeitsplätze finden wird.



Mit der Bewirtschaftung von Ökowieden erfüllt die Landwirtschaft einen Auftrag, der von der Gesellschaft geschätzt und honoriert wird.

### Expertenbericht zum Agrarleitbild

Der Regierungsrat hat ein Leitbild zur Landwirtschaft im Kanton in Auftrag gegeben. Dieses soll die Stärken und Schwächen sowie mögliche Entwicklungspfade der Landwirtschaft unter den sich ändernden agrarpolitischen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufzeigen. Es soll für die kantonale Agrarpolitik den Handlungsbedarf und Handlungsspielraum abstecken, damit die beschränkten kantonalen Massnahmen sowie die knappen finanziellen Mittel effizient und zielgerichtet umgesetzt bzw. eingesetzt werden. Der Entwurf liegt vor und gelangt im ersten Halbjahr 2004 zur parlamentarischen Diskussion.

Die Grundlagen für das Agrarleitbild wurden in einem Expertenbericht vom Institut für Agrarwirtschaft der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsamt erarbeitet. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden zusammen mit direktbetroffenen Landwirten und Bäuerinnen sowie mit den verschiedenen Anspruchsgruppen wie Umweltorganisationen, Tourismusorganisationen, Gewerbeverband, Regionalentwicklungsverband sowie der Konsumentinnen und Konsumenten gemeinsame Ziele der Obwaldner Landwirtschaft diskutiert. Mit diesem kommunikativen und partizipatorischen Ansatz gelang es, die regionenspezifischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und gemeinsame, ökonomisch und politisch umsetzbare Ziele zu formulieren.

### Alpwirtschaft zusätzlich untersucht

Auf Grund der grossen Bedeutung der Alpwirtschaft hat das Landwirtschaftsamt zusammen mit den Alpeigentümern, Alpbewirtschaftern, Vertretern

des Naturschutzes, des Tourismus, des Sports und der Politik einen zusätzlichen Expertenbericht zur Alpwirtschaft erstellt. Um die Alpbewirtschaftung mittelfristig zu sichern, stellen sich vermehrt Fragen im Zusammenhang mit Organisations- und Infrastrukturen sowie mit der Vermarktung der Alprodukte und Dienstleistungen.

### Beratung

#### *Beratungsangebote – Information und Entscheidungshilfe*

Die Beratungsleistungen standen fast ausschliesslich in Zusammenhang mit dem durch die Liberalisierung und Ökologisierung der Landwirtschaft bedingten Wandel. Die Beratung unterstützt dabei die Landwirtschaft mit Informationsveranstaltungen und betriebsspezifischen Entscheidungsgrundlagen.

#### *Die Bäuerin – Mitverantwortliche für ein Unternehmen*

Das Landwirtschaftsamt untersuchte die rechtliche und finanzielle Situation und die Rolle der Bäuerin als Mitverantwortliche eines landwirtschaftlichen Unternehmens im Kanton. Die Erkenntnisse werden in einem Bericht festgehalten und als Beratungsmittel ab 2004 den Betroffenen sowie ihren Organisationen zur Verfügung gestellt.

### Kantonale Starthilfe für Parmino

Die Käserei Flüeler AG, Alpnach, erhielt für die Herstellung und Vermarktung des neuen, erfolgversprechenden Käsetyps «Parmino» den kantonalen Starthilfebeitrag von 15'000 Franken. Mit der Herstellung und Vermarktung von Parmino wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Absatzes und der regionalen Wertschöpfung von Landwirtschaftsprodukten ge-

leistet. Durch die zusätzliche Lizenzproduktion in anderen Käsereien werden auch dort bessere Auslastungen erreicht und Arbeitsplätze gesichert.

## Strukturverbesserungen

### Investitionen in die Milchproduktion gehen zurück

Die Veränderungen der agrarpolitischen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit sinkenden Milchpreisen sind auch bei den Investitionen in Ökonomiegebäude spürbar. Das alt bekannte Erscheinungsbild eines Bauernhofs mit angebundenen Milchkühen und Rindern hat sich geändert. 2003 wurden 13 (Vorjahr 15) Ökonomiegebäude mit Finanzhilfen (Investitionskredite und Beiträge) unterstützt, wovon 54 Prozent (Vorjahr 80 Prozent) für die Milchproduktion und 46 Prozent (Vorjahr 20 Prozent) für die Rinderaufzucht, die Mutterkuhhaltung oder die Bio-Weidemast eingesetzt wurden. Durch den Ausstieg aus der Milchproduktion werden der Arbeitsaufwand auf dem Betrieb gesenkt und damit genügend Zeit und Flexibilität für den immer wichtigeren Nebenerwerb gewonnen.



Wie lange auf den Obwaldner Alpen Milch noch verkäst wird, ist von verschiedenen Entwicklungen abhängig.



Übergabe eines Starthilfebeitrags durch Regierungsrätin Maria Küchler-Flury

### Tiefbauprojekte nehmen zu

25 Prozent der verfügbaren Beiträge wurden 2003 im Tiefbau eingesetzt. Mit beitragsberechtigten Kosten von 2.79 Millionen Franken fallen für die nächsten rund 10 Jahre die jährlichen, vom Kantonsrat bewilligten Beiträge an die Wasserversorgung Hintergraben, Sarnen, ins Gewicht. Diese ist für die land- und alpwirtschaftliche Nutzung von grosser Bedeutung, wird doch rund 90 Prozent des Wassers dafür verwendet.



Nur der Bau kostengünstiger und zweckmässiger Ställe wird unterstützt.

## Durchschnittliche Strukturen der Obwaldner Betriebe

bei welchen 2003 mit Investitionshilfen Ökonomiegebäude unterstützt wurden

Kategorien	Fälle (Anzahl)	LN <sup>(1)</sup>	RGVE <sup>(1)</sup>	SAK <sup>(1)</sup>	Milchkontingent (kg)	Art der Unterstützung
Stallbauten Milchwirtschaftsbetriebe (Neu- und Umbauten)	7	17.8	28.2	2.3	96'897	Investitionskredite (7 Fälle) Beiträge (5 Fälle)
Stallbauten für Rinderaufzucht, Mutterkuhhaltung oder Bio-Weidemast (Neu- und Umbauten)	6	17.9	21	4.7	–	Investitionskredite (6 Fälle) Beiträge (5 Fälle)

Abkürzungen: LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche; RGVE = Raufutter-Grossvieheinheiten; SAK = Standard-Arbeitskräfte (nach Berechnungsfaktoren der AP 2007)

## Verfügte Finanzhilfen und Investitionsvolumen 2003

Kategorien	Finanzhilfen <sup>(1)</sup>		Investitionsvolumen <sup>(2)</sup> (Franken)
	Investitionskredite <sup>(3)</sup> (Franken)	Beiträge <sup>(4)</sup> (Franken)	
Heimställe (Neu- und Umbauten)	1'201'000.–	1'401'000.–	4'372'554.–
Alpställe	50'000.–	50'000.–	335'500.–
Erschliessungen	0.–	76'500.–	204'995.–
Wasserversorgungen	0.–	193'000.–	392'255.–
Stromversorgungen	52'000.–	192'100.–	404'046.–
Wohnhäuser (Neu- und Umbauten)	813'000.–	0.–	3'120'241.–
Starthilfe für Junglandwirte	990'000.–	0.–	3'508'490.– <sup>(5)</sup>
Total	3'106'000.–	1'912'600.–	12'338'081.–

1) Durch Bund und Kanton verfügte Finanzhilfen

2) Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Objekte gemäss Angaben der Bauherrschaft

3) 100% Bundesmittel

4) Bundesbeitrag 59%, Kanton 41%

5) Betrag für 8 Betriebsübernahmen

Im Hoch- und Tiefbau wurden von den 46 behandelten Gesuchen für Investitionskredite im Jahre 2003 29 (63 Prozent) bewilligt. Bei den 20 Gesuchen für Beiträge wurden 15 (75 Prozent) bewilligt.

## Allgemeine und ökologische Direktzahlungen

in Franken und Entwicklung seit 1999

	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Betriebe	756	733	729	704	703
flächenbezogene allgemeine Direktzahlungen	11'155'940	11'589'899	11'598'140	11'657'363	11'671'386
tierbezogene allgemeine Direktzahlungen	8'659'018	8'662'097	8'679'057	9'501'791	9'428'609
Beiträge für besonders ökologische Leistungen	800'766	1'020'533	1'256'763	1'380'197	1'409'773
Beiträge Tierhaltungs- programme	887'257	1'016'436	1'476'500	1'644'481	1'771'302
Summe	21'502'981	22'288'965	23'010'460	24'183'832	24'281'070

### Direktzahlungen

#### Direktzahlungen – Abgeltung von Leistungen

Die Direktzahlungen gelten die gemeinwirtschaftlichen und ökologischen Leistungen sowie besonders tierfreundliche Haltungsformen der Landwirtschaft ab.

#### Normalbesatz auf Schafalping festgelegt

Bis 2003 mussten auf Grund der Sömmerungsbeitragsverordnung (SöBV) des Bundes für alle Schafalpen mit

mehr als hundert gesömmerten Schafen Bewirtschaftungspläne mit der Ausscheidung von nicht beweidbaren Flächen erstellt werden. Dadurch konnte der Normalbesatz als Grundlage für die Ausrichtung der Sömmerungsbeiträge festgelegt werden.

Ab dem Beitragsjahr 2003 mussten die Sömmerungsbeiträge für alle Schafalpen in Abhängigkeit des gewählten Weidesystems abgestuft werden. Die Sömmerungsbeiträge für die 25 Schafalpen betragen 34'351 Franken.

Insgesamt wurden an 267 Alpbetrieben 2'733'979 Franken Sömmerungsbeiträge ausbezahlt.

#### Umstellungen auf Biolandbau nehmen ab

Anzeichen einer Sättigung der Nachfrage nach Biomilch und die ständig steigenden Vorschriften haben das in den letzten Jahren grosse Interesse der Obwaldner Landwirte am Biolandbau abgeschwächt. Nur noch drei Betriebe (Vorjahr 13) meldeten sich für 2004 für die Umstellung auf Bio an. Zurzeit bewirtschaften rund ein

Viertel der Milchproduzenten ihren Betrieb nach den Richtlinien des Biolandbaus und produzieren rund 8,4 Millionen kg Biomilch. Gesamtschweizerisch weist Obwalden dennoch mit 201 Betrieben eine sehr hohe Beteiligung am Biolandbau aus. 60 Landwirte befanden sich im Berichtsjahr in einem der beiden Umstellungsjahre und kamen in den Genuss des kantonalen Umstellungsbeitrages von insgesamt 98'121 Franken.

**Kontrolle erstmals privat durchgeführt**

2003 wurden die Kontrollen für den Bezug der Direktzahlungen auf den Landwirtschaftsbetrieben durch die akkreditierte, private Kontrollorganisation Qualinova AG durchgeführt. Durch diese Trennung von staatlicher Beratung und privater Kontrolle wurde die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Kontrolle gegenüber der nicht-bäuerlichen Bevölkerung verbessert sowie die Akkreditierungs- aber auch Personalkosten eingespart. Das Landwirtschaftsamt führt nur noch die vom Bund vorgeschriebene Ober- und Stichprobenkontrolle durch.

**Betriebsshelfer sind schwierig zu finden**

Nur gerade drei Betriebsshelfer konnten im Berichtsjahr vermittelt werden. Betriebsshelfer für Kurzeinsätze sind immer schwieriger zu finden, andererseits setzen die Landwirte auf Grund der finanziellen Lage diese nur noch in Notlagen ein.

**Kürzungen Direktzahlungen**

auf Grund Kontrolltätigkeit

Mängel im Bereich:	Sanktion 2002	Sanktion 2003	Anteil 2003
Gewässerschutz baulich (Lagervolumen)	30'040.–	1'500.–	16%
Gewässerschutz stofflich (Nährstoffbilanz)	2'520.–	1'831.–	2%
Tierschutz baulich und qualitativ	21'060.–	11'985.–	16%
Tierschutz Winterauslauf	10'868.–	12'220.–	17%
Tierhaltungsprogramme	23'605.–	16'322.–	22%
Aufzeichnungen	23'783.–	3'147.–	4%
Bewirtschaftung ökolog. Ausgleichsflächen/Pufferstreifenbewirtschaftung	12'298.–	2'280.–	3%
Übrige (falsche Angaben, verspätete Anmeldung usw.)	400.–	14'678.–	20%
<b>Total Kürzungen</b>	<b>124'574.–</b>	<b>73'963.–</b>	<b>100%</b>

**Beratung Tierverkehrsdatenbank beim Landwirtschaftsamt**

Für die allgemeine und einzelbetriebliche Beratung und Information der Nutztierhalter und Nutztierhalterinnen im Zusammenhang mit der Tierverkehrsdatenbank (TVD) ist neu das Landwirtschaftsamt zuständig. Die Tierverkehrskontrolle als Massnahme der Tierseuchenbekämpfung obliegt dem Kantonstierarzt bzw. dem Veterinäramt der Urkantone. Mit dieser Aufteilung der Zuständigkeiten können Synergien genutzt werden. Dadurch wird ein kostengünstiger und kundenfreundlicher Vollzug gewährleistet.

**Aus dem Amtsbericht 1903-1904**

*Es ist hier noch zu bemerken, dass in der Mehrzahl der Fälle die Eintragungen im Handelsregister, mag es sich um Neuaufnahme von Firmen, um Änderungen oder Löschungen handeln, nicht auf Initiative der betreffenden Firmainhaber geschieht, sondern dass es dazu meistens einer Aufforderung von seiten des Handelsregisterführers bedarf.*



Als Wasserfall mächtig herabstürzend, als Flüsschen träge dahinfliegend – Wasser als Symbol für Macht und Ruhe

# BILDUNGS- UND KULTUR- DEPARTEMENT



Die Beratung des Bildungsgesetzes in der vorberatenden Kommission als zentrale Aufgabe

«Ein gutes Bildungsangebot – auf der Grundlage eines modernen Bildungsgesetzes – und ein lebendiges Kultur- und Sportangebot – gestützt auf entsprechende Leitbilder – sind wichtige Elemente eines attraktiven Wohn- und Wirtschaftskantons.»

Regierungsrat Hans Hofer, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartementes

## **Intensive Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit**

Nebst den ordentlichen Anstrengungen wie Pflege der Zusammenarbeit mit den Bildungspartnern, Schulblatt OW/NW, Berufsbildungsbulletin, jährliche Berichte der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums wurden folgende ausserordentlichen Veranstaltungen durchgeführt: Information über das Angebot der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz Luzern, zum EDK-Leitbild über die Lehrpersonen, zum Sport-

## **Departementssekretariat**

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

## Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst	Vollzeitstellen			
	Ende 2002		Ende 2003	
	mit Schulverwaltung	Lehrpersonen	mit Schulverwaltung	Lehrpersonen
Departementssekretariat	3.4		3.43	
Amt für Volks- und Mittelschulen	19.55	38.5	19.49	38.13
Amt für Berufsbildung	14.43	14.86	14.11	15.56
Abteilung Kultur	5.14		4.79	
Abteilung Sport	3.0		2.6	



700 Besucher am Europäischen Tag des Denkmals; Walter Zünd, Mitglied der Kantonalen Kulturpflegekommission, führte durch das Frauenkloster St. Andreas in Sarnen.

valley Obwalden, zur Neuausrichtung des Sport-Totos.

Der Europäische Tag des Denkmals war mit rund 700 Besuchern ein Grosse Erfolg. Die Fachstelle für Denkmalpflege bot drei Führungen durch das Frauenkloster St. Andreas in Sarnen an.

### Bildungsgesetz im Fahrplan

Auf Grund der im Regierungsrat am 12. November 2002 gefällten Grundsatzentscheide wurde das Bildungsgesetz überarbeitet. Der Regierungsrat führte am 26. Mai 2003 die zweite Lesung durch und verabschiedete das Gesetz zuhanden des Kantonsrates. Die vorberatende Kommission befasste sich im Zeitraum Ende August bis Ende Dezember an acht Sitzungen (die letzte und neunte Sitzung fand anfangs 2004 statt) mit dem Gesetz. Besondere Diskussionen lösten die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen des neuen Gesetzes aus. Die Einwohnergemeinde Sarnen veröffentlichte Zah-

len, die mit jenen des Regierungsrats nicht übereinstimmten. Das Departement einigte sich daraufhin mit Sarnen auf eine gemeinsame Sprachregelung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen. Die vorberatende Kommission forderte, dass die Zahlen auch mit den übrigen Gemeinden bereinigt werden. Die Bildungsverordnung und die Volksschulverordnung wurden vom Regierungsrat am 26. Mai 2003 in erster Lesung verabschiedet. Das Departement führte ein Vernehmlassungsverfahren durch. Es trafen 45 Vernehmlassungsantworten ein, die ausgewertet und in einem Vernehmlassungsbericht festgehalten wurden.

### Ausbildungsbeiträge – Stipendien

#### Viel Arbeit für die Fachstelle Ausbildungsbeiträge

Es wurden 411 Gesuche um Ausbildungsbeiträge bearbeitet, wovon 303 Gesuchsteller/-innen ein Ausbildungsbeitrag in Form von Stipendien

## Das Jahr 2003 in Zahlen

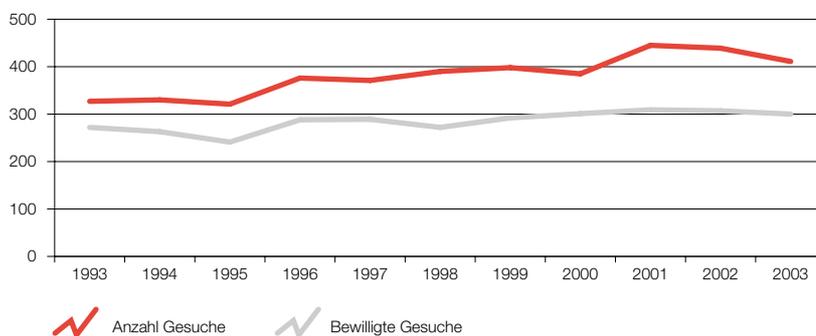
- Das Departement behandelte in verschiedenen Bereichen (Stipendien, Volksschule, Kantonsschule, Stellvertretung für Sicherheits- und Gesundheitsdepartement) insgesamt 17 Beschwerden.
- Über das ganze Departement verteilt fanden in den sieben vom Regierungsrat gewählten Kommissionen insgesamt 42 Sitzungen statt.
- 103 Studierende an Universitäten, davon 61 Frauen, stellten ein Stipendiengesuch. 80 Personen, davon 49 Frauen, konnten ein Stipendium ausgerichtet werden. Im Bereich der Berufsbildung und Anlehen wurden 74 Gesuche gestellt, davon 40 von Frauen. Die Anzahl der bewilligten Gesuche betrug hier 54, wovon 31 von Frauen.
- Für die Aus- und Weiterbildung an ausserkantonalen Ausbildungsstätten (Hochschulen, Fachhochschulen, Fachschulen, Mittelschulen sowie die Berufsbildung) wurden insgesamt 12'861'436 Franken ausbezahlt.
- Kanton und Gemeinden wendeten im Schuljahr 2002/2003 für die obligatorische und freiwillige Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (Volksschule) netto insgesamt 187'942.50 Franken auf, was einen durchschnittlichen Betrag von 571 Franken pro Lehrperson ausmacht.
- An den beiden Mittelschulen in Sarnen und Engelberg konnten insgesamt 83 Maturitätszeugnisse (Kantonsschule: 61, Stiftsschule Engelberg 22) abgegeben werden. Zudem wurden an der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg sieben Maturitätszeugnisse ausgehändigt.

- Das Amt für Berufsbildung besuchte im Rahmen der Vollzugstätigkeit im vergangenen Jahr über 50 Betriebe. Nach entsprechender Betriebsabnahme erteilte das Amt 30 neue Ausbildungsbewilligungen.

- Auf Grund der Leistungen an den Lehrabschlussprüfungen konnten insgesamt 278 Fähigkeitszeugnisse und zusätzlich neun Berufsmaturitätszeugnisse abgegeben werden.
- 31 Obwaldner Schulklassen besuchten im Oktober die «zebi 03» (Zentralschweizer Bildungsmesse) auf der Luzerner Allmend.
- Das BWZ bildete 497 Jugendliche (Sekundarstufe II: Grundausbildung), 40 Erwachsene (Tertiärbereich: höhere Berufsausbildung) und 1'857 Erwachsene (quartäre Weiterbildung) weiter.
- Die Kantonale Kulturförderungskommission und die Fachstelle für Kulturförderung behandelten insgesamt 98 Gesuche um finanzielle Unterstützung. Insgesamt wurden aus dem Lotteriefonds Beiträge in der Höhe von 350'000 Franken an Projekte, Veranstaltungen, Auszeichnungen, Kulturinstitutionen und Werkankäufe vergeben.
- Es konnten 17 Restaurierungen von Denkmalschutzobjekten abgeschlossen werden. An die Restaurierungskosten geschützter Kulturobjekte wurden insgesamt 1'086'596 Franken ausbezahlt; der Kantonsanteil betrug 399'418 Franken.
- Wie bereits im Vorjahr überstieg die Jahresausleihe in der Kantonsbibliothek mit 101'180 Einheiten die 100'000er Grenze.

sowie zusätzlich zehn Studiendarlehen ausgerichtet werden konnten. Gegen vier Entscheide wurden Beschwerden erhoben. Drei davon wurden abgewiesen und eine gutgeheissen. Seit März wurde im Rahmen der Kostenstellenrechnung erstmals eine separate Zeiterfassung für die Sachbearbeitung Stipendien durchgeführt. Hochgerechnet auf das ganze Jahr wurden für die Stipendienbearbeitung (Gesuchsbearbeitung, Beratungen, Fällen der Entscheide, Führen der Dossiers, Auszahlungen, Bundesabrechnungen usw.) 888 Stunden ausgewiesen, was 44 Stellenprozenten entspricht.

### Ausbildungsbeiträge 1993 bis 2003



### Amt für Volks- und Mittelschule

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht, Fortbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste Schulpsychologischer Dienst und Logopädischer Dienst stehen im Allgemeinen Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

#### Qualitätsmanagement in der Volksschule: Zusammenarbeit mit Uri und Nidwalden

Das Amt für Volks- und Mittelschulen legte die nächsten Schritte im Bereich Qualitätssicherung und -entwicklung der Volksschulen fest. Das externe und interne Qualitätsmanagement wurde in Abstimmung mit den im neuen Bildungsgesetzes geplanten Vorgaben definiert. Die Schulratspräsidien und die Schulleitungen wurden über die neue Konzeption

des Qualitätsmanagements an der Volksschule informiert und zu Stellungnahmen eingeladen. Die Schulen der sieben Gemeinden sind aufgefordert, bis 2008 das intern konzipierte Qualitätsmanagement verbindlich zu planen.

In Zusammenarbeit mit den Kantonen Nidwalden und Uri wurde parallel dazu ein Verfahren der externen Schulevaluation entwickelt und bisherigen Vorarbeiten angeglichen. 2003 wurde in dieser Zusammenarbeit eine Schule im Kanton evaluiert.

#### Logopädischer Dienst

##### Schwere Sprachstörungen nehmen ab

Die Anzahl der behandelten Kinder mit schweren Sprachstörungen hat im Gegensatz zu 2002 leicht abgenommen. Dafür wurden wieder mehr leichte Sprachstörungen behandelt. Diese Therapien können oft schneller abgeschlossen werden als die schweren Fälle, was sich in diesem Jahr positiv auf die Wartelisten auswirkte. Es kam somit selten zu längeren Wartezeiten. Durch den stetigen Wechsel zwischen Abschlüssen und Neuaufnahmen konnten insgesamt mehr Kinder behandelt werden als im vorherigen Jahr.

### Schwer sprachgestärkte Kinder

(Stichtag: 31.12.)

Jahr	In Behandlung		Warteliste		Total
	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	
1998	19	42	4	10	75
2002	20	47	0	9	76
2003	14	51	1	2	68

## Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung vollzieht die Berufsbildungsgesetzgebung. Es überwacht die Berufs- und Weiterbildungsberatung, die berufliche Grundausbildung und die Weiterbildung sowie die Einhaltung der Lehrverträge. Es berät, begleitet und koordiniert die an der beruflichen Grundausbildung Beteiligten. Es sorgt für die Durchführung von Teil- und Abschlussprüfungen und stellt die entsprechenden Fähigkeitszeugnisse aus. Zum Amt gehören die Abteilungen Lehraufsicht, Berufs- und Weiterbildungszentrum und Berufs- und Weiterbildungsberatung.

### Abteilung Lehraufsicht

#### Lehrstellenbewirtschaftung – eine zentrale Aufgabe

Verschiedene, sich kumulierende Rahmenbedingungen führen dazu, dass Betriebe ihre Ausbildungsbereitschaft überdenken. In Zeiten grosser Berufsreformen, wirtschaftlicher Unsicherheit und hohen Kostendrucks ist ein Ja zur Lehrlingsausbildung nicht mehr selbstverständlich. Wer Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbietet, will einen Mehrwert.

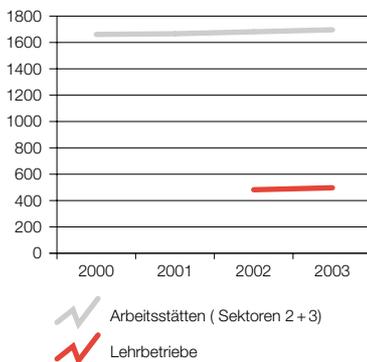
Obwohl im Kanton rund 28 Prozent aller Betriebe Ausbildungsplätze anbieten – das schweizerische Mittel liegt bei rund 18 Prozent – herrscht in gewissen Berufen Lehrstellenknappheit. Weil die Zahl der Schulabgänger/-innen in den nächsten Jahren noch ansteigt und die Berufslehre dank den neuen Möglichkeiten an Attraktivität gewinnt, müssen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Die vermehrten Anstrengungen im Amt, speziell im Bereich Lehraufsicht (Betriebsbesuche, Lehrstellenmarketing) zeigen Wirkung (siehe Grafiken oben).

#### Kauffrau/Kaufmann – Erfolgreiche Einführung

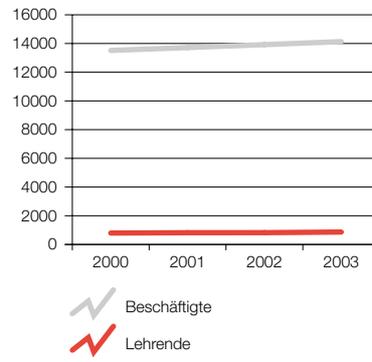
Dank seriöser Planungsarbeit und entsprechendem Lehrstellenangebot konnten im Sommer 41 junge Menschen ihre Ausbildung in dem neuen Beruf vorschrittsgemäss starten. In

### Arbeitsstätten / Lehrbetriebe



Quelle: Bundes Amt für Statistik, Betriebszählung 2001  
Amt für Berufsbildung/Lehraufsicht

### Beschäftigte / Lehrende in OW



Quelle: Bundes Amt für Statistik, Betriebszählung 2001  
Amt für Berufsbildung/Lehraufsicht



In über 50 Betriebsbesuchen – hier bei bei Forstwart-Lernenden – wurde die Ausbildungssituation vor Ort analysiert.

diesem Zusammenhang hat das Amt 45 Lehrmeister/innen in drei Modulen (insgesamt 1.5 Tage) auf die neue Aufgabe vorbereitet.

Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Beruf sind durchwegs positiv. Entgegen dem schweizerischen Trend nahm das Lehrstellenangebot für diesen Beruf im Kanton nicht ab.

### Berufs- und Weiterbildungsberatung

#### Entwicklung der Informations- und Beratungstätigkeit

Die Umwälzungen in der Wirtschaft und in der Bildung erhöhen den Bedarf nach aktueller Information. Dem entsprach die starke Zunahme von telefonischen Auskünften, E-mail-Aus-

künften und Kurzberatungen. Das Berufs-Informations-Zentrum (BIZ) wurde vermehrt von Erwachsenen benützt.

Die Berufswahl-Zeitschrift «Sprungbrett» mit den beiden Kantonsseiten brachte Tipps und Neuigkeiten direkt zu den Schülern und Schülerinnen. Andere wichtige Informationskanäle waren die Stufenkonferenzen der Orientierungsschul-Lehrkräfte und die Berufswahl-Elternabende in jeder Gemeinde.

### Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ

#### Erarbeitung eines Konzeptes «Berufsmaturitätsschule Obwalden»

Der Konzeptbericht für eine Berufsmaturitätsschule Obwalden wurde im Februar 2003 dem Regierungsrat auf Auftrag der Berufsbildungskommis-



An Berufsinformationstagen darf eine vorgestellte Tätigkeit selbst ausprobiert werden.



Zertifikatsergung nach erfolgreicher Weiterqualifizierung



Der Obwaldner Kulturpreisträger Adrian Hossli mit seiner Partnerin Brigitte Bauder anlässlich der Preisübergabe im Alten Gymnasium Sarnen.

sion eingereicht mit dem Vorschlag, eine Dreitypen-Berufsmaturität für Erwachsene als Vollzeitmodell zu realisieren. Der Regierungsrat beschloss die Einführung auf das Schuljahr 2005/06.

**Kontinuierliche Schulentwicklung – qualitativ und pädagogisch**

Seit 2000 ist das BWZ Obwalden ISO zertifiziert. Das Zertifikat ist drei Jahre gültig. Im Juni 2003 fand, nach vollständiger Überarbeitung des Schulhandbuches, aller beschriebenen Prozesse und Abläufe, die Rezertifizierung statt. Im Bericht des externen Auditors heisst es: «Das QMS ist prozessorientiert aufgebaut und umfasst sämtliche qualitätsrelevanten Bereiche. Als Kernstück darf das stark erweiterte pädagogische Konzept bezeichnet werden, welches auf die Unterrichtsentwicklung und die Entwicklung sowie Förderung der persönlichen Kompetenzen der Lehrpersonen ausgerichtet ist. Die Akzeptanz des Systems ist beeindruckend und wird vorbildlich durch die Schulleitung sowie die Mitarbeitenden getragen.»

**Abteilung Kultur**

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Archäologie, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr.

**Kulturförderung**

**Obwaldner Kulturpreis**

Am 22. November erhielt der Kulturschaffende Adrian Hossli den Obwaldner Kulturpreis. Regierungsrat Hans Hofer überreichte die Urkunde mit folgenden Wortlaut: «Der Regierungsrat des Kantons Obwalden verleiht den Obwaldner Kulturpreis 2003 Adrian Hossli als Anerkennung für sein reiches und beeindruckendes kulturelles Schaffen. Der Preisträger hat das Obwaldner Kultur-

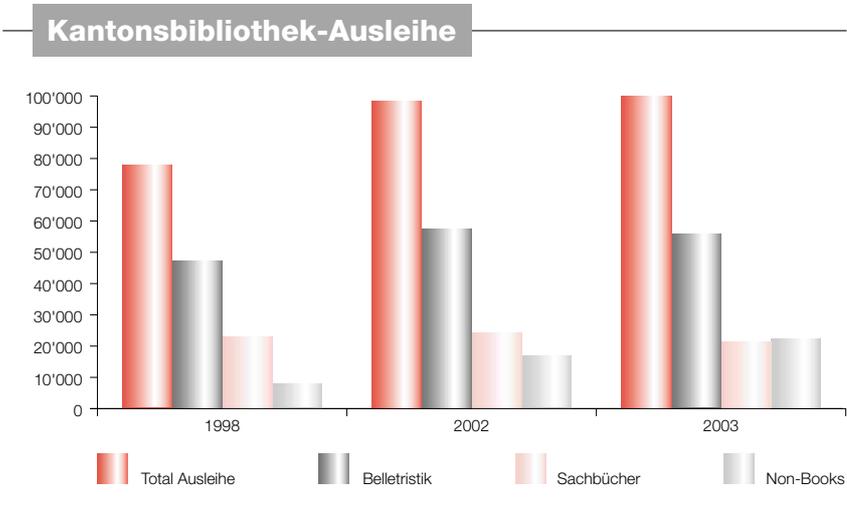
leben während mehrerer Jahrzehnte nachhaltig und gewichtig geprägt, bewegt und inspiriert.»

**Kantonsbibliothek**

Die Kantonsbibliothek lieth im Jahr 2003 101'180 Bücher, DVDs, Videos, CD-Roms, Kassetten, Hörbücher und Comics aus. Fast ein Drittel davon sind Sachbücher, die von Kindern bis 14 Jahren ausgeliehen werden. Dieser Wissensdurst wird bei den Anschaffungen speziell berücksichtigt. 4'787 Einheiten wurden dazugekauft und bearbeitet, das heisst in der Bibliothek stehen die neuesten Romane wie auch aktuelle Werke zu verschiedensten Themen zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der rund 3'200 aktiven Benutzenden kommt aus Sarnen. Sowohl bei den Erwachsenen wie auch bei den Kindern ist das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Benutzenden fast 2,5:1.

**Aus dem Amtsbericht 1903–1904**

*Aber nicht weniger wichtig ist es, dass der Schüler auch zum ruhigen, vernünftigen Denken angeleitet und angehalten werde. Und das nicht blos beim Kopfrechnen, sondern auch bei jedem übrigen Fache und speziell beim Lesen und Aufsätze, mit welchen Fächern es an unseren Schulen bald am schwächsten bestellt ist.*



## Abteilung Sport

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Jugend und Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport-Toto-Beiträge wahr.

### Sport-Toto: Neue Ausführungsbestimmungen und Vollzugsrichtlinien

Die neuen Ausführungsbestimmungen und Vollzugsrichtlinien wurden anlässlich eines sehr gut besuchten Informationsabend im Frühjahr in der Aula Cher in Sarnen vorgestellt. Daraufhin wurden 40 Prozent mehr Gesuche als im Vorjahr eingereicht, was zur Folge hatte, dass den Gesuchs-



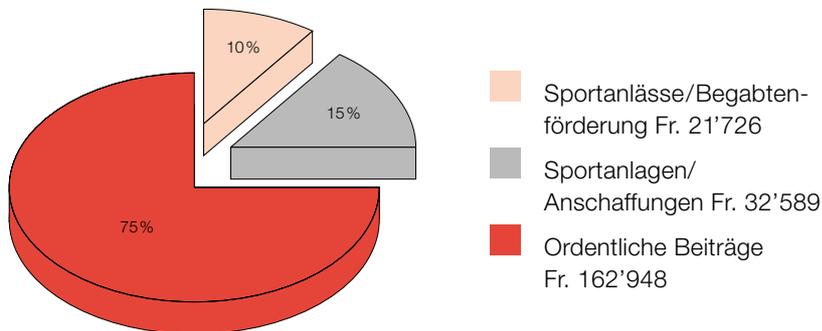
Marathonläufer Viktor Röhlin aus Kerns wurde für den ersten Sportpreis Obwalden nominiert.

tellenden erstmals 21 Prozent der errechneten Beiträge gekürzt werden musste. Trotz dieser Tatsache erhielt das neue Verteilsystem gute Noten.

### Aus dem Amtsbericht 1903–1904

*Aber wenn schon das Kind im Allgemeinen für sein späteres praktisches Leben lernen soll, so nützt speziell dem Mädchen der Unterricht in weiblichen Handarbeiten noch viel mehr, als manch anderes, auch notwendiges Schulfach. Gerade dieser Unterricht, wie er jetzt im ganzen Lande erteilt wird, trägt nicht am wenigsten dazu bei, die Schule auch der Familie beliebt zu machen.*

### Sport Toto Beiträge 2003



# BAU- UND UMWELT- DEPARTEMENT



Regierungsrat Hans Matter beim Durchschlag des Erkundungstollens Lungern am 7. Februar 2003

«Für die Infrastrukturen von morgen braucht es Investitionen von heute.»

Regierungsrat Hans Matter, Vorsteher des Bau- und Umweltsdepartementes

## **Regel Gedankenaustausch mit Gemeinden und Öffentlichkeit**

Am 22. Mai 2003 führte die Baukoordinationsstelle in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald und Landschaft den jährlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den kommunalen Bauämtern durch. Schwerpunkte waren Neuerungen in der Eröffnungspraxis von Entscheiden ausserhalb der Bauzone und Informationen aus dem Bereich des Waldrechts.

Am 4. Juni 2003 fand eine Informationsveranstaltung zum öffentlichen Verkehr im Kanton Obwalden statt. Hauptthemen waren das Angebotskonzept 2005/2007 SBB-Brünig und LSE, die aktuelle Situation der Bahnhöfe in Obwalden sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Bedarfs- und Rufbussystemen.

## **Departements- sekretariat**

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es ist zudem zuständig für Miete, Pacht, Erwerb und Verkauf von Liegenschaften, Rechtsgeschäfte mit dinglichem Charakter und die Inanspruchnahme öffentlicher Plätze.

## Bau- und Umweltsdepartement

Das Bau- und Umweltsdepartement (BUD) umfasst	Vollzeitstellen	
	Ende 2002	Ende 2003
Departementssekretariat	1.7	1.7
Bauamt	32.4	33.4
Amt für Wald und Landschaft	11.8	12.3
Amt für Umwelt und Energie	7.1	7.1
Amt für Raumordnung und Verkehr	15.8	15.8

### Bauamt

Das Bauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen sowie die Gewässer.

Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel etc.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmaßnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen.

Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten.

Der Abteilung Wasserbau obliegt die Oberaufsicht über die Gewässer. Sie bearbeitet Wasserbaubewilligungen und übt die Aufsicht über Stauanlagen aus.

Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert.

Seit dem Zusammenschluss des Bau- und Umweltsdepartements wurde konsequent versucht, verursachergerechte Entscheidungsgebühren zu erheben. Damit konnten die Gebühreneinnahmen um einen Faktor 2,3 von rund 83'000 Franken im Jahr 2001 auf rund 188'000 Franken im Jahr 2003 gesteigert werden. Nicht berücksichtigt sind dabei die Mehreinnahmen durch höhere Gebühren für Regierungsratsentscheide, die bei der Staatskanzlei eingingen.

### Abteilung Hochbau

#### Ausbau der kantonalen Schulen

Für den Vollzug des Kantonsrats-Beschlusses vom 28. November 2002, die Kantonsschule und das Berufs- und Weiterbildungszentrum an den bisherigen Standorten auszubauen, setzte der Regierungsrat eine Projektorganisation unter Vorsitz des Vorstehers des Bau- und Umweltsdepartements ein. Im weiteren beauftragte er eine externe Firma mit der fachlichen Leitung der Ausbauprojekte.

Unter Berücksichtigung der finanziellen Situation des Kantons beschloss der Regierungsrat, den Ausbau der Kantonsschule um drei Jahre zu verschieben, im Jahr 2004 aber einzelne Fachräume umzubauen, damit diese besser genutzt werden können. Der Kantonsrat bewilligte den entsprechenden Investitionskredit. Diese Umbauten sind Teil des Ausbauprojektes.

Für den Ausbau des Berufs- und Weiterbildungszentrums ist ein zweistufiger Projektwettbewerb vorgesehen. Die Präqualifikation ist gestartet.

Das Subventionsgesuch für den Ausbau des Berufs- und Weiterbildungszentrums ist beim Bundesamt für Bildung und Technologie eingereicht.

## Das Jahr 2003 in Zahlen

- Im Jahr 2003 beliefen sich die Investitionen für den Nationalstrassenbau auf 43.0 Millionen Franken.
- Der Nettoaufwand für den baulichen und betrieblichen Unterhalt betrug für
  - die Nationalstrassen: baulicher Unterhalt 2.2 Millionen Franken, betrieblicher Unterhalt 1.6 Millionen Franken
  - die Kantonsstrassen: baulicher Unterhalt 0.95 Millionen Franken, betrieblicher Unterhalt 1.4 Millionen Franken
- In den Hochwasserschutz wurden 6.1 Millionen Franken investiert, woran der Kanton Beiträge von 1.2 Millionen Franken leistete.
- Im Fahrplanjahr 2003 legten die öffentlichen Verkehrsmittel (SBB-Brünig, LSE und Postauto), welche den Kanton Obwalden bedienen, 1,92 Mio. km zurück.
- Im Jahr 2003 wurden Handänderungen von Grundstücken im Gesamtbetrag von 317'985'186 Franken vorgenommen.
- Im Berichtsjahr entliess die Bodenrechtskommission eine Landfläche von 13,4 ha aus dem bürgerlichen Bodenrecht.

zentrum ist beim Bundesamt für Bildung und Technologie eingereicht.

### Abteilung Strasseninspektorat

#### Betrieblicher Unterhalt

##### Unwetter im Juni

Mit Ausnahme des Monats Juni mit schweren Unwettern kann das Betriebsjahr 2003 als ein «Normaljahr» bezeichnet werden. Durch die niederschlagsintensiven Unwetter im Raum Giswil wurde der Verkehr auf der Brünigstrasse zwischen Giswil und Sarnen und auf der Panoramastrasse über Stunden stark behindert. Grössere Schäden durch Abrutschen des Strassenkörpers mussten an der Panoramastrasse behoben werden.



Unwetterschäden Juni 2003; Panoramastrasse, Feichegg

### Baulicher Unterhalt

#### *Belagserneuerungen auf Kantonsstrassen. Erhöhung der Sicherheit am Brünig*

Mit einem Kredit von 0.95 Millionen Franken für den baulichen Unterhalt auf Kantonsstrassen konnten die Beläge auf der Engelbergerstrasse, Abschnitt Ruchegg bis Boden, und auf der Melchtalerstrasse oberhalb St. Niklausen erneuert werden.

Im Rahmen des seit rund 10 Jahren laufenden Integralprojektes «Steinschlagschutz A8 Brünig» wurde durch Verbauungen auf dem Abschnitt «Chälrüti» sowie durch waldbauliche Massnahmen im Chohüttliwald die Sicherheit am Brünigpass erhöht.

Rechtzeitig auf den Winter 2003/2004 wurden für die A8 Brünig bis Lopper eine Eiswarnanlage und bei Kaiserstuhl zusammen mit den SBB eine Lawinenwarnanlage in Betrieb genommen.

## Abteilung Strassenbau

### Finanzierung

Die Bundesbeitragssätze für die Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert, das heisst Bau samt Lärmschutz 97 Prozent; baulicher Unterhalt 97 Prozent; betrieblicher Unterhalt 95 Prozent. Für strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung und Lärmschutz-Verordnung beträgt der Beitragssatz des Bundes für die übrigen Strassen zurzeit 60 Prozent.

Der Anteil des Kantons Obwalden an den Mineralölsteuererträgen des Bundes betrug im Jahr 2003 rund 4.94

Millionen Franken und war gegenüber dem Vorjahr wegen der geringen Strassenlasten um 21.5 Prozent rückläufig. Von diesem Betrag erhielten die Gemeinden und öffentlich rechtlichen Körperschaften für ihre Strassenaufwändungen 2.29 Millionen Franken. Der ausbezahlte Kantonsanteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe betrug rund 1.2 Millionen Franken.

### Bau Kantonsstrassen

#### *Planung Strassenlärmsanierungen*

Die Planung bei den Kantonsstrassen für die Strassenlärmsanierungen gemäss der Lärmschutzverordnung (LSV) wurde fortgesetzt. Es wurden die Planaufgaben der vorgesehenen Fenstersanierungen für die Gemeinden

Sarnen (Mai 2003), Kerns (Juni 2003), Sachseln (September 2003) und Alpnach (Oktober 2003) durchgeführt.

Je nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln von Bund und Kanton müssen die Sanierungen über die nächsten 10 bis 15 Jahre verteilt werden.

#### *Engelbergerstrasse: Schwieriger Steinschlagschutz am Ruchegg*

Die ersten Sicherungsarbeiten zum Schutz der Kantonsstrasse im Rahmen des Projektes Steinschlagschutz Engelberg Nord sind ausgeführt worden. Die Massnahmen im Bereich Rapperschwendi und vor allem am Ruchegg Nord bedeuteten eine grosse Herausforderung.

#### *Neue Radwegverbindungen*

Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für die Werkleitungsverbindung der A8 Umfahrung Giswil und Sachseln konnte der getrennte Radweg von Giswil bis Ewil verlängert werden. Beim Projekt Radwegverbindung zwischen Kaiserstuhl und Giswil wurde das Planaufgabe- und Rodungsverfahren durchgeführt. Mehrere Einsprecher wehren sich aus verschiedenen Gründen gegen diesen Wegbau. Das von den Gemeinden Lungern und Giswil unterstützte Projekt würde dem Velofahrer eine neue zwei Kilometer lange, sichere und attraktive Verbindung auf der westlichen Talseite ermöglichen. Der Regierungs- und der Kantonsrat werden im Frühjahr 2004 über das Projekt entscheiden.



Baustelle A8 Umfahrung Giswil, Nordportalbereich Herbst 2003. Die Eröffnung der Umfahrung Giswil ist auf Ende Oktober 2004 vorgesehen.

## Bau Nationalstrasse A8

### Umfahrung Giswil:

#### Baubeginn Sicherheitsstollen

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat am 12. Februar 2003 das Ausführungsprojekt für den parallelen Sicherheitsstollen (Kosten 12.0 Millionen Franken) genehmigt. Der Vortrieb des Sicherheitsstollen mit einer Tunnelbohrmaschine (TBM, Durchmesser von 3.90m) konnte im Juni 2003 begonnen werden. Am 20. November 2003 hat die TBM nach einer Vortriebszeit von knapp sechs Monaten den 2.0km langen Stollen fertig ausgebrochen. Gleichzeitig wurden im Haupttunnel die Kabelrohanlagen mit Entwässerungsleitungen verlegt, sowie die Fundationsschicht erstellt. Somit konnte im September 2003 im Tunnel der Schwarzelag eingebracht werden und danach wurde bei den Tunnelwänden der Oberflächenschutz bestehend aus Spachtelung und Farb-anstrich angebracht.

In den Tunnelzentralen wurden die ersten elektromechanischen Anlagen montiert. Bei der Vorzone Nord im Gebiet Grossmatt wurde mit den Bauarbeiten des Vollanschlusses Giswil Nord mit Verlegung der Brünigbahn und der Unterführung Schwerzbachstrasse sowie dem Bau der neuen A8-Brücke begonnen.

### Umfahrung Lungern:

#### Unterbruch der Bauarbeiten

Im Juli 2003 hat der Bundesrat das 7. Langfristige Bauprogramm für die Nationalstrassen, welches mit dem 1. Entlastungsprogramm des Bundes abgestimmt wurde, verabschiedet. Darin ist der Baubeginn für die A8 Umfahrung Lungern und das A8 Zwischenstück Giswil Nord–Ewil auf das Jahr 2007 festgelegt worden. Auf Grund dieser Vorgabe verzögert sich der Bau des Haupttunnels.

Ende 2003 konnte der Ausbruch des Erkundungs- und Sicherheitsstollen (Länge 3.5km, Durchmesser 4.9m) fertig gebaut werden. Die Lawinerverbauungen am Güpfi sind zu 30% erstellt. Sie dienen vor allem dem Schutz der Verkehrswege im Bereich des zukünftigen Nordportals des Umfahrungstunnels. Als ökologische Ersatzmassnahme wurde der Wildübergang Dreiwässerkanal in Giswil verwirklicht.



Wildübergang Dreiwässerkanal, Hanenried

Bisher sind rund 60 Millionen Franken in die Umfahrung Lungern investiert. Ab 2004 werden die weiteren Planungsarbeiten für das Detailprojekt und die Ausschreibung des Haupttunnels beginnen.

### Giswil Nord–Ewil: Genehmigung Ausführungsprojekt durch UVEK

Am 23. Januar 2003 hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) das Ausführungsprojekt Teilabschnitt Giswil Nord–Ewil mit Kosten von 56 Millionen Franken genehmigt. Mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) wurde vereinbart, dass beim Projekt Umfahrung Giswil an Stelle der Lichtsignalanlage für den Nordanschluss der Vollanschluss Giswil Nord aus dem bewilligten Projektabschnitt Giswil–Ewil gebaut wird. Der Vollanschluss Giswil Nord beinhaltet unter anderem eine 800m lange Bahnverlegung, die Unterführung der Schwerzbachstrasse und Verbesserungen für den Langsamverkehr (Velo- und Fusswege). Der Vollanschluss Giswil Nord soll mit der Umfahrung Giswil Ende Oktober 2004 eröffnet werden.

### A2/A8 Kirchenwaldtunnel/ Verbindungstunnel (Lopper):

#### Neues Portalbauwerk Z'Matt

Der Rohbau des neuen Portals und des Tagbautunnels (Länge rund 60 m) für den Verbindungstunnel konnte Ende 2003 abgeschlossen werden. Die Vortriebsarbeiten (Sprengarbeiten) für den 1km langen Tunnelabschnitt auf Obwaldner Gebiet beginnen im Frühling 2004.

Ausführliche Informationen zum Nationalstrassenbau: [www.a8-ow.ch](http://www.a8-ow.ch)

## Abteilung Wasserbau

### Heisser Sommer mit Gewitter im Juni

Das Jahr 2003 war geprägt durch einen sehr niederschlagsarmen Sommer und Herbst mit dauernd sehr hohen Temperaturen, was die mitt-

lere Jahres-Abflussmenge der Sarneraa auf 7.01m<sup>3</sup>/s zurückgehen liess. Das Mittel der letzten 70 Jahre beträgt dagegen 10.1m<sup>3</sup>/s. Auf ein überdurchschnittlich nasses 2002 folgte somit ein sehr trockenes 2003. Die grosse Hitze führte zu mehreren kritischen Gewitterlagen.

### 6.1 Millionen Franken für Wildbachverbauungen

Im Jahr 2003 wurden rund 6.1 Millionen Franken für Verbauungen aufgewendet, woran der Kanton Beiträge von 1.22 Millionen Franken leistete. Wegen Verzögerungen bei zwei Projekten wurde der Voranschlag um 220'000 Franken (Kantonsanteil) nicht erreicht. Hauptprojekte waren die verschiedenen Sachler Bäche (Dorfbach, Edisriederbach, Ewilerbäche).

### Abschluss Planung Integralprojekt Kleine Schliere

Die Planung des Integralprojekts Kleine Schliere Alpnach konnte abgeschlossen werden. Es ist mit Gesamtkosten von 12 Millionen Franken zu rechnen, was den Kanton mit 2.4 Millionen Franken belasten wird. Fast 10 Millionen Franken sind nötig für die Sanierung bestehender Sicherungsbauten im Einzugs- wie im Siedlungsgebiet. Zur Schadenminderung im Überlastfall sind ergänzende Schutzbauten und entsprechende Massnahmen im Siedlungsgebiet wie Objektschutz und Freihaltung von Überflutungsflächen erforderlich. Dieses Vorgehen führt zu einem bewussten Umgang mit den möglichen Gefahren im Sinne einer umfassenden Risikokultur.

### Unterhalt an den Seen

Die Bootsrampe in Alpnachstad wurde mit einem Kostenaufwand von 42'000 Franken saniert und die Zufahrtsverhältnisse wurden verbessert. Es können jetzt auch grössere Boote problemlos gewässert werden. Auf dem Sarnersee wurde für 20'000 Franken Schwemmholz entsorgt und mit freiwilligen Helfern zwischen Galgenbach und Zollhaus eine Uferputzete durchgeführt.

## Amt für Wald und Landschaft

Das Amt für Wald und Landschaft ist kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Abwehr von Naturgefahren sowie Jagd. Zentrale Aufgaben sind die nachhaltige Sicherung der Waldbestände (Abteilung Walderhaltung) und deren Funktionen (Abteilung forstliche Planung), die Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, der Schutz aller Wildtiere sowie die Erhaltung ihrer Lebensräume, die Jagdplanung und -organisation (Abteilung Natur und Jagd) sowie die Abwehr von Naturgefahren (Abteilung Naturgefahren). Im Vordergrund stehen dabei die Beratung, die Anordnung sowie die Umsetzung und finanzielle Förderung konkreter Massnahmen.

### Abteilung Natur und Jagd

#### Anreize zur Steigerung der Ökoleistungen der Landwirtschaft

In Zusammenarbeit mit der landwirtschaftlichen Beratung wurden den interessierten Landbewirtschaftern die Voraussetzungen, Massnahmen und daraus folgenden Förderungstatbestände von Vernetzungsprojekten aufgezeigt. Ein konkretes Vernetzungsprojekt «Hanenriet/Usser Allmend» in den Gemeinden Sachseln und Giswil wurde am 11. Dezember 2003 als Arbeitskreis gestartet.

#### Landschaftspark Obwalden

Der Regierungsrat hat im Herbst 2002 die Prüfung der Machbarkeit eines Landschaftsparkes in Obwalden in die Strategieplanung 2003–2006 aufgenommen. Die diesbezügliche Prüfung erfolgte im Verlauf des Jahres 2003 durch eine externe Auftragnehmerschaft. Diese beurteilt die Chance zur Realisierung eines Landschaftsparkes unter Würdigung der vorhandenen naturräumlichen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen als gegeben. Ende Jahr 2003 ging der Bericht bei der Projektbegleitungsgruppe in die Vernehmlassung.



Graustockkarst mit Blick vom Schaftal nach Norden

### Karstgebiete und Höhlensysteme – extrem sensible Ökosysteme

Die Stiftung «Naturerbe Karst und Höhlen Obwalden» (NeKO) bezweckt die möglichst ungeschmälerte Erhaltung und den nachhaltigen Nutzen der ober- und unterirdischen Karst- und Höhlenwelt in Obwalden und unmittelbar angrenzender Gebiete. Damit die schweizweit einmaligen Karstgebiete und Höhlensysteme im Kanton Obwalden im heutigen Zustand erhalten werden können und die naturkundlich und kulturhistorischen Informationen nicht verloren gehen, soll unter Einbezug der interessierten Kreise (NeKO, Gemeinde- und Korporationsbehörden, Tourismusorganisationen) eine Naturschutzzone mit dazugehörigem Schutz- und Nutzungsreglement der Höhlen erlassen werden.

### Abteilung Forstliche Planung

#### Waldentwicklungsplan Sarnen genehmigt

Mit dem Waldentwicklungsplan (WEP) Sarnen konnte mittlerweile die sechste regionale Waldplanung abgeschlossen werden. Die WEP werden gemeindeweise ausgearbeitet. Der WEP ist

in Alpnach noch in Bearbeitung. In den anderen Gemeinden ist er bereits genehmigt.

#### Start in eine neue Betriebsplan-Generation

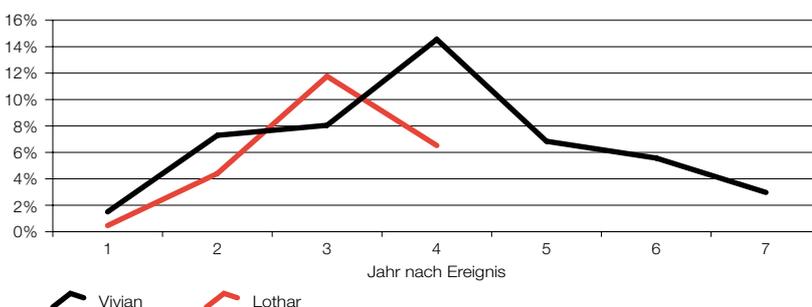
Am Beispiel der Korporation Kerns wurde die Revision der seit längerer Zeit nicht mehr aktualisierten Wirtschaftspläne gestartet. Der neue Betriebsplan stellt die betrieblichen Zielsetzungen und Kontrollen in den Vordergrund. Er beinhaltet aber auch Vorgaben aus dem Waldentwicklungsplan. An Stelle der Betriebsinventuren erfolgen zukünftig regionale Erhebungen.

#### Obwaldner Wald ist bald zertifiziert

Der kantonale Waldwirtschaftsverband hat sich im Juni 2003 die Zertifizierung des Obwaldner Waldes zum Ziel gesetzt. Unter seiner Trägerschaft und unter Begleitung der Abteilung Forstliche Planung haben alle Forstbetriebe der Korporationen, Teilsamen, Bürgergemeinden und des Klosters Engelberg eine Doppelzertifizierung FSC und Q-Label beantragt. Die Prüfung durch die Auditoren war Ende 2003 weitgehend erfolgt, die Ergebnisse liegen noch nicht vor.

### Folgeschäden in % des Primärschadens

Vergleich Vivian 1990/Lothar 1999



## Abteilung Walderhaltung

### Folgeschäden Lothar

Die Überwachung der Wälder auf Folgeschäden des Sturms Lothar wurde weitergeführt. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf den Borkenkäfer «Buchdrucker». Die strikte Handhabung der Forstschutzmassnahmen zahlt sich aus: Mit rund 17'900m<sup>3</sup> Käferholz fällt die Käferholzmenge 2003 nur mehr knapp halb so hoch aus wie im Vorjahr. Nach dem ausserordentlich trockenen und heissen Sommer ist dies umso erstaunlicher. Aus heutiger Sicht scheint zudem der Höhepunkt der Borkenkäferepidemie – nach grossen Waldschadensereignissen ein normaler Vorgang – bereits deutlich überschritten.



Überflutungen im Grossteil am 17. Juni 2003

## Abteilung Naturgefahren

### Naturereignisse

Wie in den vergangenen Jahren sind die Ereignismeldungen im Rahmen regelmässiger Umfragen und aus Rückmeldungen von kommunalen und kantonalen Amtsstellen sowie Korporationen und Wuhrgenossenschaften erhoben worden. Die bereinigten Ereignismeldungen wurden in der nationalen Ereignisdatenbank STORME und im Geographischen Informationssystem erfasst.

### Gefahrenkartierung Obwalden kurz vor Abschluss

Als letzte Etappen des Projektes Gefahrenkartierung Obwalden wurden 2003 die Naturgefahren in den Gemeinden Sarnen und Alpnach untersucht. Über beide Gemeinden liegen die Gefahrenkarten im Entwurf vor. Der Abschluss des gesamten Programmes zur Erstellung der Gefahrenkarten ist Mitte 2004 vorgesehen.

Naturereignisse					
die im Ereigniskataster im Jahr 2003 erfasst wurden					
Prozess	Lawine	Sturz	Rutschung	Wasser	Total
Sarnen			1	3	4
Kerns				6	6
Sachslen			1	10	11
Alpnach					
Giswil			6	3	9
Lungern			1		1
Engelberg	1				1
<b>Total</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>22</b>	<b>32</b>



Lütoldsmatt: neue automatische Niederschlagsmessstation (rechts), zwischenzeitlich abgebaute alte Niederschlagswaage (Mitte) und Totalisator (links) zur Erfassung der Niederschlagsmengen und Intensitäten im Einzugsgebiet der Kleinen Schliere.

Erstellung Gefahrenkarten		
Gemeinde	Gefahrenkarte	
Sarnen		in Bearbeitung
Kerns	abgeschlossen	
Sachslen	abgeschlossen	
Alpnach		in Bearbeitung
Giswil	abgeschlossen	
Lungern	abgeschlossen	
Engelberg	abgeschlossen	

## Amt für Umwelt/Energie

Das Amt für Umwelt und Energie koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Die Dienststelle Umwelt betreut die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Die Dienststelle Gewässer und Fischerei bearbeitet die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe, Umweltverträglichkeitsprüfung und Fischerei. Sie stellt die Fischereipatente aus. Die Dienststelle Energie befasst sich mit den Aufgaben der Energiefachstelle, der Konzessionierung von Wasserkraftanlagen, dem Bergregal sowie der Wärmenutzung aus Wasser und Boden.

## Energie

### EWO bleibt öffentlich-rechtliche Anstalt

Der Kantonsrat hat am 22. Mai 2003 das Energiewirtschafts- und Stromversorgungsgesetz beschlossen, es aber dem Behördenreferendum unterstellt. In der Volksabstimmung vom 19. Oktober 2002 wurde das neue Gesetz verworfen. Mit dem Energiewirtschafts- und Stromversorgungsgesetz wurde primär bezweckt, das Elektrizitätswerk Obwalden in eine AG mit Holdingstruktur zu überführen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Werkes im sich ändernden Elektrizitätswirtschaftlichen Umfeld zu sichern.

Die Notwendigkeit für höhere Flexibilität, kürzere Entscheidungswege und eine marktwirtschaftliche Ausrichtung war bei der Beratung des Gesetzes und im Vorfeld der Abstimmung von allen Seiten unbestritten. Deshalb erklärte der Kantonsrat am 18. Dezember 2003 eine Motion als erheblich, welche verlangte, ohne Verzug eine Gesamtrevision des Gesetzes über das Elektrizitätswerk Obwalden in die Wege zu leiten, um das EWO in der Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt auf die sich verändernden Rahmenbedingungen in der Stromwirtschaft möglichst rasch und optimal vorzubereiten.

Die Vorarbeiten für die Revision des EWO-Gesetzes sind aufgenommen worden.

### Kraftwerk Sarneraa:

#### Ein Ziel und viele Ansprüche

Energiegewinnung, Hochwasserschutz, Fischerei, Naturschutz, landwirtschaftliche Nutzung, Gewässerschutz und Erholung stellen Forderungen an das Gebiet im und um den Wichelsee. Dementsprechend sind die Arbeiten zur Erarbeitung der neu zu erteilenden Konzession sehr aufwändig. Im Verlaufe des Jahres konnten von den neun Einsprachen acht abschliessend behandelt werden. Bei einer Einsprache führten die Einigungsverhandlungen noch nicht zum erhofften Ziel. Es ist das Bestreben des Regierungsrates eine Konzession zu erteilen, bei der die verschiedenen Anliegen weitgehend berücksichtigt werden. Er hat deshalb am 16. Dezember 2003 beschlossen, die bestehende Konzession nochmals um ein Jahr zu verlängern um die Konzessionsverhandlungen gütlich abschliessen zu können.

## Aus dem Amtsbericht 1903–1904

***Elektrizitätswerke.** Das unterm 4. April 1900 konzessionierte Werk an der Melcha ist noch nicht in Angriff genommen. Die Arbeiten des Elektrizitätswerkes Luzern-Engelberg schreiten rüstig vorwärts. Bezüglich eventueller Übertragung der Konzession für die Kraft- und Lichtlieferung vom Elektrizitätswerk Engelberg an die Konsumenten der sechs alten Gemeinden durch eine Gesellschaft – Art. 10 zweiter Vorschlag der Konzessionsurkunde – sind immer noch Unterhandlungen mit der Elektrizitätsgesellschaft Obwalden im Gange.*

## Umwelt

### Die Luftmessungen auf einer neuen Basis

Seit dem Jahre 1999 messen die Zentralschweizer Kantone die Luftschadstoffe gemeinsam. Die Zusam-

menarbeit basiert auf einer Verwaltungsvereinbarung der sechs Umweltschutzdepartemente der Zentralschweiz. Die Messresultate und weitere Informationen aus dem Luftbereich werden unter dem Begriff «in-LUFT» veröffentlicht.

Nachdem die Messorganisation vermehrt Aufträge von Bundesstellen bearbeitet, musste eine neue rechtliche Basis für die Messorganisation gefunden werden. Die Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz beantragte den Kantonen die Gründung einer Aktiengesellschaft nach dem Obligationenrecht. Der Kantonsrat beschloss am 23. Oktober 2003 den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur.

## Gewässer und Fischerei

### Die Obwaldner Seen sind gesund

Der Sarnersee wurde erstmals wieder seit 1999, der Lungernersee seit 1992 chemisch untersucht. Ein wichtiges Ziel des Gewässerschutzes ist es, dass jeder See gegenüber dem Naturzustand möglichst wenig erhöhte Nährstoffkonzentrationen aufweist. Der wichtigste Nährstoff, der die gesamte biologische Produktion im See steuert, ist der Phosphor. Im Sarnersee stieg der Phosphorgehalt seit 1997 leicht an, befindet sich aber noch immer auf einem sehr tiefen Stand. Im Sarnersee und im Lungernersee haben die Nitratkonzentrationen seit den letzten Messungen leicht abgenommen. Beide Seen sind nährstoffarm und können als gesund bezeichnet werden. Interessanterweise wurde jedoch im Sarnersee trotz der geringen biologischen Produktion der Sauerstoff an der tiefsten Stelle im Laufe des Sommers 2003 fast vollständig aufgezehrt.

### Trockene Bäche im heissen Sommer

Nach dem heissen Sommer 2003 führten etliche kleinere Bäche kein Wasser mehr. Bei 11 Notabfischungen wurden insgesamt über 2'000 Bachforellen vor dem Austrocknen gerettet. Die Fische wurden in zwei grundwassergespiesene Bäche in Giswil und Alpnach sowie in die Wängenschliere in Alpnach und in den Sandbach in Kerns umgesiedelt.

## Amt für Raumordnung und Verkehr

Das Amt für Raumordnung und Verkehr befasst sich mit raumwirksamen Fragen und der Gesamtverkehrsplanung. Es sorgt insbesondere dafür, dass der kantonale Richtplan als Koordinationsinstrument der raumwirksamen staatlichen Massnahmen aktualisiert ist und ein übergeordnetes Controlling erlaubt. Es unterstützt die Behörden bei der Erarbeitung der kommunalen Führungsinstrumente. Es behandelt Baugesuche ausserhalb der Bauzone und berät Behörden und Private in allen Fragen der Verfahrenskoordination. Die Verkehrsplanung hat namentlich die bestmögliche Koordination des individuellen und öffentlichen Verkehrsinfrastrukturangebots zum Ziel. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt für das Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben im Vermessungs- und Schätzungsbereich betraut.

### Raumplanung

#### Ausgangslage für die Richtplanung ist bekannt

Mit Beschluss vom 12. Mai 2003 stimmte der Regierungsrat dem Bericht zur Ausgangslage für die Überarbeitung des kantonalen Richtplans zu. Zum Bericht gehört die Karte der Ausgangslage, welche vollständig neu und digital aufbereitet wurde. Auf Grund der gewählten Arbeitsweise kann aus ihr die Richtplankarte weiterentwickelt werden.

#### Entwurf für das Raumordnungskonzept vorbereitet

Aufbauend auf der regierungsrätlichen Langfriststrategie 2012+ und den Zielen der Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 wurden die raumbedeutsamen Aussagen zu einem Entwurf des Raumordnungskonzepts ausgearbeitet. Ziele des Raumordnungskonzepts sind eine breite Diskussion über die anzustrebende Raumentwicklung sowie das Bereitstellen der Basis für die Richtplanungsrevision.

### Verkehrsplanung

#### Sachpläne des Bundes zu den Bereichen Strasse und Schiene/öV

Der Regierungsrat hat am 25. März 2003 zu den beiden Sachplänen des Bundes Strasse und Schiene/öV Stellung genommen. Dabei fordert er,

dass die stärkere Gewichtung des Agglomerationsverkehrs in der zukünftigen Verkehrspolitik nicht zu Lasten des ländlichen Raums und des Berggebiets gehen darf. Nur eine gute Verkehrserschliessung des Kantons Obwalden gewährleistet eine positive Entwicklung der Wirtschaft und ein angemessenes Wachstum der Bevölkerung. Eine entsprechende Regional- und Raumplanungspolitik hat weiterhin dafür zu sorgen, dass die Qualität der flächendeckenden Grundversorgung beim öffentlichen Verkehr erhalten bleibt.

#### Agglomerationsprogramm Luzern

Der Kanton Luzern erarbeitet zusammen mit den Agglomerationsgemeinden bis Ende 2004 ein Agglomerationsprogramm Luzern und zeigt dabei in einer Gesamtschau die Verkehrsprobleme im Raum Luzern auf. Der Regierungsrat hat am 18. März 2003 beschlossen, diesen ausserkantonalen Planungsprozess aktiv zu begleiten, damit die berechtigten Anliegen des Kantons Obwalden vor allem im Bereich des Verkehrskorridors Luzern–Hergiswil in dieses Programm eingebracht und entsprechend berücksichtigt werden können.

### Baukoordination

#### Ordentliche Baugesuche

Bei der Koordinationsstelle sind im Jahre 2003 insgesamt 427 Baugesuche

## Baugesuche

Baugesuchseingang bei der Koordinationsstelle

Feststellungsverfügungen nach Art. 16a RPG und Ausnahmebewilligungen nach Art. 24 und 24c RPG

Gemeinden	Bauzone	Ausserhalb Bauzone	Insgesamt	Art. 16a RPG	Art. 24/24c RPG	Insgesamt
Sarnen Dorfschaft	38	11	49	4	7	11
Schwendi	10	18	28	3	15	18
Ramersberg	3	3	6	1	2	3
Kägiswil	8	8	16	5	3	8
Kerns	27	36	63	18	18	36
Sachselsn	34	34	68	14	20	34
Alpnach	30	31	61	8	23	31
Giswil	28	36	64	9	27	36
Lungern	20	26	46	12	14	26
Engelberg	11	15	26	6	9	15
<b>Insgesamt</b>	<b>209</b>	<b>218</b>	<b>427</b>	<b>80</b>	<b>138</b>	<b>218</b>

suche (Vorjahr 354) und 17 Gesuche zur Vorabklärung eingegangen. 218 Gesuche wurden durch raumplanerische Verfügungen des Bau- und Umweltschutzdepartementes erledigt.

Im Zusammenhang mit diesen Baugesuchen kam der Beratung der an der Verwirklichung von Bauprojekten Beteiligten (Bauwillige, Planer, Baubewilligungsbehörden, Amtsstellen usw.) ein hoher Stellenwert zu.

## Abteilung Grundbuch und Vermessung

### Grundbuch Kreis I Sarneraatal – Zunahme der Grundbuchgeschäfte

Die Statistik des Jahres 2003 zeigt eine starke Zunahme der Grundbuchgeschäfte gegenüber dem Vorjahr (+236 Geschäfte oder +11,25%), was sich auch positiv auf die Gebühreneinnahmen auswirkte. Die Summe der Handänderungen ist um 44 Millionen Franken, diejenige der errichteten Pfandrechte um 36 Millionen Franken gestiegen.

### Grundbuchbereinigung – weiteres Teilgebiet in Sarnen abgeschlossen

Das Bereinigungsverfahren wurde in einem weiteren Teilgebiet der Gemeinde Sarnen «Bünten, Feld, Feldli, Feldwiden, Foribach, Schlänggenried, Kernmatt, Untere Allmend» abgeschlossen.

In den bisher grundbuchlich bereinigten Teilgebieten der Gemeinde Sarnen erfolgten teils sehr umfangreiche Grundbuchgeschäfte.

Die Reinigungsarbeiten werden im Teilgebiet «Unterdorf, Untere Allmend, Lindenstrasse, Türlacher» fortgesetzt.

### Grundbuch Kreis II Engelberg – Nachfolgeregelung in Vorbereitung

Die Geschäftstätigkeit hat auch im Grundbuch Engelberg gegenüber dem Vorjahr (+127 Geschäfte oder +18%) stark zugenommen. Die Summe der Handänderungen ist um rund 8 Millionen Franken gestiegen. Die errichteten Pfandrechte haben um rund 22 Millionen Franken zugenommen. Die Grundbuchbereinigung wurde ebenfalls forciert, sodass in absehbarer Zeit mit dem Abschluss der Bereinigung gerechnet werden kann.

### Vermessung AV93 – Abschluss in Sicht

In der Amtlichen Vermessung AV93 konnte die Aufarbeitung der Ebenen Bodenbedeckung, Einzelobjekte, Administrative Einteilung und Nomenklatur programmgemäss fortgesetzt werden. Die Erfassung der Bodenbedeckung und Einzelobjekte ist in den Gemeinden Sarnen, Sachseln, Giswil, Lungern und Engelberg abgeschlossen oder kurz vor der Vollendung. Mit dem Leistungsauftrag 2004–2007 werden die Arbeiten bis zum Abschluss der AV93 abgedeckt.

### Schätzungssekretariat – Grundpfandschätzungen für 16 Millionen Franken

Es sind total 1'083 Grundstück-Steuerschätzungen vorgenommen worden. Davon entfallen 204 auf landwirtschaftliche und 539 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 340 auf Stockwerkeigentum und Mitigentum. Die Anzahl der Grundstücksschätzungen sank gegenüber dem Vorjahr um rund 7 Prozent.

### Bodenrechtskommission – Entlassung aus Bäuerlichem Bodenrecht zunehmend

Die Bodenrechtskommission fällt 134 Entscheide, davon 4 Pachtfälle, 45 Realteilungen von Gewerben beziehungsweise Zerstückelungen von Einzelparzellen, 59 Feststellungen über den Geltungsbereich des bäuerlichen Bodenrechts, 9 Überschreitungen der

Belastungsgrenze, 16 Handänderungen sowie eine Feststellung betreffend landwirtschaftliches Gewerbe. Von den 59 Feststellungen über den Geltungsbereich betrafen 15 Fälle eingezontes Land und 44 Fälle nicht eingezontes Land. Insgesamt wurde eine Landfläche von 13.4 ha aus dem bäuerlichen Bodenrecht entlassen. Die bewilligte Verschuldung über die Belastungsgrenze hinaus betrug 1'067'122 Franken.

### Aus dem Amtsbericht 1903–1904

*Der Zustand der Strassen ist im Allgemeinen ein ordentlicher, immerhin benötigte derselbe in den kommenden Jahren an verschiedenen Orten und ganz besonders in den Ortschaften eine vermehrte Aufmerksamkeit. Gut verteilte Kiesdepots müssen unbedingt angelegt werden. Auch ist vielerorts für bessere Strassenentwässerung zu sorgen; ohne dieses ist es nahezu unmöglich, die Strassen in gutem Zustande zu erhalten. Ein korrektes Strassenprofil ist überall anzustreben. Die Vermarkung und Vermessung der Strassen ist eine beschlossene Sache, ist aber aus Mangel an Zeit noch nicht ausgeführt.*



Wasser ist Bewegung



# BERICHT ZUR STAATSRECHNUNG 2003

## Gesamtergebnis

In der Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 vom Dezember 2002 hat der Regierungsrat festgehalten, die Laufende Rechnung ausgeglichen zu halten und ausserordentliche Erträge vollumfänglich für den Schuldenabbau zu verwenden. Dies kann mit dem Rechnungsabschluss 2003 erreicht werden. Bereits mit Beschluss vom 29. November 2002 genehmigte der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2003, der für die Laufende Rechnung bei einem Gesamtaufwand von 238,4 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von 1,2 Millionen Franken vorsah. Zusammen mit den vom Kantonsrat bewilligten Nachtragskrediten verminderte sich der veranschlagte Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung für das Jahr 2003 unwesentlich auf 1,1 Millionen Franken.

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Umständen und dem damit verbundenen Rückgang bei den Transfer-

zahlungen des Bundes kann für den Kanton Obwalden für 2003 nochmals ein sehr guter Rechnungsabschluss mit folgenden Eckwerten ausgewiesen werden (siehe Tabelle S. 67).

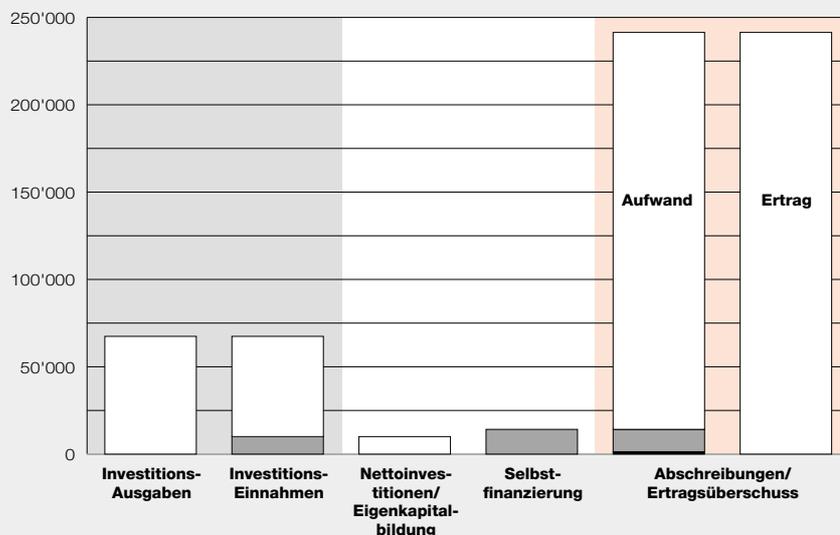
Massgeblich zum sehr guten Ergebnis trug unter anderem auch – dank höheren Steuereingängen aus den Vorperioden – der höhere Ertrag der Kantonssteuern bei. Nicht unterschätzt werden dürfen aber auch die durch den Regierungsrat bereits vor Mitte Jahr unternommenen Schritte zur Information, namentlich des Personals, zur sich zukünftig abzeichnenden Finanzlage des Kantons und den daraus abgeleiteten Massnahmen (u.a. auch bei Stellenbesetzungen). Der im Frühjahr vom Bund prognostizierte Einbruch bei der Eidgenössischen Verrechnungssteuer trat vollumfänglich ein. Bei der direkten Bundessteuer hielt sich der Einbruch jedoch in Grenzen.

Das gute Gesamtergebnis enthält auch eine Vorfinanzierung von 2,7 Millionen Franken des im neuen

## Gesamtergebnis

in 1'000 Fr.

<span style="display:inline-block; width:10px; height:10px; background-color:gray; border:1px solid black;"></span>	<b>Investitionsrechnung</b>	
	Investitions-Ausgaben	Fr. 67'417
	Investitions-Einnahmen	Fr. 57'383
	Nettoinvestitionen	Fr. 10'034
<span style="display:inline-block; width:10px; height:10px; background-color:white; border:1px solid black;"></span>	<b>Finanzierungsrechnung</b>	
	Nettoinvestitionen/ Eigenkapitalbildung	Fr. 10'034
	Selbstfinanzierung	Fr. 14'164
<span style="display:inline-block; width:10px; height:10px; background-color:orange; border:1px solid black;"></span>	<b>Laufende Rechnung</b>	
	Aufwand	Fr. 227'248
	Ertrag	Fr. 241'412
	Abschreibungen	Fr. 12'776
	Ertragsüberschuss	Fr. 1'388



Bildungsgesetz vorgesehenen Lastenausgleichs zu Gunsten der Volksschule.

In der Investitionsrechnung sah der Voranschlag Gesamtinvestitionen von

73,1 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 12,1 Millionen Franken vor. Mit dem Nachtragskredit für die Investitionen des Kantonsspitals erhöhten sich sowohl die Gesamt- als auch die

Nettoinvestitionen um 0,3 Millionen Franken. Effektiv betragen die Bruttoinvestitionen nun 67,4 Millionen Franken und die Nettoinvestitionen 10,0 Millionen Franken.

**Verwaltungsrechnung 2003**

Ergebnis in 1'000 Fr.	Rechnung 2003	VA 2003 (samt Nachtragskredite)	Rechnung 2002
<b>Laufende Rechnung (LR):</b>			
Aufwand	239'127	238'528	234'444
Ertrag	240'515	239'647	237'766
Ordentliches Ergebnis	1'388	1'119	3'322
ausserordentlicher Ertrag	897 <sup>(1)</sup>		2'546 <sup>(3)</sup>
ausserordentlicher Aufwand	897 <sup>(2)</sup>		4'464 <sup>(4)</sup>
Ertragsüberschuss	1'388	1'119	1'404
<b>Investitionsrechnung (IR):</b>			
Ausgaben	67'417	73'059	77'090
Einnahmen	57'383	60'132	65'284
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	10'034	12'927	11'806
Darlehen in Investitionsrechnung	784	814	-5'682
Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv)	9'250	12'113	17'488
<b>Finanzierung:</b>			
Zunahme der Nettoinvestitionen	9'250	12'113	17'488
Abzüglich Abschreibungen	12'776	13'179	18'071
Ertragsüberschuss LR	1'388	1'119	1'404
Finanzierungsüberschuss	4'914	2'185	1'987
Selbstfinanzierungsgrad (ohne Darlehen)	153,1%	118,0%	111,4%

1) Realisierter Kursgewinn aus Verkauf CKW-Aktien 0,7 Mio. Franken  
a.o. Ertragsausschüttung Schweiz. Rheinsalinen 0,2 Mio. Franken  
2) Ausserordentliche Abschreibungen aus a.o. Ertrag

3) Realisierter Buchgewinn aus Landveräusserung  
4) Ausserordentliche Abschreibungen der erworbenen Liegenschaft Rütliwiese

**Haushalts-Kennziffern**

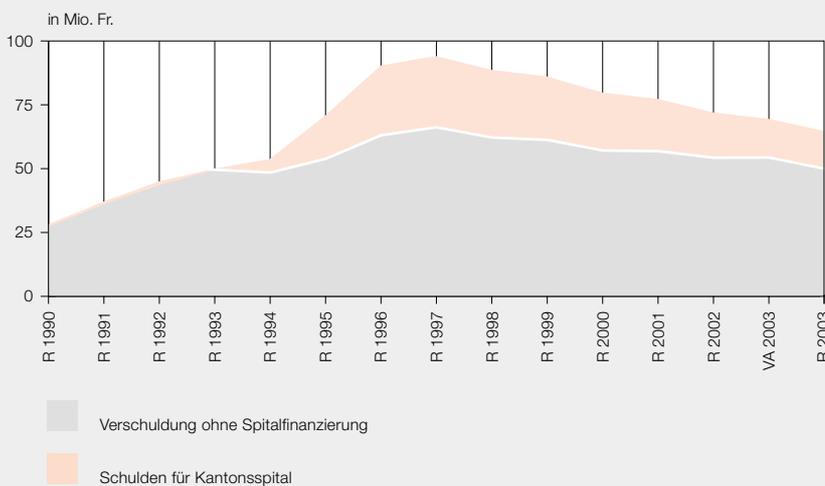
*Gesamtverschuldung*

Die ungedeckte Schuld<sup>6)</sup> des Kantons konnte seit 1997 stetig abgebaut werden. Auch 2003 wurde die Gesamtverschuldung um weitere 7,2 Millionen auf 64,8 Millionen Franken (eingeschlossen Kantonsspital) vermindert. Die Abnahme ist eine Folge des Finanzierungsüberschusses der Verwaltungsrechnung (4,9 Mio. Fr.) sowie der Veränderungen bei den Spezialfinanzierungen. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt die Gesamtverschuldung noch Fr. 1'930.-.

6) Ungedeckte Schuld nach Markus Stadler, Controlling in der öffentlichen Verwaltung; Verwaltungsvermögen abzüglich nicht abzuschreibendes Verwaltungsvermögen, Eigenkapital und Vorfinanzierungen zuzüglich Finanzierungsfehlbetrag

**Gesamtverschuldung**

des Kantons 1990 – 2003



**Selbstfinanzierungsgrad**

Der Selbstfinanzierungsgrad<sup>7)</sup> eines einzigen Jahres ist isoliert betrachtet nicht aussagekräftig, sondern muss über eine längere Zeitperiode betrachtet werden. Im Rahmen der Finanzplanung wird ein durchschnittlicher Wert von 100 Prozent angestrebt. Während Anfang der neunziger Jahre der Selbstfinanzierungsgrad infolge der relativ hohen Investitionen bescheiden ausfiel, konnten seit 1998 immer über 100 Prozent ausgewiesen werden; d.h., seit 1998 fand ein kontinuierlicher Rückgang der Gesamtverschuldung statt. Mit 153 Prozent konnte die erfreuliche Entwicklung auch 2003 fortgesetzt werden. Im Voranschlag 2003 war der Selbstfinanzierungsgrad noch mit 118 Prozent budgetiert worden. Die Verbesserung im Vergleich zum Voranschlag ergab sich durch die leicht tieferen Nettoinvestitionen von 9,3 Millionen Franken (ohne Darlehen; Voranschlag 12,1 Mio. Fr.).

7) Selbstfinanzierungsgrad = Nettoinvestitionen ohne Darlehensbeiträge im Verhältnis zum Cash-flow

**Zinsbelastungsanteil**

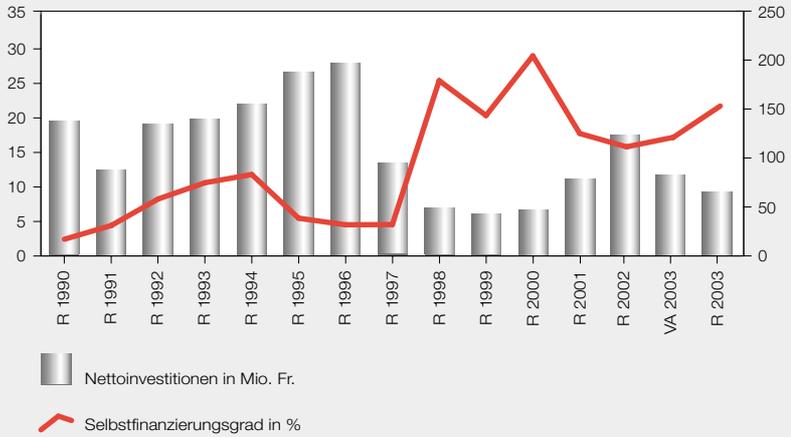
Die Kennziffer Zinsbelastungsanteil weist aus, wie viel von den gesamten Kantonssteuereinnahmen von 61,8 Millionen Franken (Vorjahr 60,2 Mio. Fr.) für die Verzinsung der Schulden aufgewendet werden muss. Dank den gestiegenen Kantonssteuereinnahmen einerseits beziehungsweise der höheren Vermögenserträge und tieferen Schuldzinsen andererseits hat sich der Zinsbelastungsanteil weiter verbessert. Wie im Vorjahr ergibt sich ein positiver Zinsbelastungsanteil von nunmehr 3,8 Prozent, d.h., die Zinserträge fielen höher aus als die Schuldzinsen.

**Kapitaldienstanteil**

Der Kapitaldienstanteil zeigt, wie viel von den Gesamtausgaben der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung (ohne Interne Verrechnungen) von 277,4 Millionen Franken für Abschreibungen und Verzinsungen früherer Investitionen aufgewendet werden muss. Mit 3,8 Prozent ist dieser Wert gegenüber dem Vorjahresniveau von 5,9 Prozent wieder um mehr als zwei Prozentpunkte gesunken. Dieser Rückgang ergab sich einerseits als Folge der im Vergleich zum Vorjahr wieder tieferen Kapitaldienste (vor allem tiefere Abschreibungen) sowie andererseits durch die insgesamt tieferen Aufwändungen (vor allem Investitionsrechnung).

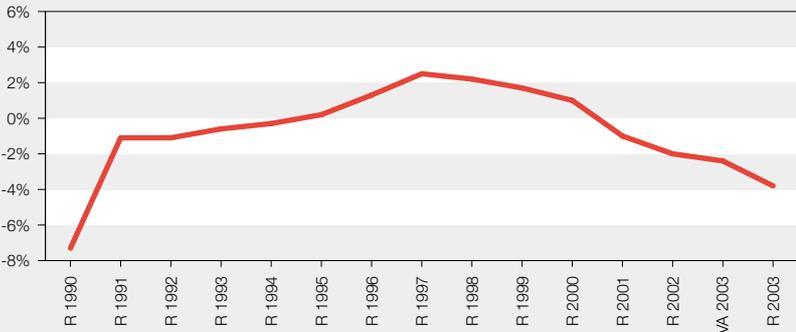
**Selbstfinanzierungsgrad**

(ohne Darlehen) und Nettoinvestitionen von 1990 bis 2003



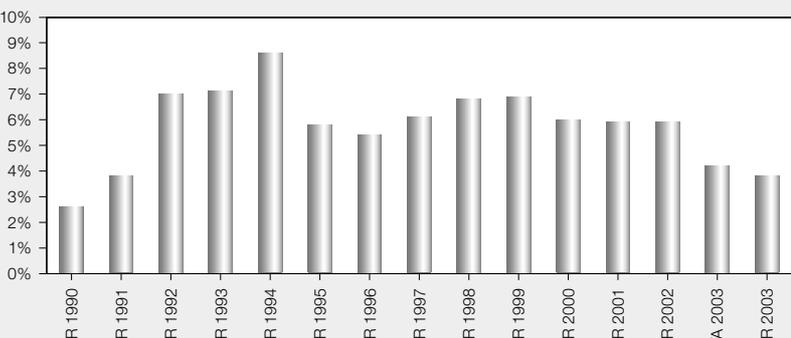
**Zinsbelastungsanteil**

im Verhältnis zu den Kantonssteuereinnahmen



**Kapitaldienstanteil**

im Verhältnis zu den Gesamtausgaben

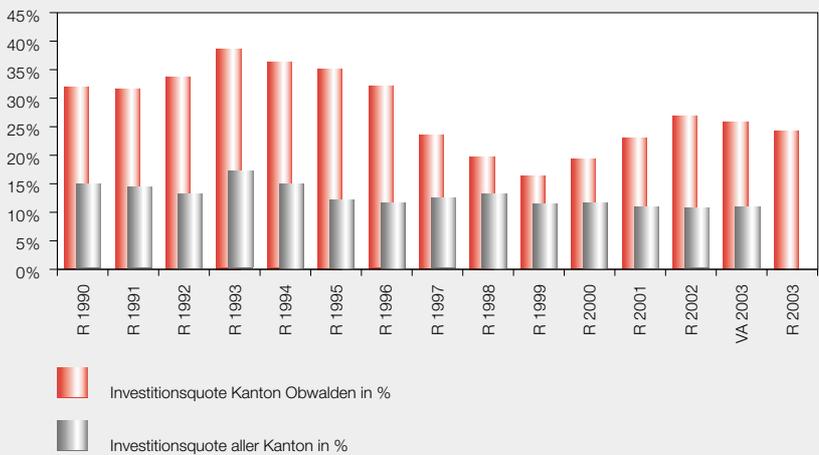


**Investitionsquote**

Die Investitionsquote widerspiegelt, wie viel der gesamten Ausgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung ohne Interne Verrechnungen) für Investitionen ausgegeben werden. Durch die im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr ganz erreichte Bautätigkeit fiel diese Kennzahl auf 24,3 Prozent (Vorjahr 26,9). Mit dieser immer noch hohen Investitionsquote liegt der Kanton Obwalden wegen den weiterhin notwendigen Investitionen im Tiefbaubereich weit über dem gesamtschweizerischen Mittel aller Kantone (Voranschlagswert von 11,0 Prozent). Dank den sachbezogenen Investitionseinnahmen kann der Kanton die verbleibenden Nettoinvestitionen zu seinen Lasten dennoch finanzieren.

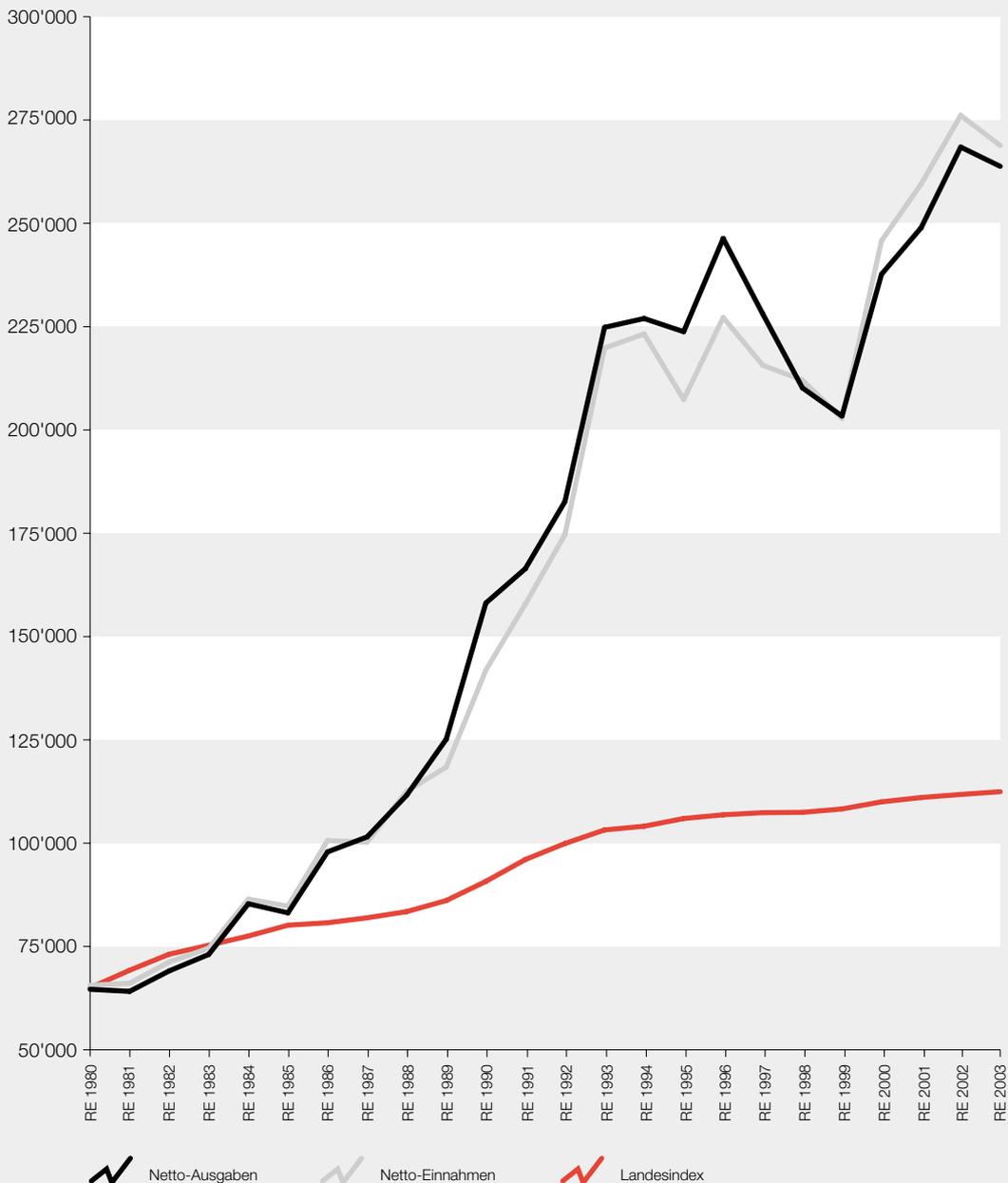
**Investitionsquote**

des Kantons Obwalden und Mittel aller Kantone



**Ausgaben und Einnahmen des Kantons von 1980 bis 2003**

in 1'000 Fr.



## Bestandesrechnung

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven und gliedert sich in

das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden), das Verwaltungsvermögen (Werte, die un-

mittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen) und die Spezialfinanzierungen/Spezialfonds sowie das Fremd- und Eigenkapital.

### Bestandesrechnung per 31.12.2003

in 1'000 Fr.	Bilanz 2003	Bilanz 2002	Veränderung		Bilanz 2001
			+ Zuwachs/- Abnahme Betrag	Prozent	
<b>Aktiven</b>					
Finanzvermögen	75'569 <sup>(9)</sup>	80'711	-5'142	-6.4%	78'103
Flüssige Mittel	7'063	6'609	454	6.9%	101
Guthaben	48'762	52'527	-3'765	-7.2%	55'673
Anlagen	17'083	19'164	-2'081	-10.9%	20'575
Transitorische Aktiven	2'661	2'411	250	10.4%	1'754
Verwaltungsvermögen	136'592	139'467	-2'875	-2.1%	147'765
Sachgüter	50'417 <sup>(10)</sup>	54'921	-4'504	-8.2%	58'700
Darlehen und Beteiligungen	67'002 <sup>(11)</sup>	66'425	577	0.9%	72'370
Investitionsbeiträge	19'173 <sup>(12)</sup>	18'121	1'052	5.8%	16'695
<b>Total Aktiven</b>	<b>212'161 <sup>(8)</sup></b>	<b>220'178</b>	<b>-8'017</b>	<b>-3.6%</b>	<b>227'785</b>
<b>Passiven</b>					
Fremdkapital	203'240 <sup>(13)</sup>	214'892	-11'652	-5.4%	223'788
Laufende Verpflichtungen	33'129	37'238	-4'109	-11.0%	43'025
Kurzfristige Schulden	10'650	16'510	-5'860	-35.5%	12'830
Mittel- und langfristige Schulden	112'500 <sup>(14)</sup>	115'468	-2'968	-2.6%	120'324
Verpflichtungen Sonderrechnungen	35'856 <sup>(15)</sup>	35'608	248	0.7%	39'406
Transitorische Passiven	7'907	7'342	565	7.7%	5'848
Delkredere	3'198	2'726	472	17.3%	2'355
Spezialfinanzierungen	6'129 <sup>(16)</sup>	3'882	2'247	57.9%	3'997
Eigenkapital	2'792 <sup>(17)</sup>	1'404	1'388		0
<b>Total Passiven</b>	<b>212'161 <sup>(8)</sup></b>	<b>220'178</b>	<b>-8'017</b>	<b>-3.6%</b>	<b>227'785</b>

8) Die Bilanzsumme der Aktiven und Passiven hat wegen des Rückgangs sowohl des Verwaltungs- als auch des Finanzvermögens insgesamt um 8,0 Millionen Franken auf 212,2 Millionen Franken abgenommen.

9) Das Finanzvermögen ist um insgesamt 5,1 Millionen Franken gesunken. Per Ende Jahr wurden um 0,5 Millionen Franken höhere flüssige Mittel (Bankguthaben) ausgewiesen. Demgegenüber reduzierten sich die Guthaben gegenüber dem Vorjahr wegen tieferer ausstehender Bundesbeiträge um 3,8 Millionen Franken. Bei den Anlagen führte hauptsächlich der Verkauf der CKW-Aktien (0,8 Mio. Fr.) sowie der Betriebskredit an das Kantonsspital (minus 1,4 Mio. Fr.) zum Rückgang von 2,1 Millionen Franken.

10) Die Sachgüter nahmen auf Grund der Investitionen und vor allem der durch die Sonderfinanzierung anfallenden Abschreibungen auf dem Kantonsspital-Ausbau (2,9 Mio. Fr.) um gesamthaft 4,5 Millionen Franken ab.

11) Die Darlehen und Beteiligungen nahmen unter anderem infolge der höheren Auszahlungsrate von Darlehen für Investitionshilfe in Berggebieten (plus 0,9 Mio. Fr.) um 0,6 Millionen Franken zu.

12) Die zukünftig abzuschreibenden Investitionsbeiträge erhöhten sich vor allem durch die Investitionen im öffentlichen Verkehr (Steilrampe Engelberg und Ausbau Brünigbahn um 1,9 Mio. Fr.) um eine Million Franken.

13) Das Fremdkapital konnte im Berichtsjahr dank tieferen laufenden

Verpflichtungen und einer Verminderung der mittel- und langfristigen Schulden um insgesamt 11,7 Millionen Franken reduziert werden. Die Fälligkeit sowie die Zinssätze der noch bestehenden Schuldscheine im Wert von 112,5 Millionen Franken sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

14)

**Mittel- und langfristige Schulden nach Fälligkeit und Zinssatz**

Werte in 1'000 Fr.

Bilanzwert 112'500	Zinssatz in %	Fälligkeit Variabel	Jahr											
			2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
150	0.000		50	50	50									
2'350	1.250	2'350												
5'000	2.490													
5'000	2.690									5'000			5'000	
2'000	2.800												2'000	
10'000	3.000				10'000									
8'000	3.500				5'000									
16'000	3.600									3'000				
14'000	3.625			5'000			2'000	7'000		5'000				1'000
5'000	3.700		5'000											
6'000	4.000				1'000		5'000							
5'000	4.120									5'000				
3'000	4.125						3'000							
15'000	4.250		5'000	2'000	3'000	5'000								
6'000	4.300							6'000						
4'000	4.375			2'000				2'000						
4'000	4.750		2'000	2'000										
2'000	5.125			2'000										
<b>Total per 31.12.2003</b>		<b>2'350</b>	<b>12'050</b>	<b>13'050</b>	<b>19'050</b>	<b>15'000</b>	<b>25'000</b>	<b>13'000</b>	<b>5'000</b>	<b>7'000</b>	<b>1'000</b>			

15) Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen die Ausstände gegenüber dem Bund bei den Investitionskrediten (Landwirtschaft, Forstwirtschaft) und der Betriebshilfe in der Landwirtschaft. Die Aufstockung um 0,2 Millionen Franken während des Jahres erfolgte insbesondere bei der Betriebshilfe in der Landwirtschaft.

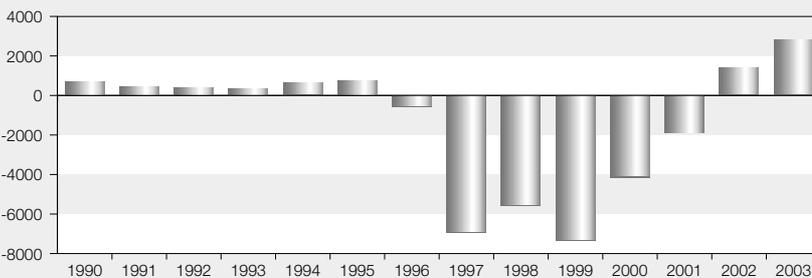
16) Bei den Spezialfinanzierungen werden auf Grund des guten Jahresergebnisses sowie des ab 2005 vom Kanton auszurichtenden Lastenausgleiches «Volksschule» an die Gemeinden eine Vorfinanzierung in der Höhe von 2,7 Millionen Franken beantragt (siehe Seite 73). Bei der Spezialfinanzierung für die

amtliche Vermessung (AV93) fiel 2003 infolge des Arbeitsfortschrittes eine Entnahme von 0,8 Millionen Franken an.

17) Mit dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung konnte das Eigenkapital um 1,4 Millionen Franken aufgestockt werden.

**Eigenkapitalbasis seit 1990**

in 1'000 Fr.



**Finanzierungsausweis**

Aus den Änderungen der Bilanzkonten der Bestandesrechnung ergibt sich für das Jahr 2003 folgender Finanzierungsausweis (in 1'000 Fr.):

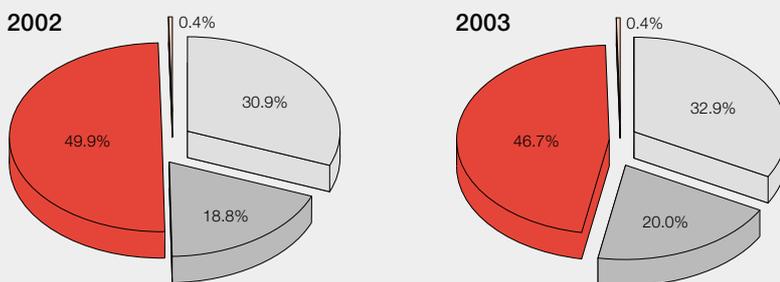
Mittelverwendung		Mittelherkunft	
Zunahme der flüssigen Mittel	454	Abnahme der Guthaben	3'765
Zunahme der Transitorischen Aktiven	250	Abnahme der Anlagen des Finanzvermögens	2'081
Zunahme der Darlehen und Beteiligungen	577	Abnahme der Sachgüter des Verwaltungsvermögens	4'504
Zunahme der Investitionsbeiträge	1'052	Zunahme der Verpflichtungen für Sonderrechnungen	248
Abnahme der laufenden Verpflichtungen	4'109	Zunahme der Transitorischen Passiven	565
Abnahme der kurzfristigen Schulden	5'860	Zunahme des Delkredere	472
Abnahme der langfristigen Schulden	2'968	Zunahme der Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	2'247
<b>Total Mittelverwendung</b>	<b>15'270</b>	Zunahme des Eigenkapitals	1'388
		<b>Total Mittelherkunft</b>	<b>15'270</b>

## Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung umfasst mit Aufwand und Ertrag den ersten Teil der Verwaltungsrechnung. Die Gesamterträge der Laufenden Rechnung übertrafen die veranschlagten Werte mit 241,4 Millionen Franken um 1,8 Millionen Franken. Da die Gesamtausgaben mit 240,0 Millionen um 1,5 Millionen Franken über dem Voranschlag liegen, resultierte insgesamt eine Ergebnisverbesserung von 0,3 Millionen Franken.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Steuereinnahmen in Prozenten des Gesamtertrages von 30,9 auf 32,9 Prozent leicht erhöht. Infolge der gestiegenen Regal-Einnahmen (Kantonsanteile an der Gewinnausschüttung der Schweiz. Nationalbank) stieg

## Steuern und Transferzahlungen 2002/2003



der Einnahmen-Anteil von 18,8 auf 20,0 Prozent. Dieser Anstieg ging zu Lasten der Transferzahlungen, die von 49,9 auf 46,7 Prozent sanken. Diese Abnahme ist sowohl bei den «Eigenen Beiträgen»<sup>(23)</sup> als auch bei den «Durchlaufenden Beiträgen»<sup>(24)</sup> begründet.

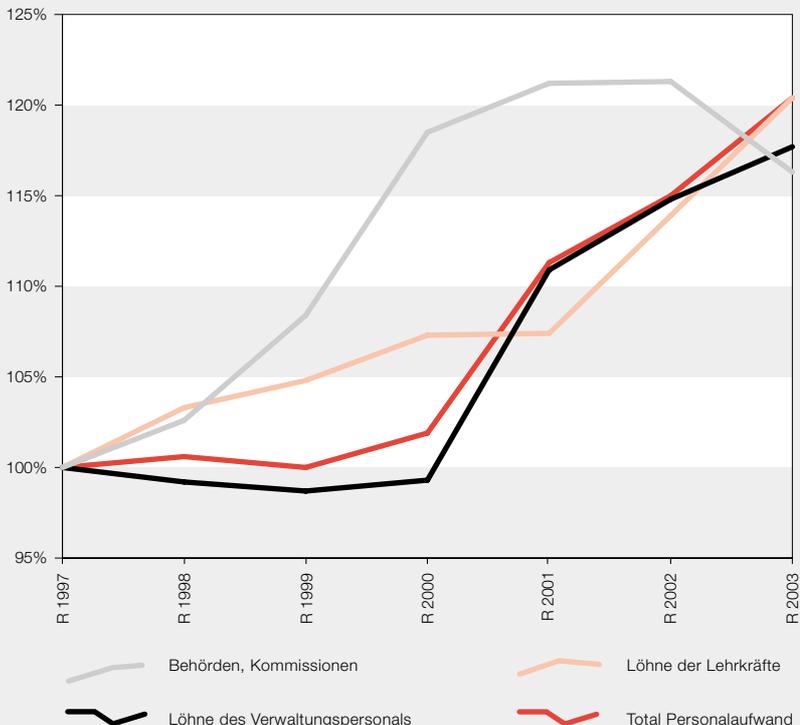
- Transferzahlungen
- Regalien/Konzessionen/Vermögenserträge/Gebühren
- Steuern
- Spezialfinanzierungen

## Einnahmen und Ausgaben nach Artengliederung

in 1'000 Fr.	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Veränderung gegenüber VA 2003 Fr.	%	Rechnung 2002
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Aufwand</b>					
30 Personalaufwand	44'756 <sup>(18)</sup>	44'928	-172	-0.4%	45'258
31 Sachaufwand	19'432 <sup>(19)</sup>	20'403	-971	-4.8%	19'438
32 Passivzinsen	4'779 <sup>(20)</sup>	5'077	-298	-5.9%	5'056
33 Abschreibungen	12'776 <sup>(21)</sup>	13'179	-403	-3.1%	18'071
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	2'821	2'580	241	9.3%	2'569
35 Entschädigung an Gemeinwesen	11'226 <sup>(22)</sup>	11'765	-539	-4.6%	10'736
36 Eigene Beiträge	61'080 <sup>(23)</sup>	60'700	380	0.6%	54'633
37 Durchlaufende Beiträge	50'289 <sup>(24)</sup>	50'240	49	0.1%	53'463
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	2'891 <sup>(25)</sup>	40	2'851	7'127.5%	211
39 Interne Verrechnungen	29'974	29'618	356	1.2%	29'473
	<b>240'024</b>	<b>238'530</b>	<b>1'494</b>	<b>0.6%</b>	<b>238'908</b>
<b>Total ohne Interne Verrechnungen</b>	<b>210'050</b>	<b>208'912</b>	<b>1'138</b>	<b>0.5%</b>	<b>209'435</b>
<b>Ertrag</b>					
40 Steuern	69'458 <sup>(26)</sup>	64'860	4'598	7.1%	67'836
41 Regalien und Konzessionen	18'121 <sup>(27)</sup>	18'079	42	0.2%	12'346
42 Vermögenserträge	8'000 <sup>(28)</sup>	6'432	1'568	24.4%	8'834
43 Entgelte	16'260 <sup>(29)</sup>	15'025	1'235	8.2%	17'506
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	27'304 <sup>(30)</sup>	29'796	-2'492	-8.4%	26'625
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'406	1'037	369	35.6%	2'020
46 Beiträge für eigene Rechnung	19'752 <sup>(31)</sup>	23'719	-3'967	-16.7%	21'788
47 Durchlaufende Beiträge	50'289 <sup>(23)</sup>	50'240	49	0.1%	53'463
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	847	842	5	0.6%	421
49 Interne Verrechnungen	29'974	29'618	356	1.2%	29'473
	<b>241'411</b>	<b>239'648</b>	<b>1'763</b>	<b>0.7%</b>	<b>240'312</b>
<b>Total ohne Interne Verrechnungen</b>	<b>211'437</b>	<b>210'030</b>	<b>1'407</b>	<b>0.7%</b>	<b>210'839</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>-1'387</b>	<b>-1'118</b>	<b>-269</b>	<b>-24.1%</b>	<b>-1'404</b>

- 18) Der Personalaufwand konnte im budgetierten Rahmen gehalten werden und weist mit 0,4 Prozent nur marginale Abweichungen auf. Innerhalb des Personalaufwandes blieben die Löhne des Verwaltungspersonals sowie der Behörden leicht unter und die Löhne der Lehrkräfte leicht über den veranschlagten Werten.
- 19) Dass der Sachaufwand um 1,0 Millionen Franken tiefer ausfiel als budgetiert ist einem Rückgang des baulichen Unterhalts der Nationalstrasse zuzuschreiben. In diesem Bereich sind auf Grund von zeitlichen Verschiebungen 1,3 Millionen Franken weniger aufgewendet worden. Da der bauliche Unterhalt der Nationalstrasse zu 97 Prozent durch Bundesbeiträge unter den «Beiträgen für eigene Rechnung» mitgetragen wird<sup>(31)</sup>, hat der Minderaufwand auch Auswirkungen auf der Einnahmenseite.
- 20) Dank dem guten Rechnungsergebnis 2003 sowie dem des Vorjahres konnten die mittel- und langfristigen Schulden weiter abgebaut werden. Dadurch und durch die bereits tiefen Fremdkapitalzinsen konnten die Aufwände für die Passivzinsen erneut gesenkt werden und blieben um 0,3 Millionen Franken unter dem Voranschlagsbetrag.
- 21) Die Abschreibungen fielen um 0,4 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Hauptgründe dafür liegen in der bereits 2002 vorgenommenen vollständigen Abschreibung des Bilanzfehlbetrages (Voranschlag: 1,0 Millionen Franken). Wegen der 2003 erzielten ausserordentlichen Erträge<sup>(28)</sup> konnten wiederum zusätzliche ausserordentliche Abschreibungen von 0,9 Millionen Franken vorgenommen werden. Diese ausserordentlichen Beiträge werden dazu benützt, die bedingt rückzahlbaren Darlehen an die Luzern-Stans-Engelberg Bahn von 1,7 Millionen Franken abzuschreiben.
- 22) Die Entschädigungen an Gemeinwesen fielen um 0,5 Millionen Franken (Hochschulbeiträge) tiefer aus als veranschlagt.
- 23) Die Eigenen Beiträge betragen 0,4 Millionen Franken mehr als veranschlagt. Die grössten Budgetüber-

### Entwicklung der Personalkosten seit 1997



schreitungen mussten bei den gebundenen Ausgaben hingenommen werden. Wie dem Kantonsrat bereits im Zusammenhang mit den Nachtragskrediten mitgeteilt wurde, ergaben sich sowohl bei den ausserkantonalen Sonderschulen und Heimen als auch bei den ausserkantonalen Hospitalisierungen Mehrausgaben von je einer Million Franken. Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag demgegenüber sowohl bei den AHV/IV- und Ergänzungsleistungen (0,9 Mio. Fr.) als auch bei den Gemeindeanteilen an der Mineralölsteuer (0,6 Mio. Fr.).

- 24) Die Durchlaufenden Beiträge fielen mit 50,2 Millionen Franken wie veranschlagt aus. Die grössten Beiträge entfallen auf die Direktzahlungen in der Landwirtschaft (27,1 Mio. Fr.) sowie auf die Bundesanteile an der Prämienverbiligung (13,4 Mio. Fr.).
- 25) Bei den Einlagen in Spezialfinanzierungen ergibt sich auf der Aufwandseite mit 2,9 Millionen Franken die grösste Abweichung zum Voranschlag. Der Hauptgrund liegt in der im neuen Bildungsgesetz vorgesehenen und dem Kantonsrat zum Beschluss unterbreiteten Einlage von 2,7 Millionen Franken in den ab 2005 fließ-

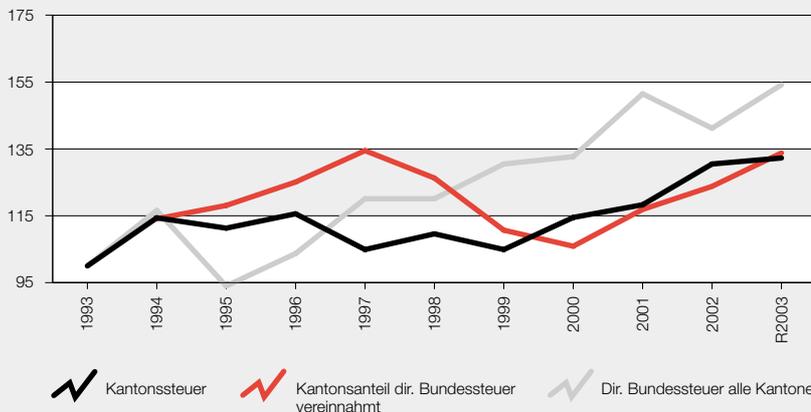
senden «Lastenausgleich Volksschule». Dieser ist in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2004 bis 2007 (IAFP) mit einer Dotierung von jährlich einer Million Franken vorgesehen. Der Kantonsrat beschloss bei der Behandlung des neuen Bildungsgesetzes für den Lastenausgleich eine Mindestleistung von 1,5 Millionen Franken jährlich. Die Spezialfinanzierung für den kantonalen Finanzausgleich wurde vom Regierungsrat mit dem Staatsrechnungsabschluss 1986 erstmals mit 1,5 Millionen Franken geäufnet. Von diesem Betrag sind per Ende 2003 noch 0,3 Millionen Franken nicht aufgebraucht. Zusammen mit der nun vorgesehenen Einlage von 2,7 Millionen Franken stehen somit insgesamt 3,0 Millionen Franken zur Verfügung, die zur Entlastung der Kantonsaufwendungen des Lastenausgleichs in den Jahren 2005 bis 2008 aufgelöst werden sollen (2005: 1,0 Millionen Franken; 2006: 0,75 Millionen Franken; 2007: 0,75 Millionen Franken und 2008: 0,5 Millionen Franken). Würde das Bildungsgesetz an der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 abgelehnt, würde die Spezialfinanzierung zu Gunsten des Eigenkapitals aufgelöst.

26) Beim Steuerertrag übertrafen vor allem die Einkommens- und Vermögenssteuern die Erwartungen. Während der Ertrag bei den juristischen Personen gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäss zurückging (minus 1,5 Mio. Fr. oder 31 Prozent), konnte bei den natürlichen Personen – trotz dem 2003 erfolgten Ausgleich der kalten Progression – der 2002 erzielte Steuerertrag um weitere 4,2 Prozent (plus 2,0 Mio. Fr.) gesteigert werden. Wie im Vorjahr konnte dieser erfreuliche Anstieg nochmals auf die Auswirkungen der seit 2001 geltenden Gegenwartsbesteuerung (natürliche Personen) zurückgeführt werden. Durch die Aufarbeitung von pendenten Veranlagungen früherer Steuerperioden (Steuerjahr 2002 und älter) fiel der Ertrag aus den Vorperioden über den budgetierten Erwartungen aus. Mit 1,7 Millionen Franken konnten auch bei der Handänderungssteuer seit 1994 die höchsten Einnahmen erzielt werden. Details (u.a. auch über die Verteilung nach Gemeinden) sind aus dem Vergleich der Staatssteuern im Anhang ersichtlich. Wie der Vergleich der Erträge der Kantonssteuern mit den Erträgen der direkten Bundessteuer auf Kantons- und Bundesebene zeigt, hat sich der Steuerertrag sowohl bei der Kantonssteuer als auch bei der in Obwalden vereinnahmten direkten Bundessteuer in den letzten zwei Jahren konstanter entwickelt als auf schweizerischer Ebene. Es darf aber auch festgestellt werden, dass sich einerseits der 2002 eingetretene Einbruch bei der direkten Bundessteuer wieder leicht erholt hat und sich andererseits auch in Obwalden die erfreuliche Entwicklung des letzten Jahres fortgesetzt hat – allerdings nach wie vor auf tiefem Niveau.

27) Die Regalien und Konzessionen stellten sich gemäss dem Voranschlagswert ein. Der gegenüber 2002 um 5,8 Millionen Franken höhere Ertrag ist vollumfänglich auf die gestiegene ordentliche Ausschüttung der Schweiz. Nationalbank zurückzuführen.

28) Die Vermögenserträge stiegen gegenüber dem Voranschlag um 1,6 Millionen Franken auf 8,0 Millio-

### Direkte Bundes- und Kantonssteuer seit 1993



nen Franken. In diesem Ergebnis sind sowohl die ausserordentlichen Erträge aus der Veräusserung der CKW-Aktien an das Elektrizitätswerk Obwalden (EWO) von 0,7 Millionen als auch die Ertragsausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen von 0,2 Millionen Franken enthalten. Dieser ausserordentliche Ertrag wird vollumfänglich zur Abschreibung der bedingt rückzahlbaren Darlehen der LSE verwendet. Zusätzlich zu den sehr erfreulichen Vermögenserträgen haben auch die höheren Erträge sowohl der Obwaldner Kantonalbank als auch des EWO von je 0,3 Millionen Franken beigetragen.

29) Die Einnahmen aus Entgelten lagen um 1,2 Millionen Franken über dem Voranschlag. Neben verschiedenen kleineren Mehrerträgen führten unter anderem auch höhere Vergütungen aus Betriebsgebühren sowie höheren Bussenerträgen zu dieser Verbesserung.

30) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen nahmen gegenüber dem Voranschlag gesamthaft um 2,5 Millionen Franken ab. Diese bereits im Frühling festgestellte Verschlechterung resultiert vor allem beim Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer, die um 2,5 Millionen Franken unter dem Voranschlag blieb. Die um 0,5 Millionen Franken tieferen Kantonsanteile am horizontalen Finanzausgleich (wegen den vom Bund zu hoch budgetierten Einnahmen bei den direkten Bundessteuern) konnten faktisch durch den Kan-

tonsanteil (17 Prozent) an den im Kanton vereinnahmten Bundessteuern ausgeglichen werden (plus 0,5 Mio. Fr.).

31) Die Beiträge für die eigene Rechnung sind um 4,0 Millionen Franken unter den veranschlagten 23,7 Millionen Franken geblieben. Diese Mindereinnahmen sind vor allem auf tiefere Kantonsanteile an der Mineralölsteuer (1,4 Mio. Fr.) sowie der Bundesleistungen an den baulichen Unterhalt der Nationalstrasse<sup>(19)</sup> (1,3 Mio. Fr.) zurückzuführen.

32) Die höheren Steuererträge<sup>(26)</sup> bzw. Regalien und Konzessionen<sup>(27)</sup> die beim Finanzdepartement angefallen sind, werden durch die Einlage in die Spezialfinanzierung<sup>(25)</sup> und die tieferen Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung<sup>(30)</sup> praktisch kompensiert.

33) Der höhere Nettoaufwand des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements liegt vor allem in den sprunghaft gestiegenen und nicht in diesem Masse budgetierten Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen begründet.

34) Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag des Volkswirtschaftsdepartements sowohl bei den AHV/IV- und der Ergänzungsleistungen<sup>(23)</sup>.

35) Beim Bau- und Umweltdepartement sind die tieferen Kantonsbeiträge aus der Mineralölsteuer<sup>(31)</sup> sowie zeitlich verschobene Bundesbeiträge an den betrieblichen Strassenunterhalt ausschlaggebend.

## Nettoergebnis nach Departementen

Einnahmen (-) bzw. Ausgaben (+) in 1'000 Fr	Nettoaufwand		Veränderung gegenüber Voranschlag 2003	
	Rechnung 2003	Voranschlag 2003 (inkl. Nachträge)	Fr. (minus = Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen)	%
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>-1'389</b>	<b>-1'118</b>	<b>-271</b>	<b>-24.2%</b>
10 Räte/Staatskanzlei	3'832	3'992	-160	-4.0%
20 Finanzdepartement	-86'642	-86'400	-242 <sup>(32)</sup>	0.3%
30 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	30'832	30'164	668 <sup>(33)</sup>	2.2%
40 Volkswirtschaftsdepartement	14'956	15'998	-1'042 <sup>(34)</sup>	-6.5%
50 Bildungs- und Kulturdepartement	28'613	28'790	-177	-0.6%
60 Bau- und Umweltdepartement	5'429	4'710	719 <sup>(35)</sup>	15.3%
90 Gerichte	1'591	1'628	-37	-2.3%

Die Veränderung zwischen Voranschlag und Rechnung des Nettoergebnisses der Laufenden Rechnung zeigt, dass insgesamt keine wesentlichen Abweichungen zu verzeichnen sind.

## Investitionsrechnung nach Artengliederung

in 1'000 Fr.	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Veränderung gegenüber VA 2003		Rechnung 2002
			Fr.	%	
<b>Ausgaben</b>					
50 Sachgüter	46'400 <sup>(36)</sup>	47'888	-1'488	-3.1%	47'549
52 Darlehen und Beteiligungen	1'499 <sup>(37)</sup>	1'488	11	0.7%	600
56 Eigene Beiträge	6'295 <sup>(38)</sup>	7'182	-887	-12.4%	6'467
57 Durchlaufende Beiträge	13'223 <sup>(39)</sup>	16'500	-3'277	-19.9%	22'474
	67'417	73'058	-5'641	-7.7%	77'090
<b>Einnahmen</b>					
60 Mobilien, Maschinen					
62 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	715 <sup>(37)</sup>	674	41	6.1%	2'747
63 Rückerstattungen für Sachgüter	194	61	133	218.0%	630
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen					
66 Beiträge für eigene Rechnung	43'251 <sup>(40)</sup>	42'897	354	0.8%	39'432
67 Durchlaufende Beiträge	13'223	16'500	-3'277	-19.9%	22'474
	57'383	60'132	-2'749	-4.6%	65'283
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>10'034</b>	<b>12'926</b>	<b>-2'892</b>	<b>-22.4%</b>	<b>11'807</b>

### Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 67,4 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 10,0 Millionen Franken ab. Wie aus obenstehender Artengliederung ersichtlich ist, fiel der Gesamtaufwand um 5,6 Millionen Franken und der Nettoaufwand um 2,9 Millionen Franken tiefer aus als veranschlagt.

<sup>36)</sup> Die Ursache für die Minderausgaben liegen einerseits bei den um 0,5 Millionen Franken unterschrittenen Investitionen im Tiefbau. Die Tiefbauinvestitionen ergeben sich je nach Baufortschritt

auf der Nationalstrassenteilstücke. Im Hochbau wurde infolge zeitlicher Verzögerung der Voranschlag ebenso um 0,5 Millionen Franken unterschritten wie bei den Informatik-Investitionen (minus 0,4 Mio. Franken). Bei den Informatik-Investitionen ist die Unterschreitung jedoch teilweise in einer Änderung der Verbuchungspraxis begründet, werden doch Kleininvestitionen neu auch in der Informatik direkt den Kostenstellen in der Laufenden Rechnung belastet.

<sup>37)</sup> Sowohl die Ausgaben als auch die Rückzahlungen für Darlehen und Beteiligungen liegen im Rahmen der veranschlagten Mittel.

<sup>38)</sup> Die Investitionen bei den Eigenen Beiträgen fielen unter anderem beim Wasserbau um 0,3 Millionen Franken und bei den forstlichen Investitionen um 0,4 Millionen Franken unter dem Voranschlagsbetrag aus.

<sup>39)</sup> Die Durchlaufenden Beiträge liegen insgesamt 3,3 Millionen Franken über dem Voranschlag. Dies ergibt sich hauptsächlich durch die tiefere Investitionstätigkeit bei den Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren (Wasserbau/Forst).

<sup>40)</sup> Die Beiträge für eigene Rechnung liegen mit 43,2 Millionen Franken um 0,4 Millionen Franken über dem Voranschlagsbetrag.

## **Vergleich mit dem Finanzplan 2003 bis 2006**

Der in der Strategie- und Amtsdauerplanung aufgezeigte Finanzplan umfasste für das Jahr 2003 die Voranschlagswerte. Ein Vergleich ergibt deshalb die selben Abweichungen wie zum Voranschlag.

## **Antrag des Regierungsrates**

Das gute Staatsrechnungsergebnis 2003 ist insbesondere auch auf die gesamthaft guten Leistungen des Staatspersonals zurückzuführen. Dazu haben insbesondere auch Sparanstrengungen bei den Personalaufwendungen beigetragen, welche nur dank persönlichen Einsätzen und Mehrleistungen der Mitarbeitenden und des Kaders umgesetzt werden konnten. Sie halfen mit, dass die für 2003 budgetierte Lohnsumme unterschritten werden konnte. Angesichts des guten Gesamterfolgs des Staats-

rechnungsabschlusses soll ein Teil der eingesparten Lohnsumme 2003 für Leistungsprämien im Jahr 2004 zur Verfügung gestellt werden. Damit wird es auch im Jahr 2004 möglich, den ausserordentlichen persönlichen Einsatz der Mitarbeitenden zu honorieren. Im Jahr 2004 sollen deshalb 0,2 Prozent der budgetierten Lohnsumme, d.h. Fr. 77'400.– für das Staatspersonal (Kto. 2200.301.08) zu Lasten der Staatsrechnung 2003 und zu Gunsten des Staatsvoranschlags 2004 übertragen werden.

Der Regierungsrat beantragt gestützt auf Art. 37 Abs. 4 sowie Art. 24 Abs. 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988 die vorliegende Staatsrechnung wie folgt zu genehmigen:

- Übertrag für Leistungsprämien 2004 von Fr. 77'400.–.
- Vornahme der ordentlichen Abschreibungen von Fr. 11'878'818.77 (einschliesslich Kantonsspital Fr. 2'907'137.00).
- Vornahme zusätzlicher Abschreibungen von Fr. 897'076.75.
- Verwendung des Staatssteuerzuschlages 2003 von Fr. 3'668'112.30 gemäss Art. 5 des Gesetzes über den Ausbau des Kantonsspitals vom 17. Mai 1992 für die Verzinsung und Abschreibung der Baukosten.
- Einlage von Fr. 2'700'000.– in die Spezialfinanzierung für den ab 2005 neu einzuführenden «Lastenausgleich Volksschule».
- Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'387'842.83 auf das Konto «Eigenkapital».
- Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 10'033'664.31.

**Steuerkraft von Obwalden**  
laut Staatssteuerregister vom Jahre 1903.

Der Steuerpflichtigen:		Der Steuerpflichtigen:	
Kopf-Zahl	Vermögen Fr.	Kopf-Zahl	Vermögen Fr.
701	5,936,700	196,200	196,200
273	1,143,100	4,200	4,200
217	1,168,700	7,000	7,000
232	607,100	6,300	6,300
226	414,900	6,000	6,000
136	403,200	2,200	2,200
1785	9,673,700	221,900	221,900
	352,000		
	400,000		
	130,000		
	90,000		
34	387,500		
1819	11,033,200	221,900	221,900
1758	10,310,700	184,700	184,700
61	722,500	37,200	37,200
457	4,283,700	53,100	53,100
167	643,000	1,600	1,600
129	455,900	—	—
150	492,900	2,700	2,700
126	592,900	—	—
93	227,000	3,300	3,300
45	53,000	—	—
131	440,110	5,500	5,500
1298	7,188,510	66,200	66,200
	58,400		
	35,200		
	1,231,000		
1298	8,513,110	66,200	66,200
1254	8,433,700	63,300	63,300
44	79,410	2,900	2,900

**Steuerkraft von Obwalden**  
laut Staatssteuerregister vom Jahre 1903.

Der Steuerpflichtigen:		Der Steuerpflichtigen:	
Kopf-Zahl	Vermögen Fr.	Kopf-Zahl	Vermögen Fr.
398	2,733,000	49,200	49,200
190	665,000	1,500	1,500
178	983,000	7,900	7,900
766	4,382,000	58,600	58,600
	10,000		
	500,000		
766	4,892,000	58,600	58,600
732	4,719,000	49,600	49,600
34	173,000	9,000	9,000
774	2,471,000	112,400	112,400
	80,300		
	800,000		
	9,000		
	2,130,000	20,000	20,000
774	5,520,300	132,400	132,400
775	5,250,100	86,415	86,415
1	270,200	45,985	45,985
452	964,000	8,100	8,100
338	1,024,700	32,300	32,300
790	1,988,700	40,400	40,400
	1,282,700		
790	3,271,400	40,400	40,400
767	3,071,500	36,900	36,900
23	199,900	3,500	3,500

**Steuerkraft von Obwalden**  
laut Staatssteuerregister vom Jahre 1903.

Der Steuerpflichtigen:		Der Steuerpflichtigen:	
Kopf-Zahl	Vermögen Fr.	Kopf-Zahl	Vermögen Fr.
365	1,498,700	50,600	50,600
265	893,200	10,000	10,000
260	949,700	5,200	5,200
890	3,341,600	65,800	65,800
	145,000		
	160,000		
	21,000		
890	3,667,600	65,800	65,800
884	3,976,300	52,200	52,200
6	308,700	13,600	13,600
203	1,946,500	34,300	34,300
189	474,700	1,000	1,000
141	532,800	5,900	5,900
125	284,700	1,400	1,400
135	700,200	57,600	57,600
793	3,938,900	100,200	100,200
50	1,678,000	4,000	4,000
	220,000		
843	5,836,900	104,200	104,200
820	4,783,560	111,400	111,400
23	1,053,340	7,200	7,200

## Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

## Artikel 21

### Bewertungsgrundsätze

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet.

## Vergleich Staatssteuern 2001 bis 2003

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen	Juristische Personen	Nachsteuern/ Abschreibungen/ Erlasse/ Skonto	Grundstück- gewinn- Steuer	Kapital Abfindungen/ Liquidation-+ Kapitalgew./ Lotteriegew.- steuer	Hand- änderungs- steuer
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Sarnen	2001	12'473'118.40	900'633.40	-50'018.05	178'671.15	176'481.35	304'547.25
	2002	16'633'349.55	1'763'007.40	-138'244.15	234'902.05	574'986.45	266'676.00
	2003	16'964'138.25	1'240'573.70	-33'816.95	522'481.55	346'323.65	602'415.00
Kerns	2001	4'765'042.70	374'581.30	4'866.70	105'101.60	54'463.10	120'397.50
	2002	6'528'416.10	486'379.30	-140'419.90	164'266.15	121'341.00	200'412.00
	2003	6'856'825.00	291'400.25	-51'630.55	108'747.35	113'090.80	160'958.55
Sachseln	2001	5'061'222.85	550'639.55	25'006.80	237'841.30	149'344.70	115'429.50
	2002	7'048'226.90	764'509.60	-71'219.55	103'981.20	168'294.55	146'694.75
	2003	7'576'226.25	574'782.55	-32'374.90	66'270.70	292'007.60	166'258.50
Alpnach	2001	5'077'294.75	605'195.75	-22'360.45	82'769.85	129'379.15	83'757.00
	2002	6'859'538.55	1'012'964.90	-162'193.65	113'205.60	217'002.10	149'428.60
	2003	7'124'498.45	789'584.40	-98'519.60	96'715.00	175'054.55	162'899.25
Giswil	2001	2'836'175.25	238'264.95	-12'721.01	132'581.15	56'688.00	95'006.25
	2002	4'032'069.90	319'262.15	-72'788.95	64'990.20	196'368.80	97'578.75
	2003	4'079'786.20	183'304.20	-27'572.60	34'901.70	63'426.45	88'268.25
Lungern	2001	1'832'962.70	49'316.70	-10'010.40	15'474.85	19'865.95	19'195.50
	2002	2'416'038.80	156'506.10	-17'281.45	126'095.90	32'060.95	50'256.75
	2003	3'233'025.85	51'665.80	-2'081.70	10'288.90	82'227.15	47'007.00
Engelberg	2001	4'469'478.55	331'619.20	9'507.20	97'456.65	99'495.05	345'378.00
	2002	6'013'089.05	583'956.45	-69'893.90	176'868.30	117'838.30	411'644.25
	2003	5'753'683.55	375'470.95	-43'024.20	333'073.35	97'165.55	449'247.00
2,5 Einh.	2001	36'515'295.20	3'050'250.85	-55'729.21	849'896.55	685'717.30	1'083'711.00
3,15 Einh.	2002	49'530'728.85	5'086'585.90	-672'041.55	984'309.40	1'427'892.15	1'322'691.10
3,15 Einh.	2003	51'588'183.55	3'506'781.85	-289'020.50	1'172'478.55	1'169'295.75	1'677'053.55
Veränd. zu Vorjahr in %	2001	4.22%	1.74%	-85.88%	-35.30%	-6.80%	-1.67%
	2002	35.64%	66.76%	1105.91%	15.82%	108.23%	22.05%
	2003	4.15%	-31.06%	-56.99%	19.12%	-18.11%	26.79%
Ant. am Net. Steuersoll Total in %	2001	83.44%	6.97%	-0.13%	1.94%	1.57%	2.48%
	2002	82.23%	8.44%	-1.12%	1.63%	2.37%	2.20%
	2003	83.51%	5.68%	-0.47%	1.90%	1.89%	2.71%

**Artikel 24****Abschreibungen**

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

Grundstücke	10%
Tiefbauten	10%
Hochbauten	10%
Möbilien, Maschinen, Fahrzeuge	25%
Investitionsbeiträge	25%

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung: Zurzeit keine lineare Abschreibungen
Annuitätenmethode: Energiezentrale/Wärmeverbund
Sonderfinanzierung 0,2 Steuereinheiten für den Kantonsspital-Ausbau

**Artikel 27****Investitionsrechnung/****Laufende Rechnung**

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Investitionen unter Fr. 100'000.– werden dabei in der Regel direkt über die Laufende Rechnung abgeschrieben.

**Pensionskassenverpflichtungen**

Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als Beitragsprimatplan bzw. als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die privatrechtlich organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2003 über 100 Prozent.

**Vergleich Staatssteuern 2001 bis 2003**

Gemeinde	Jahr	Erbschafts- und Schenk- steuern	Bussen/ Abschr./ Erlasse	Quellen- Steuer	Netto Steuersoll	Zuwachs in %
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
Sarnen	2001	82'515.70	1'525.00	383'872.05	14'451'346.25	- 1.46%
	2002	165'125.75	17'375.00	415'149.30	19'932'327.35	+ 37.93%*
	2003	287'957.60	25'850.00	368'390.75	20'324'313.55	+ 1.97%
Kerns	2001	6'435.00	1'975.00	123'167.05	5'556'029.95	+ 4.39%
	2002	35'935.00	15'700.00	154'202.15	7'566'231.80	+ 36.18%*
	2003	8'440.00	19'950.00	167'794.65	7'675'576.05	+ 1.45%
Sachseln	2001	20'991.40	850.00	169'577.25	6'330'903.35	+ 6.86%
	2002	325'710.00	9'050.00	200'657.40	8'695'904.85	+ 37.36%*
	2003	169'823.60	13'250.00	229'033.25	9'055'277.55	+ 4.13%
Alpnach	2001	63'555.10	3'425.00	175'322.35	6'198'338.50	+ 4.65%
	2002	13'800.00	13'300.00	210'452.50	8'427'498.60	+ 35.96%*
	2003	143'560.00	44'475.00	245'958.40	8'684'225.45	+ 3.05%
Giswil	2001	7'555.00	1'900.00	75'927.10	3'431'376.69	+ 10.97%
	2002	6'760.00	7'875.00	101'726.45	4'753'842.30	+ 38.54%*
	2003	14'790.00	11'800.00	125'590.05	4'574'294.25	- 3.78%
Lungern	2001	169'170.00	300.00	75'436.25	2'171'711.55	+ 0.02%
	2002	130'375.00	0.00	92'966.05	2'987'018.10	+ 37.54%*
	2003	323'520.00	850.00	81'255.25	3'827'758.25	+ 28.15%
Engelberg	2001	23'832.75	3'800.00	244'611.20	5'625'178.60	+ 6.75%
	2002	72'255.00	9'075.00	555'236.50	7'870'068.95	+ 39.91%*
	2003	78'472.35	7'175.00	579'506.35	7'630'769.90	- 3.04%
2,5 Einh.	2001	374'054.95	13'775.00	1'247'913.25	43'764'884.89	+ 3.30%
3,15 Einh.	2002	749'960.75	72'375.00	1'730'390.35	60'232'891.95	+ 37.63%*
3,15 Einh.	2003	1'026'563.55	123'350.00	1'797'528.70	61'772'215.00	+ 2.56%
Veränd. zu Vorjahr in %	2001	-22.26%	-74.77%	20.06%	3.30%	
	2002	100.49%	425.41%	38.66%	37.63%	
	2003	36.88%	70.43%	3.88%	2.56%	
Ant. am Net. Steuersoll Total in %	2001	0.85%	0.03%	2.85%	100.00%	
	2002	1.25%	0.12%	2.87%	100.00%	
	2003	1.66%	0.20%	2.91%	100.00%	

\* ab 2002: Steuerumlagerung von 0,65 Einheiten zu Gunsten Kantonssteuer infolge Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden (=Erhöhung um 26%)

## Übersicht über Abschreibungen

in 1'000 Fr.	Erstellungskosten (brutto)	Anlagewert (netto)	Bestand am		Rechnung 2003		Bestand am 31.12.2003
			01.01.2003	Zuwachs	Abgang	Abschreib.	
1 Grundstücke			0	0	0	0	0
2 Tiefbauten			17'922	1'674	74	1'792	17'730
3 Hochbauten	161'054	121'207	31'485	166	162	4'123	27'366
Davon:							
Sonderfinanzierung							
Kantonsspital	41'430	40'595	17'697			2'907	14'790
Wärmeverbund	5'840	2'826	2'357			89	2'268
4 Mobilien, Informatik, Maschinen, Fahrzeuge			5'514	1'556	341	1'409	5'320
5 Münzensammlung			0				0
6 Investitionsbeiträge			18'121	5'606		4'555	19'173

## Verpflichtungskredite

Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2003

Projekt	Subventionierte Bausumme	in %	Kantonsbeiträge		verpflichteter restlicher Kantonsbeitrag Fr.
			zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2003 ausbezahlt Fr.	
Darlehen aus IHG	6'435'000.00		2'260'000.00	400'000.00	1'860'000.00
Beitrag an LSE und Brünigbahn	99'657'710.00		10'414'952.00	6'550'924.00	3'864'028.00
Meliorationen	4'044'057.00	diverse	1'665'200.00	1'121'200.00	544'000.00
Forstliche Projekte	91'798'780.00		11'787'041.00	6'580'675.00	5'206'366.00
Fliessgewässer (Wildbachverbauungen)	108'999'500.00	diverse	20'660'365.00	12'123'980.00	8'536'385.00
Wohnbausanierungen/WEG	83'300'000.00		<sup>1)</sup> 986'060.00	<sup>2)</sup> 667'517.00	<sup>3)</sup> 504'517.00
Gewässerschutzmassnahmen	7'956'212.00		2'304'472.00	1'240'778.00	1'063'694.00
Kantoneigene Objektkredite			3'220'000.00	416'422.15	2'803'577.85
<b>Gesamt-Total 2003</b>	<b>402'191'259.00</b>		<b>53'298'090.00</b>	<b>29'101'496.15</b>	<b>24'382'567.85</b>
Total 2002	398'231'690.00		49'843'674.87	26'011'798.91	22'818'875.96

1) Zusicherungen 1993 bis Ende 2003

2) Zahlungen 2003

3) Maximale jährliche Zahlungen

## Eventualverpflichtungen per Ende 2003

	Eventualverpflichtung Kanton Fr.
<b>Investitionshilfe (IHG)</b> Vom Bund bewilligte Darlehen, gemäss Bundesgesetz vom 28.6.1974 über die Investitionshilfe für Berggebiete; der Kanton übernimmt 50% allfälliger Verluste; Vom Kanton bewilligte Darlehen	Bundesdarlehen in Mio. Fr. 13.09 7'104'880.00
<b>Bürgschaften</b> Befristete Bürgschaft bis 31.12.2004 zu Gunsten Drogenforum Innerschweiz <small>RRB 529 vom 19.3.2002</small>	pro Jahr max. Fr. 11'750 11'750.00
<b>Obwaldner Kantonalbank</b> Der Kanton haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank aufgrund des Gesetzes vom 2. Dezember 1973 über die Obwaldner Kantonalbank	Bilanzsumme in Mio. Fr. 2'462.75 p.m.
<b>Besoldungsnachgenuss Regierungsräte</b> Der Kanton bezahlt Regierungsräten die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Entlohnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen vom 3. September 1999 im Amt waren, einen Besoldungsnachgenuss gemäss Verordnung über die Entschädigungen der nebenamtlichen Behörden und Beamten vom 27. Oktober 1971. Die Berechnung erfolgte aufgrund eines Kapitalisierungszinsfusses von 4 Prozent sowie theoretischer Lebenserwartung gemäss VZ2000.	Verpflichtung 31.12.02 Zugang 2003 Verpflichtung 31.12.03 5'596'000.00 88'000.00 5'684'000.00



# BERICHT DER GESCHÄFTS- UND RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

## **Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und der Finanzkontrolle an den Kantonsrat des Kantons Obwalden**

In Ausübung des uns übertragenen Mandates als Mitglieder der kantonalen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission haben wir gemäss Art. 37a und Art. 37b der Geschäftsordnung für den Kantonsrat die Buchführung und die Jahresrechnungen des Kantons Obwalden für das am 31. Dezember 2003 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnungen ist der Regierungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

Gestützt auf die Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988 wurde zur vertieften Überprüfung die Kantonale Finanzkontrolle beigezogen. Deren Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Staatsrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet. Ein interner Erläuterungsbericht liegt vor.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jah-

resrechnungen den Vorschriften der Finanzhaushaltsverordnung.

Wir empfehlen Ihnen, die vorliegenden Jahresrechnungen zu genehmigen.

Ferner verdanken wir Herrn Regierungsrat Hans Wallimann, Vorsteher des Finanzdepartementes, den Damen und Herren des Regierungsrates und der Finanzverwaltung die grosse Arbeit bestens.

Der Dank für die geleistete Arbeit ist auch dem Landschreiber, allen Amtsstellenleiterinnen und -leitern und dem übrigen Staatspersonal abzustatten.

Sarnen, 4. Mai 2004

## **Kantonale Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission**

Kantonsrätin  
Dr. Susanne Gasser-Scheuermeier,  
Sarnen, Präsidentin

Kantonsrat  
Arnold Gasser, Lungern

Kantonsrat  
Walter Küng, Alpnach Dorf

Kantonsrat  
Hans Slanzi, Giswil

Kantonsrat  
Hansruedi Amstalden, Alpnach Dorf

Kantonsrat  
Martin Wallimann, Alpnach Dorf

Kantonsrat  
Beat von Wyl, Giswil

Kantonsrätin  
Rita Fischer Hofstetter, Wilen

Kantonsrätin  
Esther Gasser Pfulg, Lungern

Stellvertretend für die Kommission:



Dr. Susanne Gasser-Scheuermeier,  
Präsidentin

## **Finanzkontrolle Obwalden**



Christoph Halter  
Leiter Finanzkontrolle



# Kanton Obwalden

